



## 32. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 8. Dezember 2025, 19:00 Uhr bis 23:31 Uhr
Ort	Obere Mühle, Oberdorfstrasse 15, 8600 Dübendorf
Vorsitz	Christian Meyer (glp/GEU), Gemeinderatspräsident
Anwesend	37 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Ursula Brack (Grüne) Remo Stadler (Die Mitte/EVP) Julia Stockmann (Die Mitte/EVP) Sarah Steiner (SVP) 19:42 Uhr bis 21:21 Uhr (Traktandum 4 + 5)
Protokoll	Friederike Häfeli, Gemeinderatssekretärin
Stimmenzählende	Christian Gross (SP) Marco Lang (Die Mitte/EVP) Sarah Steiner (SVP)

---



## Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 31. Sitzung vom 29. September 2025
3. IMWIL Alters- und Spitexzentrum Dübendorf, Ersatz Lichtsystem im Haus C / Kreditbewilligung  
GR Geschäft Nr. 22/2025
4. Ersatzbeschaffung digitaler Arbeitsgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie Mitarbeitende der Primarschule Dübendorf / Kreditgenehmigung  
GR Geschäft Nr. 6/2025
5. Ersatzwahl KSG Präsidium für Bruno Eggenberger (die Mitte/EVP)  
GR Geschäft Nr. 29/2025
6. Budget 2026 / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 35/2025

## 1. Mitteilungen

---

Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU) begrüsst zur 32. Sitzung des Gemeinderates in der Legislaturperiode 2022-2026.

Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU) weist darauf hin, dass die Gemeinderäte an ihrem Platz jeweils einen Honig-Biber von der Leibacher Biber-Manufaktur in Illnau haben. Das kleine Weihnachtspresent ist ein Zeichen des Danks für den Einsatz der GR-Mitglieder während des ganzen Jahres und soll aber natürlich auch für genügend Energie für die heutige Budgetdebatte sorgen.

Die Einladung zur heutigen Sitzung mit der Traktandenliste ist gemäss Artikel 46 von der Geschäftsordnung vom Gemeinderat rechtzeitig verschickt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht worden. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden. Es gibt keine Änderungsanträge zur Traktandenliste, womit diese als genehmigt gilt.

Für die heutige Sitzung haben sich Remo Stadler (Die Mitte/EVP), Julia Stockmann (Die Mitte/EVP) und Ursula Brack (Grüne) entschuldigt. Es sind somit an der heutigen Sitzung 37 Gemeinderatsmitglieder anwesend. Vom Stadtrat sind alle anwesend. Martin Bäumle wird verspätet eintreffen.

Vor der Vorstellung der Neumitglieder möchte der Ratspräsident dem ehemaligen Gemeinderat Paul Steiner gedenken. Paul Steiner ist am 29. Oktober 2025 im Alter von 70 Jahren verstorben. Paul war Mitglied der SVP und war bis vor kurzem Mitglied im Gemeinderat. Aus gesundheitlichen Gründen ist er im Sommer zurückgetreten.



Paul war im Jahr 2014 bei den Erneuerungswahlen in den Gemeinderat gewählt worden und arbeitete direkt in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission mit, seit Juli 2022 dann als Präsident dieser Kommission. In seiner Funktion als GRPK-Präsident hatte er auch den Vorsitz in der Rechnungsprüfungskommission des Zweckverbandes Sportanlage-Dürnbach. Zwischenzeitlich hatte er aber auch als Präsident der KSG mitgewirkt, seit dessen Gründung Mitte 2020 bis zum Legislatur-Wechsel 2022. Im Amtsjahr 2018/2019 war er Präsident des Gemeinderates.

Paul war über viele Jahre hinweg ein fester Bestandteil des Gemeinderates – engagiert, hilfsbereit und menschlich. Er war weit mehr als ein Gemeinderat: ein vertrauter Kollege, ein verlässlicher Partner und für viele ein guter Freund.

Mit seinem grossen Wissen, seiner Herzlichkeit und seinem Humor hat Paul unsere Gemeinderatsarbeit bereichert und das Miteinander mitgeprägt. Er hinterlässt eine spürbare Lücke – sowohl im Gemeinderat als auch menschlich.

Der Trauerfamilie, insbesondere seiner Ehefrau Rita sprechen wir das herzliche Beileid des Gemeinderates und des Stadtrates aus. Wir wünschen in dieser Zeit des Abschiednehmens viel Kraft und Zuversicht.

Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU) bittet die Anwesenden darum, sich für eine Schweigeminute zu erheben.

\*\*\*Alle Anwesenden erheben sich für eine Schweigeminute.\*\*\*

Nun kommen wir zur Neuvorstellung der Neumitglieder. Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU) freut sich, gleich drei neue Ratsmitglieder begrüßen zu dürfen. Carmen Steiner (SVP) ist für Paul Steiner auf 1. Oktober 2025 in den Rat nachgerückt. Anna Newec (Die Mitte/EVP) sowie Julia Stockmann (Die Mitte/EVP) sind jeweils auf 1. November 2025 für die zurückgetretenen Mitglieder Bruno Eggenberger und Reto Heeb beide die Mitte/EVP in den Rat nachgerückt. Leider musste Julia Stockmann aufgrund Krankheit kurzfristig absagen. Ihre Vorstellung holen wir im neuen Jahr nach. Ich bitte nun Carmen Steiner (SVP) sich dem Gemeinderat kurz vorzustellen.

### Carmen Steiner (SVP)

«Da einige von euch schon länger im Gemeinderat tätig sind, als ich überhaupt auf der Welt und heute zwar eine spannende, aber eine lange Sitzung vor uns steht, halte ich mich kurz. Mein Name ist Carmen Steiner und ich lebe seit meiner Geburt im 2001 in Dübendorf. Aufgewachsen bin ich im Flugfeldquartier und habe die Primarschule im Sonnenberg und später in Gockhausen besucht, wo ich auch heute noch wohne. Nach meiner Sek-Zeit im Grüze habe ich die Ausbildung zur Fachfrau Betreuung gemacht, habe mich weitergebildet als Teamleitung und Praxisbildnerin und arbeite seit 2021 als Betriebsleitung im Hort Wil. Durch meinen Vater Reto und meine Schwester Sarah bin ich zur Politik gekommen. Ich freue mich darauf, Dübendorf aktiv mitzugestalten und danke meiner Fraktion, dass ich die Chance bekommen habe, in die grossen Fusstapfen von Paul zu treten. Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit euch allen für den Lauf der restlichen Legislatur.»

Ratspräsident Christian Meyer (glp/GEU) bedankt sich bei Carmen Steiner (SVP) und bittet nun Anna Newec (die Mitte/EVP) sich kurz am Rednerpult vorzustellen.

### Anna Newec (die Mitte/EVP)

«Auch von meiner Seite einen guten Abend miteinander. Ich freue mich sehr, dass ich heute das erste Mal hier im Gemeinderat sitzen darf. Ich bin in Birmensdorf aufgewachsen, ein bisschen auf der anderen Seite von Zürich und bin erst 2014 für die Liebe nach Dübendorf gekommen. Nicht gerade direkt die Liebe zur Stadt, das kam erst ein bisschen später, aber die Liebe zu meinem Mann hat mich hierher geführt. Unterdessen habe ich beides, die Stadt und den Mann, doch auch noch gerne. Wir haben eine kleine Tochter im Kita-Alter und seit ich Mutter bin, weiss ich, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht ein politisches Schlagwort, sondern ein täglicher Hochleistungssport.



Entsprechend liegt mir alles rund um gute Betreuungsangebote und ein familienfreundliches Umfeld sehr am Herzen. Beruflich bin ich Geschäftsführerin der Mitte Kanton Zürich und insofern seit über 10 Jahren politisch unterwegs, aber meistens hinter den Kulissen.

Nach so vielen Jahren im Hintergrund ist es jetzt auch spannend, mal vorne Platz zu nehmen. Politisch setze ich mich für ein Dübendorf ein, wo sich alle Generationen zu Hause fühlen können, Familien, die hier Wurzeln schlagen wollen, Kinder, die Platz zum Wachsen brauchen, aber auch ältere Menschen, die ein Teil unserer Gesellschaft bleiben, und Menschen, die Unterstützung brauchen, denn eine Stadt ist nur so stark wie ihr Zusammenhalt. Wichtig ist mir auch ein sorgfältiger Umgang mit unseren Ressourcen. Und dass wir Entscheidungen treffen, die unsere Stadt langfristig tragen kann. Umso mehr freue ich mich jetzt auf die Budgetdebatte, die meine Feuertaufe ist. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit, auf konstruktive Diskussionen und darauf, Dübendorf gemeinsam weiterzuentwickeln. Vielen Dank für die herzliche Aufnahme.»

Ratspräsident Christian Meyer (glp/GEU) bedankt sich auch bei Anna Newec (die Mitte/EVP) für die Vorstellung. Wie bereits erwähnt, wird sich Julia Stockmann (die Mitte/EVP) im neuen Jahr dann vorstellen und der Ratspräsident wünscht ihr an dieser Stelle gute Besserung.

Der Ratspräsident informiert nun über die vom Stadtrat neu überwiesenen Geschäfte und beantworteten Vorstösse.

Der Stadtrat hat seit der letzten Sitzung dem Gemeinderat folgende Sachgeschäfte überwiesen:

- Gegenstandslosigkeit der Volksinitiative Alterswohnungen im Zentrum
- Soziales, Bereich Sozialversicherungen; Ablösung Applikation ZUSCALC durch ZLPro
- Revision der Kinderbetreuungsverordnung der Stadt Dübendorf

Die Geschäfte werden von der GRPK vorberaten.

Neu eingereicht worden sind seit der letzten Sitzung folgende Vorstösse:

- Schriftliche Anfrage von Leandra Columberg (SP) und vier Mitunterzeichnende zum Projekt Chiplabor/Chipfabrik in Dübendorf
- Schriftliche Anfrage von Leandra Columberg (SP) und zwei Mitunterzeichnende zu Leerkündigungen in Dübendorf
- Interpellation von David Siems (Grüne) Wildwuchs beim Verleih von E-Scootern und E-Bikes
- Interpellation von Tanja Boesch (Die Mitte/EVP) zu Kunstoff sammelsäcke in Dübendorf
- Schriftliche Anfrage von David Siems (Grüne) zum Abbau der digitalen Kanäle des Glattalers
- Motion von Claudia Günthart (Aufrecht) zur E-ID vollständige Freiwilligkeit, diskriminierungsfreie Gleichbehandlung, vollständige Kostenfreiheit und Transparenz
- Schriftliche Anfrage von David Siems (Grüne) zu fehlender politischer Neutralität im Plakatwesen
- Schriftliche Anfrage von Remo Stadler (Die Mitte/EVP) zur Auslagerung von Datenbearbeitungen in die Cloud
- Schriftliche Anfrage von Patrick Schärli (Die Mitte/EVP) zu verfügbaren Flächen in der Bauzone

Die schriftlichen Anfragen sowie die Interpellationen sind an den Stadtrat zur Beantwortung überwiesen worden. Die Motion wurde vom Büro GR für materiell ungültig erklärt und ist somit als erledigt abgeschrieben.



Fünf Antworten vom Stadtrat sind auf folgende politische Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:

- Schriftliche Anfrage von David Siems (Grüne) zur "Schotterwüste beim Konkursamt"
- Schriftliche Anfrage von Leandra Columberg (SP) und vier Mitunterzeichnende zum Projekt Chiplabor/Chipfabrik in Dübendorf
- Schriftliche Anfrage von Leandra Columberg (SP) und zwei Mitunterzeichnende zu Leerkündigungen in Dübendorf
- Schriftliche Anfrage von André Csillaghy (SP) zu "Jahrelange Trottoirsperrenungen – Gemeingebrauch, Verhältnismässigkeit und sichere Fusswegführung"
- Schriftliche Anfrage von David Siems (Grüne) zum Abbau der digitalen Kanäle des Glattalers

Die Schriftlichen Anfragen sind mit der Beantwortung durch den Stadtrat abschliessend behandelt.

## Fraktionserklärungen

Patrick Schärli (Die Mitte/EVP) und Orlando Wyss (SVP) haben jeweils eine Fraktionserklärung für die heutige Sitzung angekündigt.

### Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

«Der Stadtrat hat Anfang Oktober beim Gemeinderat einen Antrag eingereicht, um die Volksinitiative 'Alterswohnungen im Zentrum' als gegenstandslos zu erklären. Er will damit einen klaren und einfachen Auftrag unter den Tisch fallen lassen. So geht das aber nicht lieber Stadtrat.

Die damalige BDP Dübendorf, heute Teil der Mitte Dübendorf, hat vor über 10 Jahren erfolgreich eine Initiative lanciert, mit dem Ziel, dass im Herzen von Dübendorf Alterswohnungen errichtet werden sollen. Stadt- und Gemeinderat haben sich mit diesem Ziel einverstanden erklärt und den Antrag entgegengenommen.

Der für die Liegenschaften zuständige Stadtrat hat jedoch während dieser Zeit nichts anderes gemacht, ausser den Gemeinderat zu vertrösten und mit immer neuen Ausflüchten ruhig zu stellen. Zahlreiche Nachfragen von uns, wurden höchstens halbherzig beantwortet. Mit dieser Hinhaltenaktik wurde der Wille von Volk und Rat buchstäblich ignoriert.

Nun beantragt der Stadtrat – leider wenig überraschend – das Geschäft zu beerdigen. Doch dies können und wollen wir nicht zulassen. In den Begründungen widerspricht sich unsere Exekutive selbst und behandelt den klaren Antrag im gleichen, unseriösen Stil wie während den letzten 10 Jahren.

So sollen auf dem vorgesehenen Areal hinter dem Restaurant Hecht keine Alterswohnungen entstehen, weil an der Tulpenstrasse schon Alterswohnungen erstellt worden sind. Nur hat der Stadtrat aber von sich aus im Jahr 2019 entschieden, dass mit diesen Wohnungen die Initiative nicht erfüllt sei. Er widerspricht sich nun in krasser Weise selbst.

Eine weitere Begründung für die Untätigkeit ist, dass auf dem Leepünt-Areal dereinst Alterswohnungen entstehen sollen. Wann dieses Projekt aber in die Realisierung geht, steht noch in den Sternen und kann sich noch einige Jahre hinziehen. Der klare Volksauftrag soll also mit einem Luftschloss abgeschrieben werden; ein weiterer Widerspruch.

Eine kürzlich von Wüst Partner erstellte Studie zeigt unmissverständlich, dass bedarfsgerechtes Wohnen für ältere Menschen bereits heute knapp ist und sich die Lage bis 2040 noch verschlimmern wird. Es ist also unverständlich, weshalb unser Stadtrat sich gegen das Bedürfnis der eigenen Bevölkerung stellt, welches ihm den Auftrag zur Erstellung von Alterswohnungen im Zentrum erteilt hat.

Die Mitte Dübendorf wird sich in den Kommissionen und im Gemeinderat dagegen wehren, damit der Volkswille nicht mit Füßen getreten und ein für Dübendorf äusserst notwendiges Projekt nicht mit fadenscheinigen Argumenten verhindert wird. Wir setzen uns für die Anliegen der älteren Generationen ein.»



## Orlando Wyss (SVP)

«Am 30. November 2025 haben die Stimmberechtigten des Kantons Zürich mit 56,8% Ja-Stimmen die Mobilitätsinitiative angenommen. Das Begehren, welches es verbietet, auf Hauptverkehrsachsen Tempo 30 einzuführen, wurde in Dübendorf sogar von 61,6% der Stimmberechtigten befürwortet. Das ist nicht nur für die rotgrünen Stadtregierungen von Zürich und Winterthur, sondern auch für unseren Stadtrat und die Mehrheit unseres Parlaments eine herbe Klatsche. Unser Stadtrat, der noch schnell im Juni 2021 zwei Wochen vor der Volksabstimmung über Tempo 30 in 16 Quartierschliessungsstrassen ohne plausiblen Grund eine Tempo 30 Zone im Stadtzentrum eingeführt hat, sieht sich jetzt mit der Situation konfrontiert, dass ihm mit diesem Ergebnis einmal mehr bewiesen wurde, dass die Dübendorfer Bevölkerung diese eigenmächtige Massnahme nie bewilligt hätte. Die Stimmbürger von Dübendorf und des Kantons Zürich haben nun die in Verkehrsfragen am Volk vorbeipolitizierenden lokalen Politiker in den Senkel gestellt. Einerseits durch die kommunalen Stimmbürger, welche die Dübendorfer SVP-Volksinitiative «Mitbestimmen bei Temporeduktionen» angenommen haben, die unserer Exekutive die Kompetenz für die Einführung von Tempo 30 Zonen auf Gemeindestrassen entzog und andererseits durch die kantonalen Stimmbürger, welche solche ideologisch getriebenen Aktionen, wie die Einführung von Tempo 30 Zonen im Stadtzentrum, verhindern. Nun kommt die Frage auf, wie mit diesen eingeführten Tempo 30 Strecken umgegangen wird. Regierungsrätin Carmen Walker Späh und einige Experten auf diesem Gebiet kommen klar zum Schluss, dass bisherige Tempo 30 Strecken auf Hauptverkehrsachsen überprüft und wieder zu Tempo 50 Strecken umgewandelt werden müssen. Nach Auffassung der SVP Dübendorf gehört auch die Tempo 30 Zone im Stadtzentrum dazu, was wir bereits im Postulat Orlando Wyss gefordert hatten. Leider wurde dieses Ansinnen nicht nur durch die Exekutive, sondern auch durch das Parlament abgelehnt. Dass die Dübendorfer Bevölkerung in ihrer Mehrheit auch so denkt wie wir, hat sie am vorletzten Sonntag mit ihrem Abstimmungsentscheid bewiesen. Wir fordern unseren Stadtrat hiermit auf, die notwendigen Schritte einzuleiten und den abermals deutlichen Volksentscheid zu akzeptieren. Auch die Parteien in diesem Rat fordern wir auf, sich von ihrer durch das Volk nicht legitimierte Ideologie endlich zu verabschieden.»



## Persönliche Erklärungen

Tanja Boesch (Die Mitte/EVP) hat für die heutige Sitzung eine persönliche Erklärung angekündigt.

### Tanja Boesch (die Mitte/EVP)

«Im Juni dieses Jahres habe ich im Namen unserer Fraktion Die Mitte/EVP eine schriftliche Anfrage an den Stadtrat betreffend die vorgesehenen Änderungen bei der städtischen Pensionskasse gestellt. Hier sehen Sie nochmals die gestellten Fragen, also nichts Verrücktes.

\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

Stadt Dübendorf



## Persönliche Erklärung Tanja Boesch (Die Mitte/EVP)

- Die Pensionskasse der Stadt Dübendorf will das Modell «Faire Renten» einführen. Dabei sollen unseres Wissens die Altersguthaben teilweise angelegt werden, was sich je nach Entwicklung der Finanzmärkte auf die Renten auswirken wird. Weshalb hat der Stiftungsrat der Pensionskasse Dübendorf eine solche Änderung vorgesehen? Was sind seine Beweggründe?
- Dieses Modell wird vor allem bei grossen Firmen/Aktiengesellschaften angewendet. Wie gedenkt die Stiftung - eine im Vergleich doch kleine Pensionskasse - die Altersguthaben, vor den zum Teil doch erheblichen Schwankungen des Finanzmarktes zu schützen?
- Durch wen würde die Verwaltung resp. das Anlegen der Altersguthaben vorgenommen werden und welche Kontrollorgane sind vorgesehen?
- Weshalb zieht der Stiftungsrat eine solche Lösung in Betracht, obwohl vergleichbare Pensionskassen im öffentlichen Bereich diese verworfen haben?
- Besteht für das Personal eine Wahlmöglichkeit – also sich gegen eine flexible Rentenlösung zu entscheiden?
- Inwieweit wurde die Gesamtbelegschaft in diesen Prozess miteinbezogen und welches Mitspracherecht haben/hatten sie?
- Ist nicht zu befürchten, dass Teile der Belegschaft kündigen und sich Arbeitgeber mit einer «sicheren» Pensionskassenlösung suchen?
- Wurde diese Änderung bereits festgelegt und ist das neue Reglement der BVS zur Prüfung vorgelegt worden?

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Die Antwort war knapp und kurz: 'der Stadtrat kann und wird nicht antworten'. Daraufhin habe ich dieselben Fragen direkt an den Stiftungsrat der Pensionskasse der Stadt Dübendorf gestellt. Die Antwort war etwas länger. Ich zitiere:

'Der Stiftungsrat hat festgelegt, dass er Anfragen über die strategische Ausrichtung der Pensionskasse ausschliesslich an die Destinatäre (aktive Versicherte und Rentner), Stifterfirma (die politische Gemeinde Dübendorf) sowie angeschlossene Arbeitgeber beantwortet.'

Da ich weder zum Versichertenkreis noch eine Rolle in der Funktion als operativ tätige Vertreterin eines Arbeitgebers ausübe, hat der Stiftungsrat entschieden, die Anfrage nicht zu beantworten. Der Hinweis auf die Jahresrechnung beantwortet meine Fragen auch nicht.

Zum einen sind es nicht meine Fragen, sondern Fragen von beunruhigten Mitarbeitenden, die auch ihnen nicht beantwortet wurden oder nicht so, dass es auch verständlich war.

Und was sich aus dieser Antwort auch ergibt, und das wird wohl für uns alle wichtig sein, gemäss Stiftungsrat gehören wir als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nicht zur politischen Gemeinde. Überrascht? Ich war es, denn laut Kanton Zürich ist ganz klar: 'Die politische Gemeinde ist die wichtigste Gemeinde-Art. Sie erbringt öffentliche Aufgaben, für die weder Bund noch Kanton zuständig sind.'

Über 1000 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte führen die Zürcher Gemeinden. Zusammen mit weiteren Behörden wie Parlamenten, Schulpflegen und Kommissionen sind über 4500 Personen für die Gemeinden im Einsatz.



Also, da frage ich mich schon, wie der Stiftungsrat der Pensionskasse die Politische Gemeinde definiert und wer seiner Meinung nach dazu gehört und wer nicht.

Dazu kommt, dass diese hartnäckige Weigerung die Fragen zu beantworten, weitere Fragen aufwirft. Weshalb kann nicht offen und transparent informiert werden?

Sollte die Pensionskasse, was wir alle nicht hoffen, einmal in Schieflage geraten, wird der Gemeinderat wohl oder übel wahrscheinlich ein Ansprechpartner sein von dem Stiftungsrat. Wir werden auf jeden Fall die Unterlagen an die Personalkommission der Stadt Dübendorf weiterleiten und hoffen, dass die Mitarbeitenden irgendwie auf dem Weg zu den längstens fälligen Antworten kommen.»

## **2. Protokollgenehmigung der 31. Sitzung vom 29. September 2025**

---

Zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 29. September 2025 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es gilt somit in Anwendung von Art. 54 der Geschäftsordnung als genehmigt.

## **3. IMWIL Alters- und Spitexzentrum Dübendorf, Ersatz Lichtsystem im Haus C / Kreditbewilligung GR Geschäft Nr. 22/2025**

---

Ratspräsident Christian Meyer (glp/GEU) bittet die GRPK-Sprecherin Andrea Brühlmann (glp/GEU) das Geschäft und den Antrag der Kommission vorzustellen.

Andrea Brühlmann (glp/GEU), Sprecherin der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

«Gerne stelle ich Ihnen als Sprecherin der GRPK das vorliegende Geschäft vor: Ersatz des Lichtsystems im Haus C im Alters- und Spitexzentrum IMWIL, Bewilligung eines Bruttokredits über Fr. 389'230.75.

Ausgangslage

Das Lichtsystem im Haus C vom Alters- und Spitexzentrum ist veraltet. Es hat auch schon Reklamationen von Bewohnenden und von der Sanität im Einsatz gegeben, die die Lichtqualität bemängelt haben. Die aktuell verwendeten Leuchtmittel im Haus werden zudem auch gar nicht mehr hergestellt. Ein kleines Lager an Leuchtmitteln ist im Moment in Betrieb aber noch vorhanden. Das Haus C wird sukzessiv von Alterswohnheim in ein Pflegeheim umgewandelt. Das passiert etappenweise. Im Pflegeheim bestehen andere gesetzliche Vorgaben bezüglich Lichtmenge als im Alterswohnheim. Im Alterswohnheim dürfen die Bewohnenden ihre persönlichen Lampen aufhängen, während auf einer Pflegestation gesetzliche Vorgaben für die Beleuchtung bestehen. Zudem müssen die Vorgaben von der Electrosuisse eingehalten werden. Damit alle gesetzlichen Vorgaben und Bestimmungen eingehalten werden, musste der Ersatz der bestehenden Lichtsysteme von einem Lichtplaner von Grund auf geplant werden, da die Expertise im Betrieb nicht vorhanden ist. Dies auch, damit die Sicherheitsverantwortung nicht beim Alters- und Spitexzentrum liegt. Der Stadtrat hat dazu am 5. Dezember 2024 ein Kredit über Fr. 18'212.70 für die Planung des Lichtsystems durch die Firma HKG Engineering AG bewilligt. Die Kosten für die neuen Leuchtmittel konnten durch die Firma HKG erst nach der Planung eruiert werden.



## Zielsetzung

Aktuell sind Sparleuchten beziehungsweise FW-Leuchten im Einsatz. Neu sollen energiesparende LED-Leuchten eingesetzt werden. Neue LED-Leuchten können nicht einfach in die alten Fassungen montiert werden, da die mit dem speziellen System nicht kompatibel bzw. die Leuchtmittelform, welche benötigt wird, nicht erhältlich ist. Zudem funktionieren LED nicht bei allen herkömmlichen Lampen, da die alten Lampen teilweise ein Vorschaltgerät haben und die LED-Leuchten einen LED-Konverter brauchen.

## Hinweis zum Finanzplan und zum Budget

Die Grobkostenschätzung der HKG weist Kosten für Material und Arbeit für das neue Lichtsystem im Haus C in der Höhe von Fr. 322'624.45 aus. Die HKG beziffert die Grobkostenschätzung neu mit plus-minus 15% entgegen dem ursprünglichen Antrag von plus-minus 30%. Dazu sind gemäss HKG neu keine Kosten mehr für Unvorgesehenes einkalkuliert. Dazu kommen noch die bewilligten Kosten für die Planung in der Höhe von Fr. 18'212.70. Das ergibt total die 389'230,75.

\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Totalkosten Bruttokredit

Ersatz Lichtsystem Haus C, gemäss Grobkostenschätzung		Fr.	322'424.45
+/- 15%		Fr.	48'393.60
Planung		Fr.	18'212 70
<b>Totalkosten</b>	<b>Inkl.MwSt.</b>	<b>Fr.</b>	<b>389'230.75</b>

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Und jetzt noch eine Zusammenstellung der erwarteten Folgekosten. Die Kosten für den Ersatz der Leuchtmittel im Korridor, aber nicht im Zimmer, sind in der Höhe von Fr. 110'000.00 schon in der Investitionsrechnung 2024-2025 eingestellt. Für die Umsetzung der neuen Lichtsysteme im Korridor und in den Pflegezimmern ist eine Krediterhöhung von 279'230.75 Rappen notwendig.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Kapitalfolgekosten

Abschreibungen		Fr.	19'461.55
Zinsen		Fr.	5'838.45
<b>Total Kapitalfolgekosten</b>		<b>Fr.</b>	<b>25'300.00</b>

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

### Dringlichkeit

Im Betrieb sind nur noch wenige Leuchtmittel für die Lampen im Korridor vorhanden. Die Pflegezimmer werden aktuell ohne die gesetzlichen vorgeschriebenen Leuchtmittel betrieben. Die Umsetzung ist eigentlich auf den Herbst-Winter 2025 geplant.

### Konsequenz einer Ablehnung

Eine Ablehnung würde bedeuten, dass die gesetzlichen Bestimmungen in den Pflegezimmern nicht eingehalten werden.

### Abklärungen der UK

Im ursprünglichen Antrag des Stadtrats war eine Reserve eingerechnet und somit wurde die Grobkostenschätzung mit plus minus 30% angegeben. Diese Reserve wurde jetzt gestrichen. Eine genaue Offerte der Kosten ist nicht vorhanden. Zudem wurde von unserer Seite auf das Fehlen einer Kostenschätzung in der Weisung hingewiesen, welche im Stadtratsbeschluss aber nicht in der Weisung enthalten war. Nach der Besprechung in der Gesamt-GRPK wurde der Stadtrat mit einem Schreiben gebeten, den Antrag zu konkretisieren, was mit dieser Wiedererwägung auch gemacht wurde.

### Antrag und Begründung

Die GRPK erachtet es als wichtig, dass die Arbeit in der Pflegestation durch die mangelnde Beleuchtung nicht behindert wird. Zudem müssen die gesetzlichen Grundlagen eingehalten werden. Die GRPK ist sich der Dringlichkeit des Antrags bewusst und möchte daher auf keine genauere Offerte beharren. Die Kostenrechnung wurde auf plus minus 15% reduziert. Die Kostenzusammenstellung wurde in die Weisung übernommen. Darum betrachtet die UK die gewünschten Änderungen zu einem grossen Teil als erfüllt. Die GRPK ist sich einig, dass der Ersatz des Lichtsystems im Haus C des Alters- und Spitexzentrums notwendig ist, und unterstützt darum den Antrag des Stadtrats. Sie möchte den Stadtrat aber bitten, zukünftige Anträge nicht mit einer so



grossen Abweichungsmöglichkeit bei den Kosten zu überweisen. Die GRPK beantragt euch einstimmig, dem Stadtrat den Bruttokredit von Fr. 389'230.75 für den Ersatz des Lichtsystems im Haus C des Alters- und Spitexzentrums IMWIL zuzustimmen.»

#### Stellungnahme Stadtrat, Sozialvorstand Ivo Hasler (SP)

«Ich möchte mich bei der Unterkommission ganz herzlich für die wohlwollende Prüfung von diesem Geschäft bedanken und möchte mich an dieser Stelle auch entschuldigen für die Ehrenrunde, die wir hier gemacht haben. Im Sinne, dass wir eine lernende Organisation sind, möchte ich hier auch versprechen, dass wir das selbstverständlich das nächste Mal richtig machen werden, so dass wir die Extrarunde eben nicht machen müssen. Diese Kritik, die können wir vollends verstehen und nehmen die auch so entgegen. Ich bin sehr froh, dass wir das Projekt jetzt umsetzen können. Ich bin sehr froh, dass die GRPK jetzt wirklich auch diese Dringlichkeit gesehen hat. Nicht nur wegen des Lichts, das besser werden muss, sondern auch weil gerade die Station C, das ist das kleine Hochhäuschen, das wir im IMWIL haben, zunehmend auch in Pflegeplätze umfunktioniert wird. Die neue Beleuchtung wird uns ermöglichen, dass wir eine hohe Flexibilität haben in dieser Frage und eben auch auf die doch immer stärker werdende Nachfrage von Pflegeplätzen. So können wir ein bisschen abfedernd reagieren und ein bisschen flexibler werden.»

#### **Diskussion**

Keine

#### **Abstimmung**

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Antrag des Stadtrats zur Verabschiedung des Bruttokredits von Fr. 389'230.75 für den Ersatz des Lichtsystems im Haus C im IMWIL Alters- und Spitexzentrum einstimmig mit 36 zu 0 Stimmen zu. Der Stadtrat ist somit mit dem weiteren Vollzug dieses Geschäftes beauftragt.

#### **Beschluss**

Der Gemeinderat beschliesst

1. Der Ersatz Lichtsystem im Haus C im IMWIL Alters- und Spitexzentrum wird genehmigt.
2. Der dafür benötigte Bruttokredit von Fr. 389'230.75 wird bewilligt.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

#### **4. Ersatzbeschaffung digitaler Arbeitsgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie Mitarbeitende der Primarschule Dübendorf / Kreditgenehmigung GR Geschäft Nr. 6/2025**

---

Ratspräsident Christian Meyer (glp/GEU) bittet die KSG-Sprecherin Cornelia Schwarz-Nigg (SVP) das Geschäft und den Antrag der Kommission vorzustellen.

Cornelia Schwarz-Nigg (SVP), Sprecherin der Kommission für Schulgeschäfte

«Ich lese den UK-Bericht in Vertretung von Ursula Brack vor, die die Leitung dieser UK hatte.



## Formelle Prüfung

Der Antrag der Primarschulpflege vom 4. Februar 2025 ist verständlich formuliert und vollständig. Gemäss Checkliste ergab die formelle Prüfung keine Beanstandungen. Der UK standen umfangreiche Unterlagen zur Prüfung des Antrages zur Verfügung.

## Inhalt des Antrags

### Ausgangslage

Die aktuelle ICT-Infrastruktur, welche auf Basis der Volkabstimmung vom 7. März 2021 über die 'IT-Ersatz- und -Ergänzungsbeschaffung der Primarschule Dübendorf in der Höhe von Fr. 2'270'000.00' beschafft wurde, erreicht im Sommer 2027 das Ende ihrer Lebensdauer.

Eine von der Primarschulpflege beauftragte Projektgruppe analysierte die IST-Situation und konnte feststellen, dass die Primarschule Dübendorf eine zukunftsorientierte, flexible, nachhaltige und effizient zu betreibende ICT-Infrastruktur in Betrieb hat. Diese wird im First- und Second-Level-Support von einer internen ICT-Organisation gewartet.

Der pädagogische ICT-Support unterstützt die Lehrpersonen vor Ort im sinnvollen Einsatz der Geräte im Unterricht.

## Ersatzbeschaffung 2027

Wie bereits bei der Urnenabstimmung 2021 ausgewiesen, ist die nächste Ersatzbeschaffung im Jahr 2027 notwendig. Die Endgeräte der Schülerinnen und Schüler und der Mitarbeitenden haben 2027 nach sechs Jahren das Ende ihres Lebenszyklus erreicht. Sie können aufgrund fehlender Ersatzteil-Verfügbarkeit nicht mehr in sinnvollem Rahmen repariert werden. Die Batterie-Lebensdauer ist zu Ende und Software-, respektive Betriebssystem-Updates können nicht mehr vorgenommen werden. Damit ist der Sicherheits- und Datenschutzstandard nicht mehr gewährleistet.

## Anzahl der Unterrichts-Geräte

Dem Kindergarten steht aktuell 1x iPad pro Klasse zur Verfügung. Hier sieht das neue Konzept für die Beschaffung im Jahr 2027 5 iPads pro Klasse plus 1 Steuerungs-iPad für die Lehrperson vor, eine Ausstattung 1:4.

Die Anzahl der Geräte soll im Unterricht der Unterstufe mit 12 iPads pro Klasse plus 1 Steuerungs-iPad für die Lehrperson, Ausstattung 1:2 unverändert weitergeführt werden.

Auch in der Mittelstufe ist eine unveränderte Weiterführung mit 1:1 Ausstattung mit Windows beantragt.

Die Aufnahmeklasse DaZ, also Deutsch als Zweitsprache in der Unterstufe ging in der ersten Beschaffungsrunde vergessen. Sie soll neu 10 iPads plus 1 Steuerungs-iPad für die Lehrperson erhalten.

Für den IF- und DaZ iPads sind weiterhin 14 iPads für alle Schuleinheiten vorgesehen.

Für die Logopädie ist auch wieder 1 iPad Logopädie pro Fachperson geplant.

Die Anzahl Geräte für Mitarbeitende wird erhöht. Dies ist notwendig durch das starke Wachstum in der schulergänzenden Betreuung und die Zunahme an temporär eingesetztem Lehrpersonal, also durch den Fachkräftemangel.

Die Berechnung der zu beschaffenden Stückzahlen an Endgeräte für die Beschaffung 2027 geht vom 'Szenario Tief' der 'Schulraumplanung 2024/25' von 'Eckhaus AG Städtebau Raumplanung' vom Januar 2025 aus. Die Zahlen werden im Verlauf des politischen Prozesses fortlaufend aktualisiert, sobald neueres Zahlenmaterial in Bezug auf die Schülerprognosen zur Verfügung steht. Auch die angegebenen Gerätepreise entsprechen einer Annahme aufgrund der aktuellen Erhebungen.



## Total Investitionskosten

Die Primarschulpflege beantragt dem Gemeinderat einen Kredit in der Höhe von Fr. 1'824'000.00 für die Ersatzbeschaffung digitaler Arbeitsmittel für Schülerinnen und Schüler sowie Mitarbeitende der Primarschule Dübendorf mit dem dazugehörigen ICT-Konzept.

## Getroffene Abklärungen der UK

Nach dem Studium der umfangreichen Materialien trug die UK eine Liste mit weiterführenden Fragen zusammen. Die Primarschulpflege beantwortete diese zeitnah und sehr umfassend. Es war nur eine kurze Nachfrage nötig, welche umgehend beantwortet wurde.

Zusätzlich konnten sich zwei UK-Mitglieder bei zwei unabhängigen Kindergartenbesuchen ein Bild des Einsatzes der digitalen Arbeitsgeräte auf dieser Stufe machen. Mit einem Mitglied des pädagogischen ICT-Supports konnte der Einsatz der Geräte auf dieser Stufe vertieft besprochen werden. Kritische Rückfragen zum Unterricht mit Tablets im Kindergarten wurden kompetent und ausführlich beantwortet.

Fragen zur Beschaffung und zum Einsatz der Geräte durch Lehrpersonen konnten in einem weiteren Gespräch mit dem Leiter Medien & Informatik diskutiert werden.

## Sachliche Abklärungen zur Beschaffung der Geräte

Die bisherige Strategie der heterogenen Geräteumgebung hat sich bewährt. Die Schülerinnen und Schüler der Primarschule lernen so, sich sowohl in der Apple- als auch in der Windowswelt zu bewegen und auch quelloffene Software zu verwenden.

Für eine nachhaltige Beschaffung werden als Auswahlkriterien die lange Lebensdauer der Geräte, deren Energieverbrauch, die Reparierbarkeit und die Ersatzteilversorgung der Geräte berücksichtigt. Bei einer Beschaffung von Occasionsgeräten würden die Nachteile überwiegen. Auch eine gestaffelte Beschaffung wurde überprüft, aber wieder verworfen. Eine Leasingvariante wäre aus preislicher Sicht nur bei kurzen Leasingdauern von bis zu ca. 3 Jahren sinnvoll. Die Kaufvariante bringt langfristig Kosteneinsparungen, Unabhängigkeit, volle Kontrolle über die Hardware und Anpassungs- und Erweiterungsfähigkeit bei Bedarf. Eine kleinere Lagerbewirtschaftung im Rahmen einer ca. 5% Reserve ist vorgesehen.

Die Primarschule Dübendorf wird bei der Beschaffung durch eine Beratungsfirma begleitet, welche auch beim Aushandeln eines Mengenrabattes unterstützt.

Ältere Geräte können aus Sicherheitsgründen nur so lange betrieben werden, wie Betriebssystem-Updates gemacht werden können.

Occasionsgeräte können nach vollständiger Löschung aller Daten verkauft werden. Im Gespräch mit dem Leiter Medien & Informatik wurde darauf hingewiesen, dass die Löschung und der Verkauf der alten Geräte ein idealer Job für Studierende wäre. Aktuell ist vorgesehen, dass diese Einnahmen auf einem allgemeinen Einnahmenkonto verbucht werden.

## Bildungspolitische Erwägungen

Die Besorgnis der UK-Mitglieder, dass insbesondere auf KiGa Stufe ein übermässiger Einsatz digitaler Arbeitsgeräte negative Folgen für das Kindeswohl haben könnte, wurde ernst genommen. Auch die Primarschule Dübendorf ist sich den Herausforderungen der digitalen Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler bewusst. Alle Fragen dazu wurden ausführlich beantwortet und detailliert erläutert. Zusätzlich konnten zwei KiGa Besuche durch UK-Mitglieder vorgenommen werden, damit sich diese ein realistischeres Bild des Einsatzes digitaler Arbeitsgeräte im Unterricht machen konnten. Diese Besuche wurden durch einen Vertreter des Pädagogischen ICT-Support-Teams begleitet, was eine vertiefte Diskussion erlaubte. Folgend die wichtigsten Erkenntnisse der UK aus diesen Abklärungen:

Digitale Arbeitsgeräte werden in der Primarschule Dübendorf als pädagogisch begründetes Werkzeug eingesetzt. Neue Apps werden durch das ICT-Support Team evaluiert und zielgerichtet eingesetzt. Die Schülerinnen und Schüler werden bei der Anwendung von Apps durch KiGa- und



Förderlehrpersonen begleitet und nicht einfach vor einem Bildschirm parkiert. Digitale assistive Technologien werden eingesetzt, um Kindern mit Beeinträchtigungen die Teilhabe am Unterricht zu ermöglichen. Im Unterrichtsbesuch konnte beobachtet werden, wie ein Kind mit Förderbedarf über das Tablet eine Lernaktivität auswählen konnte, welche dann zusammen mit der Förderlehrperson durchgearbeitet wurde. Ein weiteres Kind benutzte das Tablet für einen Posten im Werkstattunterricht. Es konnte damit KiGa Lieder einüben und gab das iPad nach Ablauf der Sanduhr ohne Weiteres zurück und nahm den nächsten Posten in Angriff. Die iPads werden auch durch die Schülerinnen und Schüler als Lern- und Lehrmittel betrachtet; es konnte weder ein Ansturm auf das Gerät noch ein Suchtverhalten beobachtet werden.

Im freien Spiel steht das Projekt "Lernen im Spiel" im Zentrum und sorgt für altersgerechtes und vielseitiges Lernen der Schülerinnen und Schüler. Dafür werden keine iPads eingesetzt. Auffallend war hier, dass während dem Unterrichtsbesuch viele Kinder sich ein Spielzeughandy z. B. aus Lego bastelten und in der Hosentasche mitführten oder damit telefonierten. Hier wurde also die digitale Transformation unserer Gesellschaft sichtbar.

Aktuell ist jede Kindergartenklasse der Primarschule Dübendorf mit je einem iPad ausgestattet. Diese Ausstattung limitiert die Einsatzmöglichkeiten im Unterricht. Eine 1:4 Ausstattung mit 5 Geräten pro KiGa Klasse würde einen kreativen und reflektierten Einsatz der Geräte in Gruppen ermöglichen. Damit könnten u. a. auch folgende Lernziele aus dem Lehrplan 21 besser erreicht werden:

- Die Schülerinnen und Schüler können sich über Erfahrungen in virtuellen Lebensräumen austauschen und über ihre Mediennutzung sprechen.
- Die Schülerinnen und Schüler verstehen einfache Beiträge in verschiedenen Mediensprachen und können darüber sprechen.
- Die Schülerinnen und Schüler können benennen, welche unmittelbaren Emotionen die Mediennutzung auslösen kann.
- Die Schülerinnen und Schüler können spielerisch und kreativ mit Medien experimentieren.

## Fazit

Die Unterlagen, welche die KSG erhalten hat, sind vollständig und transparent. Die Investitionskosten sind mit den angegebenen Stückzahlen und Gerätepreisen nachvollziehbar. Fragen zur Art der Beschaffung der Geräte wurden detailliert beantwortet und Vor- und Nachteile wurden verständlich erläutert. Politik muss den Schutz des Kindeswohls gewährleisten; aber Kinder haben auch ein Recht auf Teilhabe an unserer Gesellschaft. Durch den sorgfältigen und zielgerichteten Einsatz digitaler Arbeitsgeräte auf allen Schulstufen wird ein reflektierter und kreativer Umgang mit den digitalen Möglichkeiten gefördert. Die Medienkompetenz unserer Kinder erhöht sich dadurch und sie werden auf die digitale Umwelt vorbereitet.

## Anregungen resp. Wünsche der UK

Aktuell ist vorgesehen, dass der Erlös aus dem Verkauf der Occasionsgeräte auf einem allgemeinen Einnahmenkonto verbucht werden. Die UK regt an, dass mit diesen Einnahmen das ICT-Supportteam mit Fokus auf die Kindergartenstufe ausgebaut wird. Ausserdem wünscht sich die UK eine Evaluation des Einsatzes von digitalen Arbeitsgeräten auf KiGa Stufe.

## Danksagung

Wir bedanken uns beim Team der Primarschule Dübendorf und der Primarschulpflege für die konstruktive Zusammenarbeit. Speziell bedanken wir uns beim Leiter Medien & Informatik für die detaillierten Erläuterungen zur Beschaffung der Geräte. Dem Vertreter des ICT-Supportteams danken wir für seine Zeit und die anregenden Diskussionen begleitend zu den KiGa Besuchen. Ein spezieller Dank gilt der KiGa Lehrperson, welche uns die Besuche in ihrem Unterricht ermöglichte.



Antrag der Unterkommission

Die UK empfiehlt einstimmig, dem Antrag der Primarschulpflege zuzustimmen.»

\*\*\*

Sarah Steiner (SVP) hat uns informiert, dass sie die Sitzung wegen eines beruflichen Notfalls verlassen muss. Sie stösst allenfalls später wieder zur Sitzung dazu. Es sind somit aktuell 36 Gemeinderatsmitglieder anwesend. Verdankenswerterweise hat sich Christian Ingold (SVP) als Ersatz für Sarah Steiner als Stimmzähler bereit erklärt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

\*\*\*

### Stellungnahme Stadtrat, Bildungsvorständin Susanne Hänni (glp/GEU)

«Ein ganz grosses Dankeschön an die Mitglieder der Kommission für Schulgeschäfte für die intensive Auseinandersetzung mit unserem Antrag. Die Kommission hat, wie wir gehört haben, keine Mühe gescheut und hat sich sogar zweimal vor Ort begeben, um sich ein eigenes Bild zu machen, wie die Tablets im Kindergarten eingesetzt werden. Die Primarschule Dübendorf setzt sich auf allen Ebenen intensiv mit neuen Technologien auseinander, wie diese im Unterricht sinnvoll eingesetzt werden können, wie Kinder und Jugendliche auf einen verantwortungsvollen Umgang damit vorbereitet werden können und auch damit sie später eben die digitale Transformation meistern können. Mehr dazu übrigens im Druckfrischen Heimatbuch. Danke, wenn Sie, liebe Gemeinderatsmitglieder, diesen Weg aktiv unterstützen und die dafür nötigen Mittel bereit sind zu sprechen. Das ist nicht selbstverständlich. Wir danken Ihnen sehr dafür.»

### **Diskussion**

Keine

### **Abstimmung**

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Antrag des Stadtrats zur Verabschiedung des einmaligen Kredits von Fr. 1'824'000.00 für die Ersatzbeschaffung digitaler Arbeitsgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie Mitarbeitende der Primarschule Dübendorf zuhanden der Volksabstimmung mit 29 zu 1 Stimmen zu. Der Stadtrat ist somit mit dem weiteren Vollzug dieses Geschäftes beauftragt.

### **Beschluss**

Der Gemeinderat beschliesst

4. Für die Ersatzbeschaffung digitaler Arbeitsgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie Mitarbeitende der Primarschule Dübendorf wird ein einmaliger Kredit von Fr. 1'824'000.00 (Index vom April 2024, inkl. 8, 1 % MwSt.) zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.
5. Der beantragte Kreditbetrag passt sich der prognostizierten Anzahl Klassen sowie Schülerinnen und Schülern im Jahr 2027 an.
6. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

### **5. Ersatzwahl KSG Präsidium für Bruno Eggenberger (die Mitte/EVP) GR Geschäft Nr. 29/2025**

Aufgrund des Rücktritts von Bruno Eggenberger (die Mitte/EVP) aus der Kommission für Schulgeschäfte (KSG) ist eine Ersatzwahl für das Präsidium durchzuführen.



Roland Wüest (SP), Präsident der Interfraktionellen Konferenz

"Die IFK schlägt Ihnen Patrick Schärli (die Mitte/EVP) als Ersatz für Bruno Eggenberger (die Mitte/EVP) vor."

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Da zum Vorschlag der interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge eingereicht werden, erklärt Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU) gemäss Art. 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates Patrick Schärli (Die Mitte/EVP) als Präsident der KSG ab sofort für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 als gewählt und wünscht ihm eine interessante Präsidiumstätigkeit.

## **6. Budget 2026 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 35/2025**

Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU) erläutert den Verhandlungsablauf und das Abstimmungsverfahren:

«Eine eigentliche Eintretensdebatte gibt es nicht, da das Eintreten beim Budget obligatorisch ist. Ich schlage jedoch vor, dass wir, bevor wir in die Detailberatung einsteigen, eine allgemeine Diskussion durchführen, dabei können generelle Aussagen zum Budget vorgebracht werden. Äusserungen zu einzelnen Änderungsanträgen bitte ich euch dann an der entsprechenden Stelle in der Detailberatung vorzubringen.

Nach der allgemeinen Diskussion folgt die Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten in der Erfolgsrechnung sowie in der Investitionsrechnung. Wenn zu einem Abschnitt keine Anträge gestellt werden, gilt er gestützt auf Art. 72 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderats als genehmigt.

Nach der Detailberatung über die Erfolgs- und die Investitionsrechnung findet jeweils eine Zwischenabstimmung über die bereinigte Erfolgsrechnung bzw. über die bereinigte Investitionsrechnung statt.

Anschliessend befassen wir uns mit der Höhe des Steuerfusses.

In einer Schlussabstimmung wird dann gesamthaft über die Annahme bzw. Ablehnung vom Budget abgestimmt.»

Gegen dieses Vorgehen erhebt niemand einen Einwand.



## Generelle Diskussion

Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin  
«Das Budget 2026 präsentiert sich fast ausgeglichen.

\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

# BUDGET 2026

## Eckdaten

<b>Erfolgsrechnung</b>	Gesamtaufwand	Fr. 247'834'500
	Gesamtertrag	Fr. 247'837'700
	<b>Ertragsüberschuss +</b>	<b>Fr. 3'200</b>

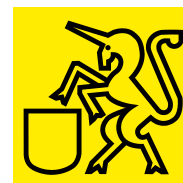
<b>Investitionsrechnung</b>	Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr. 66'450'000
<b>Verwaltungsvermögen</b>	Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr. 1'500'000
	<b>Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen</b>	<b>Fr. 64'950'000</b>

<b>Investitionsrechnung</b>	Ausgaben Finanzvermögen	Fr. -
<b>Finanzvermögen</b>	Einnahmen Finanzvermögen	Fr. -
	<b>Nettoinvestitionen Finanzvermögen</b>	<b>Fr. -</b>

<b>Einfacher Gemeindesteuerertrag</b>	<b>Fr. 96'500'000</b>
---------------------------------------	-----------------------

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Bei einem Gesamtaufwand von Fr. 247,83 Mio. und einem Gesamtertrag von Fr. 247,84 Mio., bleibt ein Ertragsüberschuss von Fr. 3'200.00.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## HOCHRECHNUNG 2025

Stadt Dübendorf



Budget 2025 - Aufwandüberschuss in Mio. Franken		4.32
Steuern	Grundstückgewinnsteuern um -14,00 Mio. Franken höher, Steuereinnahmen der natürlichen Personen -7,13 Mio. Franken höher, Steuereinnahmen der juristischen Personen um -4,74 Mio. Franken höher	-25.87
ASZ IMWIL	Höhere Entgelte -1,58 Mio. Franken, höherer Transferertrag -1,34 Mio. Franken, höherer Sach- und Betriebsaufwand 0,50 Mio. Franken, höherer Personalaufwand 0,38 Mio. Franken	-2.09
Primarschule	Transferaufwand 1,06 Mio. Franken höher, Personalaufwand 0,95 Mio. Franken höher, Transferertrag -0,9 Mio. Franken höher, Entgelte 0,34 Mio. Franken tiefer, Sach- und übriger Betriebsaufwand 0,21 Mio. Franken höher	1.68
übrige Abweichungen		0.03
Hochrechnung 2025 - Ertragsüberschuss in Mio. Franken		-21.93

### Wichtigste Abweichungen:

- Grundstückgewinnsteuer **+ Fr. 14,00 Mio.**
- Steuereinnahmen natürliche Personen **+ Fr. 7,13 Mio.**
- Steuereinnahmen juristische Personen **+ Fr. 4,74 Mio.**

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Schaut man sich die Hochrechnung für das laufende Jahr an, wird mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 21 Mio. gerechnet, anstatt des für 2025 budgetierten Aufwandüberschusses von Fr. 4,88 Mio. Dieses Plus resultiert primär aus einer höheren Prognose der – schwierig zu budgetierenden - Steuereinnahmen, allem voran die Grundstückgewinnsteuern. Im Ergebnis der Hochrechnung nicht berücksichtigt sind die Rückerstattungen der Heimpflegeleistungen des Kantons in der Höhe von rund Fr. 4.5 Mio. sowie die Nachholung von Aufwertungen von Grundstücken, die bereits im Rahmen der Jahresrechnung 2024 thematisiert wurden.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## BUDGET 2026 – AUFWAND

Stadt Dübendorf



Entwicklung Aufwand	Budget 2026	Budget 2025	Diff.
	in Mio. Fr. Franken	in Mio. Fr. Franken	in Mio. Fr. Franken
30 Personalaufwand	87.62	81.33	6.28
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	37.67	35.56	2.11
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	12.29	11.92	0.37
34 Finanzaufwand	0.61	0.60	0.00
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	0.00	0.00	0.00
36 Transferaufwand	101.87	93.91	7.96
37 Durchlaufende Beiträge	0.15	0.20	-0.05
38 Ausserordentlicher Aufwand	3.50	0.00	3.50
39 Interne Verrechnungen	4.13	3.99	0.15
<b>Total</b>	<b>247.83</b>	<b>227.52</b>	<b>20.32</b>

25

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Der Aufwand im Budget 2026 steigt gegenüber dem Budget 2025 um Fr. 20,32 Mio., unter anderem wegen der vorgesehenen Vorfinanzierung von Fr. 3,5 Mio. für den Neubau des Schulhauses Birchlen, im Weiteren steigt der Personalaufwand um Fr. 6,28 Mio., vor allem beim Alters- und Spitexzentrum IMWIL, bei der Primarschule, bei der Sicherheit und für Stellenplananpassungen. Der übrige Sach- und Betriebsaufwand wird sich um Fr. 2,11 Mio. und der Transferaufwand um Fr. 7,96 Mio. erhöhen.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

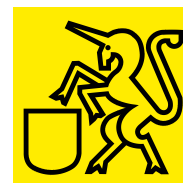
## BUDGET 2026 – ERTRAG

Entwicklung Ertrag		Budget 2026 in Mio. Fr. Franken	Budget 2025 in Mio. Fr. Franken	Differenz in Mio. Fr. Franken
40	Fiskalertrag	119.12	108.04	11.09
41	Regalien und Konzessionen	0.06	0.06	0.00
42	Entgelte	47.46	45.64	1.82
43	Verschiedene Erträge	0.04	0.04	0.00
44	Finanzertrag	5.67	6.05	-0.39
45	Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	1.62	1.43	0.19
46	Transferertrag	68.95	57.12	11.83
47	Durchlaufende Beiträge	0.15	0.20	-0.05
48	Ausserordentlicher Ertrag	0.63	0.63	0.00
49	Interne Verrechnungen	4.13	3.99	0.15
<b>Total</b>		<b>247.84</b>	<b>223.20</b>	<b>24.64</b>

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Auch bei den Erträgen wird mit einer Zunahme von Fr. 24,64 Mio. gerechnet. Die Steuereinnahmen inkl. Grundstückgewinnsteuern von Fr. 18 Mio. sollen trotz beantragter Steuerfusssenkung um Fr. 11 Mio. steigen, Beim Transferertrag trägt der Brutto-Ressourcenzuschuss von Fr. 18.78 Mio., Netto sind es Fr. 15,06 Mio., ebenfalls zur Ertragssteigerung bei.

Da sich der Ressourcenzuschuss auf das Vor/Vorsteuerjahr, also 2024 bezieht, und der Stadtrat mit erhöhten Steuereinnahmen aufgrund der Bautätigkeit rechnet, dürften die Zuschüsse in den folgenden Jahren kleiner werden.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## BUDGET 2026 – INVESTITIONEN

Budget 2026	Budget 2025
<b>Fr. 64,95 Mio.</b>	<b>Fr. 38,5 Mio.</b>
Eingestellt sind u.a.:	
Schulhaus Birchlen – Fr. 18,0 Mio. Provisorium Sonnenberg – Fr. 4,5 Mio. Hallenbad Oberdorf – Fr. 24,4 Mio. Verkehr – Fr. 6,92 Mio.	

**Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt voraussichtlich 21,9 %**

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Bei den Investitionen sind Fr. 64,95 Mio. budgetiert, im Vorjahr waren es noch Fr. 38,5 Mio. Nach den Volksentscheiden für ein neues Schulhaus Birchlen, eingestellt mit Fr. 18 Mio., Fr. 4,5 Mio. für das Provisorium Sonnenberg, dem Ja zum Hallenbad Oberdorf, eingestellt mit Fr. 24,4 Mio. und Fr. 6,92 Mio. für den Bereich Verkehr, nehmen die Investitionen an Fahrt auf. Deshalb wird auch der Selbstfinanzierungsgrad von 100 % mit voraussichtlich 21,9 % für den gesamten Haushalt nicht erreicht werden.

Die Belastung durch die Abschreibungen werden sich in den nächsten Jahren, mit jedem neuen Bauprojekt, erhöhen. Lagen die Abschreibungen im Budget 2025 noch bei Fr. 11,9 Mio. sind wir fürs 2026 bereits bei Fr. 12,95 Mio., welche das Budget erheblich belasten werden.

Das zweckfreie Eigenkapital der Stadt Dübendorf beträgt per 31.12.2024 Fr. 273,33 Mio. Bis Ende 2026 voraussichtlich Fr. 295,26 Mio. Auch wenn sich der Finanzierungsfehlbetrag im Budget auf Fr. 50,75 Mio. beläuft, kann damit gerechnet werden, dass für die laufenden Investitionen genügend Liquidität zur Verfügung steht und die Stadt per Ende 2026 faktisch schuldenfrei ist, auch wenn mit weniger Zinsertrag auf angelegtem Vermögen gerechnet werden muss.

Soweit die Zahlen.

Es gibt Themen, die jährlich zu Diskussionen innerhalb der GRPK und mit dem Stadtrat führen. Die Konten mit der Bezeichnung 'Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.', die in jeder Abteilung aufgeführt werden, hat der Gemeinderat bei der letzten Budgetberatung ab einer gewissen Betragshöhe pauschal um 20 % gekürzt. Die GRPK ist nach wie vor der Meinung, dass möglichst viele Abklärungen innerhalb der Verwaltung gemacht werden sollten, soweit das Knowhow vorhanden ist. Dieses Jahr verzichtet die GRPK auf solche Anträge, auch weil der Stadtrat plausibel machen konnte, dass wirklich nötige Abklärungen, die inhouse nicht möglich sind, aufgeschoben wurden und eine weitere Streichung Konsequenzen haben könnte. Die GRPK wird die Entwicklung weiterhin im Auge behalten.

Nach den Diskussionen im letzten und vorletzten Jahr betreffend die Lohnerhöhungen und Teuerungsausgleiche, will die GRPK eine klare Trennung der beiden Budgetposten und wird dementsprechend auch Änderungsanträge stellen, die der Transparenz dienen sollen.

Die Digitalisierung und KI waren auch in der GRPK ein heissdiskutiertes Thema. Einerseits sollen Abläufe innerhalb der Verwaltung so gut als möglich digitalisiert und Synergien genutzt werden. Andererseits verursachte der projektierte Einsatz von KI in der KESB einiges Stirnrünzeln. Die GRPK



ist der Meinung, dass es hier unbedingt saubere Lösungen braucht, die strengen Datenschutzstandards gerecht werden. Dieser Vorbehalt gilt grundsätzlich für alle Abteilungen der Verwaltung.

Ein anderes Thema die Kinderbetreuungsverordnung, die in diesem Jahr vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Bereits anlässlich der Austauschsitzung zur Jahresrechnung 2024 zwischen der GRPK und dem Stadtrat, wurde seitens Stadtrat informiert, dass die budgetierten Fr. 280'000.- und auch das vom Gemeinderat bewilligte Kostendach von Fr. 550'000. Inkl. Tageseltern nicht reichen wird und für 2025 mit Ausgaben von ca. Fr. 1 Mio. gerechnet wird. Die GRPK hat diese Transparenz sehr geschätzt. Der Stadtrat hat 2026 nun Fr. 500'000.- budgetiert, entsprechend dem 2016 ursprünglich beschlossenen Kostendach. Dazu wird es zwei Änderungsanträge geben. Die Ausführungen dazu folgen in der Detailberatung.

Aufgrund der rasanten Entwicklung unserer Stadt ist es nachvollziehbar, dass die Ausgaben steigen. Abzuwarten bleibt, ob auch die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren entsprechend steigen werden. Es werden mehr Kinder zur Schule gehen und mehr Seniorinnen und Senioren werden Ergänzungsleistungen und Pflege benötigen, mehr Neubauten und neue Einwohnende benötigen neue Infrastrukturen. D.h. wir werden auch in Zukunft unsere Ressourcen haushälterisch und sinnvoll einsetzen müssen.

Der Stadtrat hat das Budget 2026 am 18. September 2025 zuhänden des Gemeinderates verabschiedet. Nach der Zustellung an die GRPK am 22. September erfolgte seitens der GRPK die Erstellung des Fragenkatalogs und nach der Beantwortung durch den Stadtrat folgten Anschlussfragen. Anlässlich des persönlichen Austausches zwischen Stadtrat und GRPK konnten letzte Fragen geklärt werden. Am 24. November hat die GRPK das Budget mit diversen Änderungsanträgen verabschiedet.

An dieser Stelle möchte ich mich beim Stadtrat, der Verwaltung und bei meinen Kolleginnen und Kollegen und unserer Gemeinderatssekretärin Friederike Häfeli und ihrer Stellvertreterin Aline Helbling ganz herzlich für ihren Einsatz, ihr Engagement und ihre Mitarbeit bedanken.

Und ich möchte an dieser Stelle einmal ganz klar betonen, dass die vielen Fragen der GRPK einzig und allein dem Ziel dienen, das Budget oder auch eine Jahresrechnung besser zu verstehen und Ausgaben wie Einnahmen besser nachvollziehen zu können. Dazu tragen auch die in den letzten Jahren sehr viel besser gewordenen Differenzkommentare bei.»

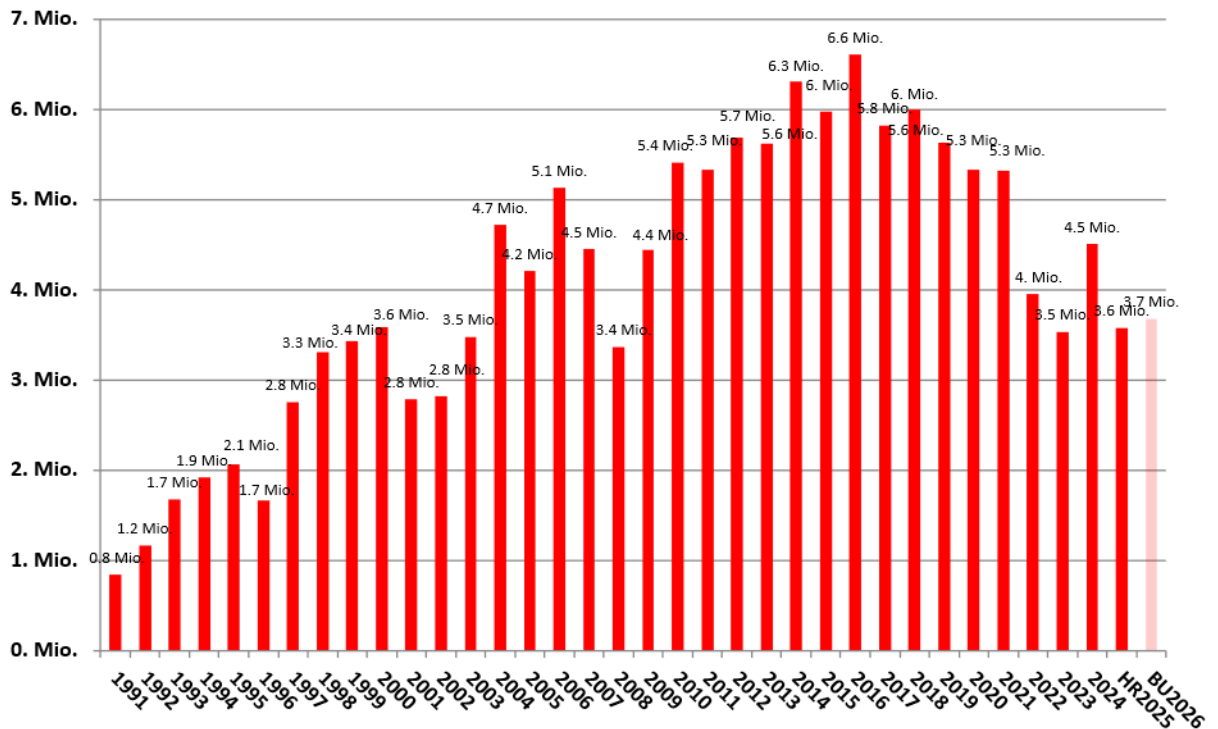
#### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Einmal mehr, die Präsentation seitens Finanzvorstand. Es wird allerdings die Letzte sein, bei der ich in dieser Funktion hier oben das Budget vertreten darf. Man kennt ungefähr, was ich wieder aufdatiere.



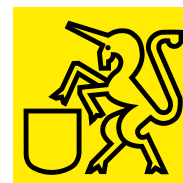
\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe



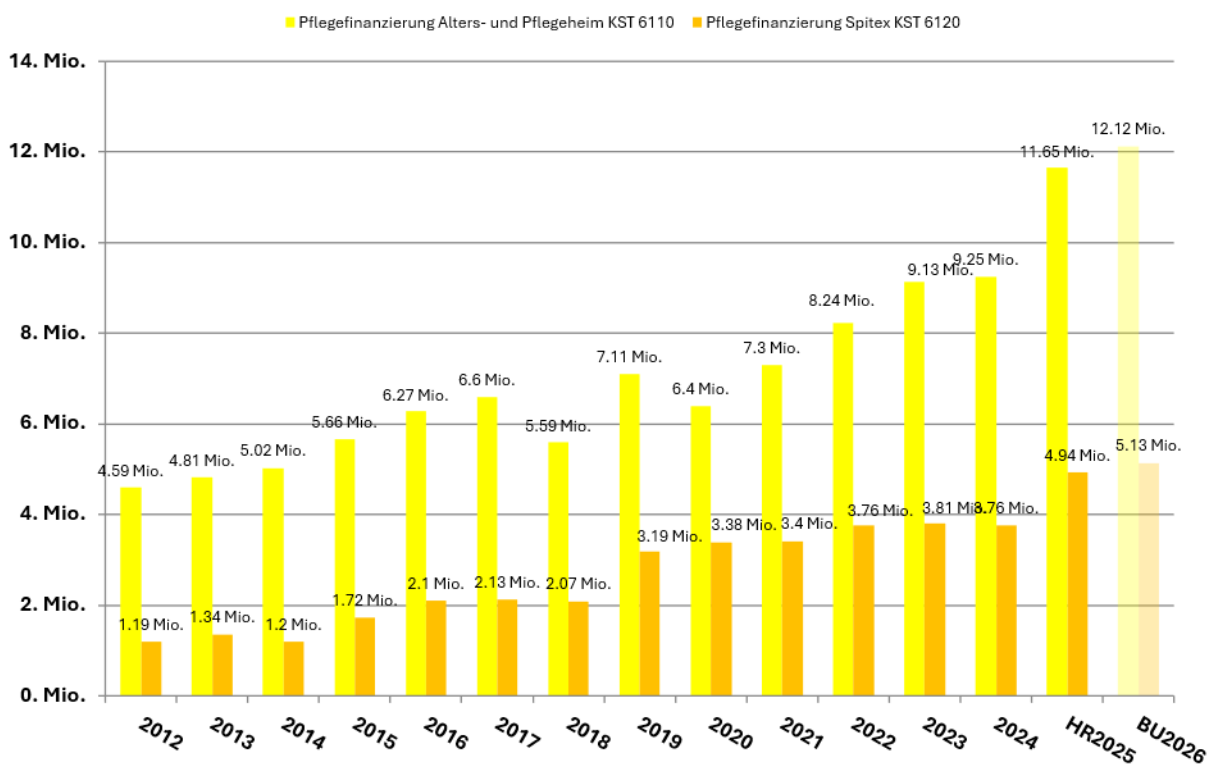
\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Das ist die erste Folie, die gesetzlich-wirtschaftliche Hilfe, die Entwicklung der letzten Jahre, wo man sieht, wo wir in den 90er-Jahren standen, wo wir um 2015 herum standen und wo wir aktuell stehen. Wie gesagt, die Hochrechnung ist mit Fr. 3,6 Millionen drin und das Budget mit Fr. 3,7 Millionen. Ob das dann wirklich so eintrifft? Letztes Jahr ist nachher nach der Hochrechnung doch noch einmal einiges dazugekommen. Darum sieht man auch dass die Rechnung 2024 mit Fr. 4,5 Millionen deutlich höher ist, aber weil die Vorjahre tiefer waren, gehen wir mal davon aus, die Hochrechnung und Budget könnten in diesem Bereich plus-minus stimmen. Es sind letztlich immer Schätzungen aufgrund der Vergangenheit und der aktuellen Fehlerberechnungen.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

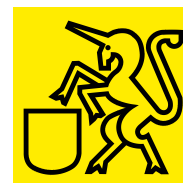
## Pflegefinanzierung Alters- und Pflegeheim und Spitex



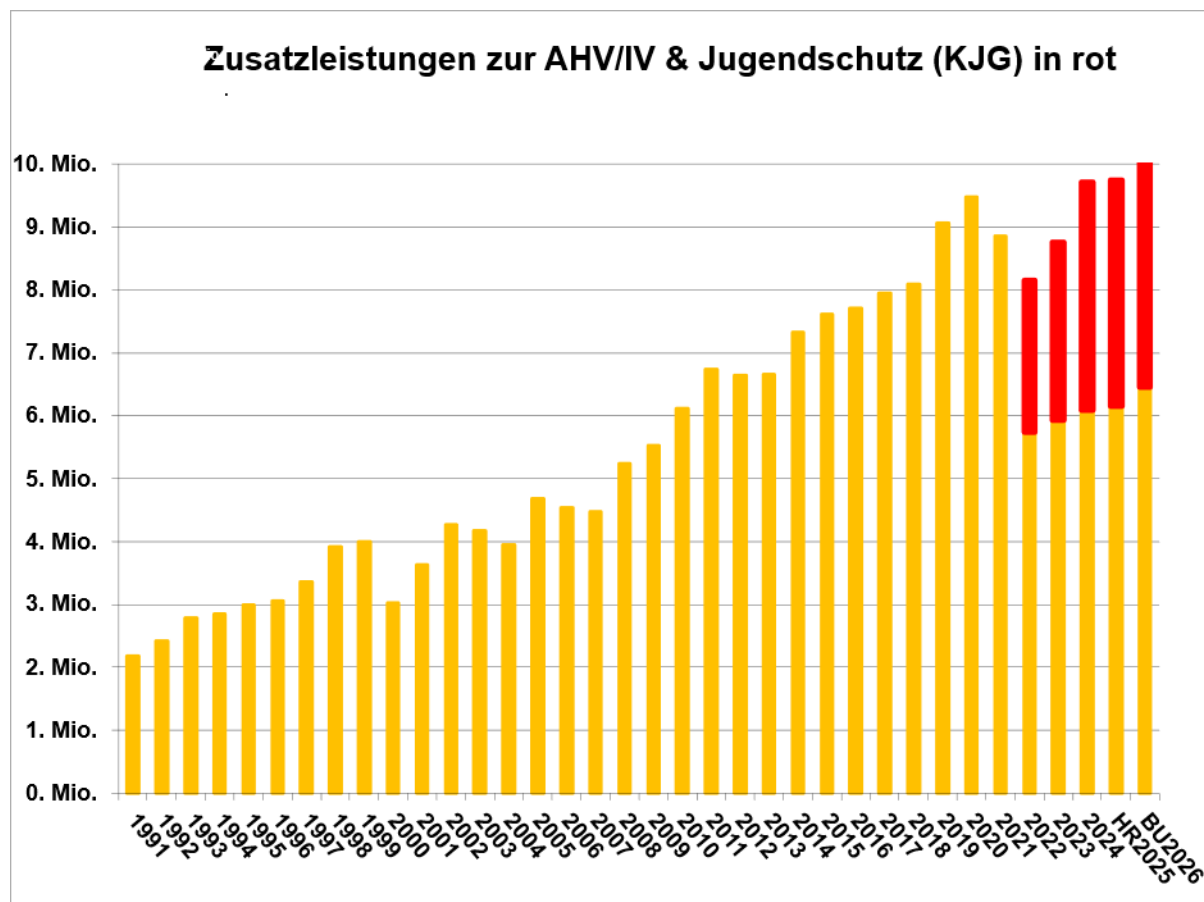
\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Dann die Kurve, die sehr beunruhigend ist, die ganze Frage der 'Pflegefinanzierung, Spitex-Finanzierung', die die Gemeinden an den Kosten übernommen haben für das, dass man sie entlastet hat bei der Spitalfinanzierung, wo ja Dübendorf auch noch nicht ganz draussen ist, aber bald. Und da sieht man auch die Entwicklung, wenn man in der Hochrechnung schaut mit Fr. 11,65 Millionen und beim Spitex Fr. 4,94 Millionen. Wenn das nächste Jahr das Budget weiter ansteigt, reden wir da von gesamthaft rund 17 Millionen an Kosten, die da in diesem Bereich in diese Richtung laufen. Und das vermutlich ohne Massnahmen, wo wir uns selber unsere Gedanken machen müssen, aber vor allem auch auf kantonaler sowie auf Bundesebene, muss man sich Gedanken machen, wie es mit der Pflegefinanzierung weitergeht. Leider ist die Situation in Bern so, dass eigentlich dort oben alle Interessen vertreten werden, ausser die vom Gemeindesteuerzahler, die werden ein bisschen ignoriert.

Alle anderen Klientelen schauen schon, dass sie nicht zu viel zahlen müssen und das sind dann die Konsequenzen, die die Gemeinden zu zahlen haben. Ich will betonen, es hat nicht nur mit dem eigenen Pflegeheim zu tun, das hat generell damit zu tun, wenn ältere Leute in die Pflege kommen oder wenn sie Spitex brauchen, egal, ob es eigene Anlagen von Dübendorf sind oder Dritte.

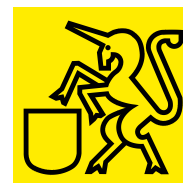


\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*



\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

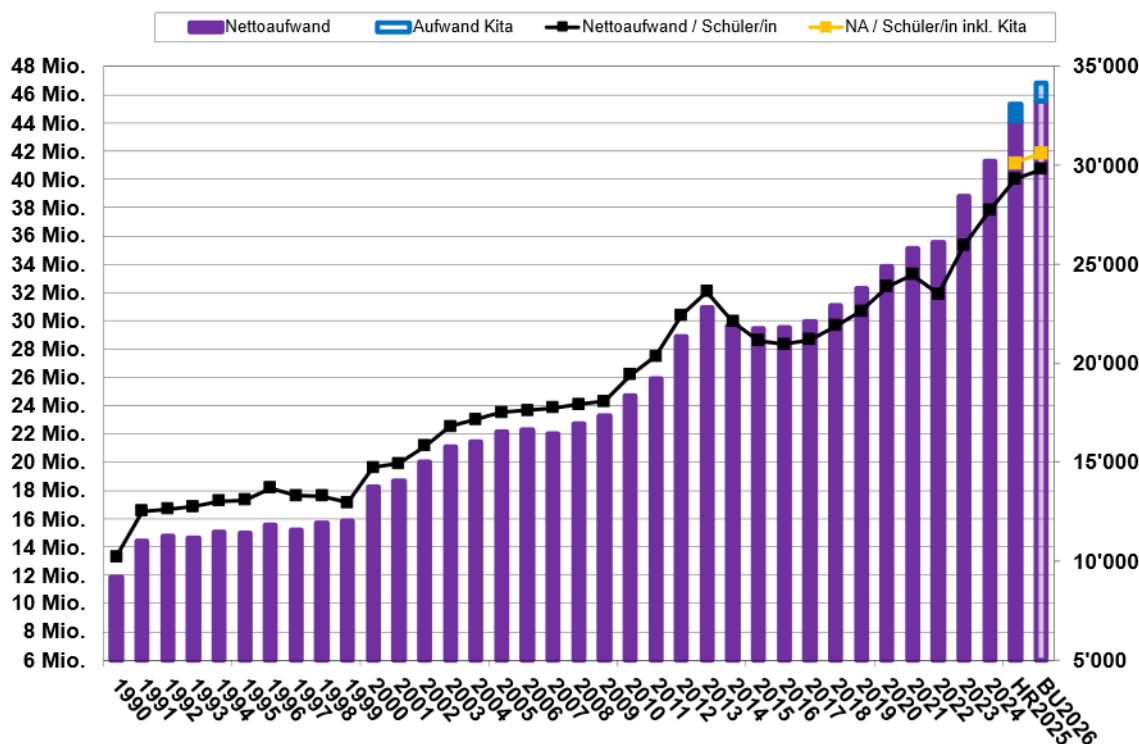
Die Zusatzleistungen haben auch mit dem zu tun im Wesentlichen, auch da sieht man eine Steigerung, da sind wir mal bei rund 2 Millionen gewesen vor 20 Jahren, wir sind jetzt bei rund 9 bis 10 Millionen. Man hat dann einmal eine Entlastung bekommen, indem der Kanton dort einen höheren Anteil übernimmt, das sieht man an der gelben Balken, es ist dann zurückgegangen. Nur hat der Kanton gleichzeitig im Kinder- und Jugendhilfegesetz die Gemeindebeiträge markant erhöht. Und da sieht man jetzt die Entwicklung von diesen Kosten, wo der Kanton uns dann wieder in Rechnung schreibt, das heisst, es ist ein wachsendes Nullsummenspiel. Es gab in den ersten zwei Jahren eine leichte Entlastung und unterdessen ist das bereits wieder auf Kurs. Es steigt weiter an, das heisst, die beiden Werte zusammen sind für die Gemeinden keine Kosteneinsparung, sondern auch da, Bereiche, wo wir praktisch keinen direkten Einfluss haben. Beim KJG bestimmt der Kanton die Leistungen und wir zahlen, im Wesentlichen und bei den Zusatzleistungen, wie gesagt, das ist auch wenn jemand es nicht mehr selber tragen kann, weil die Pflege immer teurer wird, weil wir immer die Pflege auch ausbauen, weil auch Private sich da immer noch relativ gut daran verdienen, läuft das natürlich in eine Richtung.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Primarschule Entwicklung Nettoaufwand\* und Schüler/innenzahlen ab 1990

(\* ohne VF, ohne KST 7292 -7295)



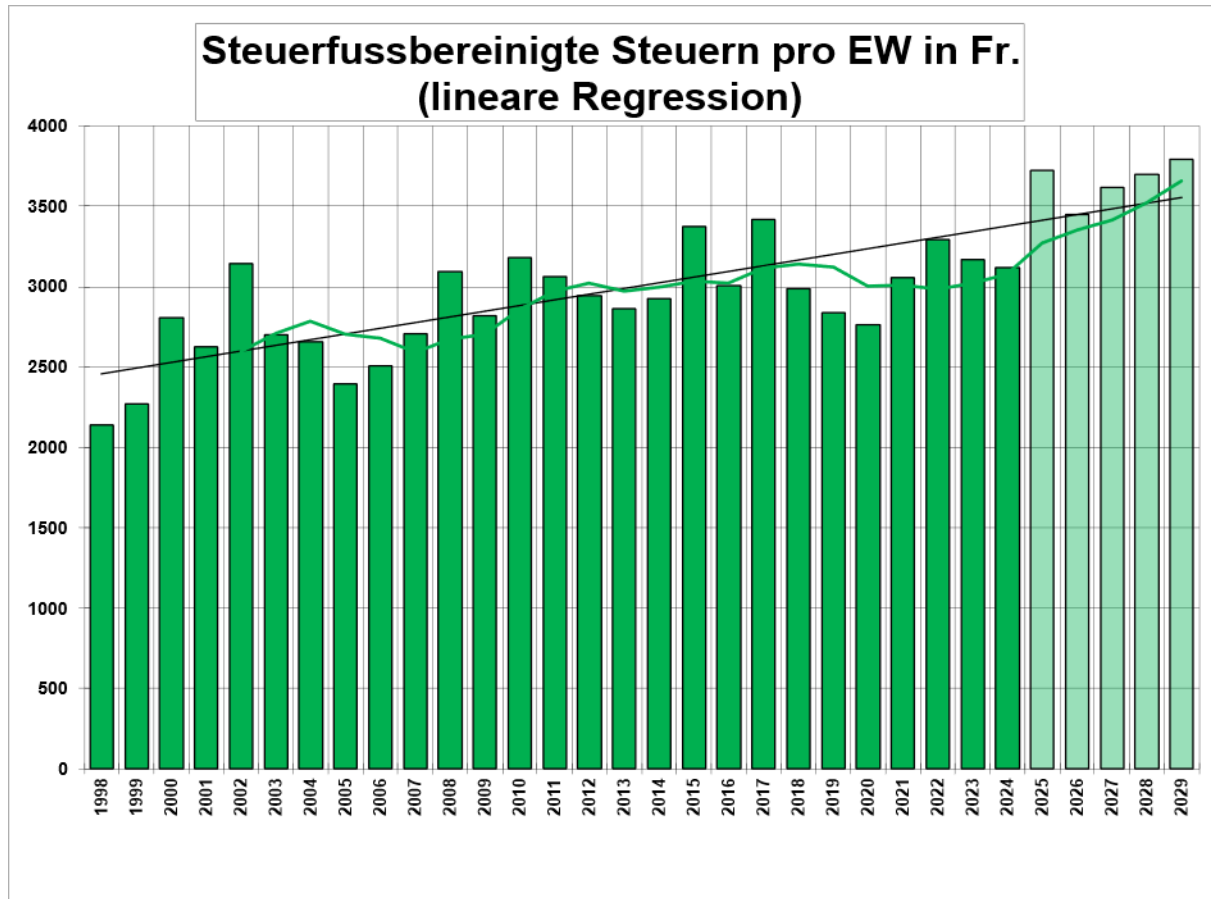
\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Dann die Kosten der Primarschule, einerseits die Absolutkosten, die violetten Balken, da sieht man auch die Entwicklung, wenn man in den 80er- und 90er-Jahren schaut, waren wir da irgendwo bei Fr. 15 Mio., heute sind wir jetzt etwa bei Fr. 45 Mio.. Dübendorf ist grösser geworden, aber auch pro Schüler ist rund eine Verdoppelung der Kosten passiert. Ich habe jetzt hier zwei Grafiken auseinandergenommen. Das schwarze sind die Kosten, die die Schule direkt betreffen. Wenn man dann noch die Kita-Diskussion, die wir heute Abend ja auch noch haben, dazu nimmt, so wie es der Stadtrat budgetiert hat und die Hochrechnung, sind es die gelben Blöcke, die dann da noch oben drauf kommen. Aber weil das eigentlich nicht nur die Leistung der Schule ist, sondern eigentlich eine Leistung des Sozialen, war der Wunsch, dass man das separat da herausrechnet und nicht bei der Schule quasi belastet.

Aber den Finanzhaushalt belastet es natürlich trotzdem. Das war jetzt die schlechte Seite, nämlich die Kostenentwicklung mit diesen grossen Blöcken, die eigentlich in den letzten Jahren nur eine Richtung gekannt hat.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*



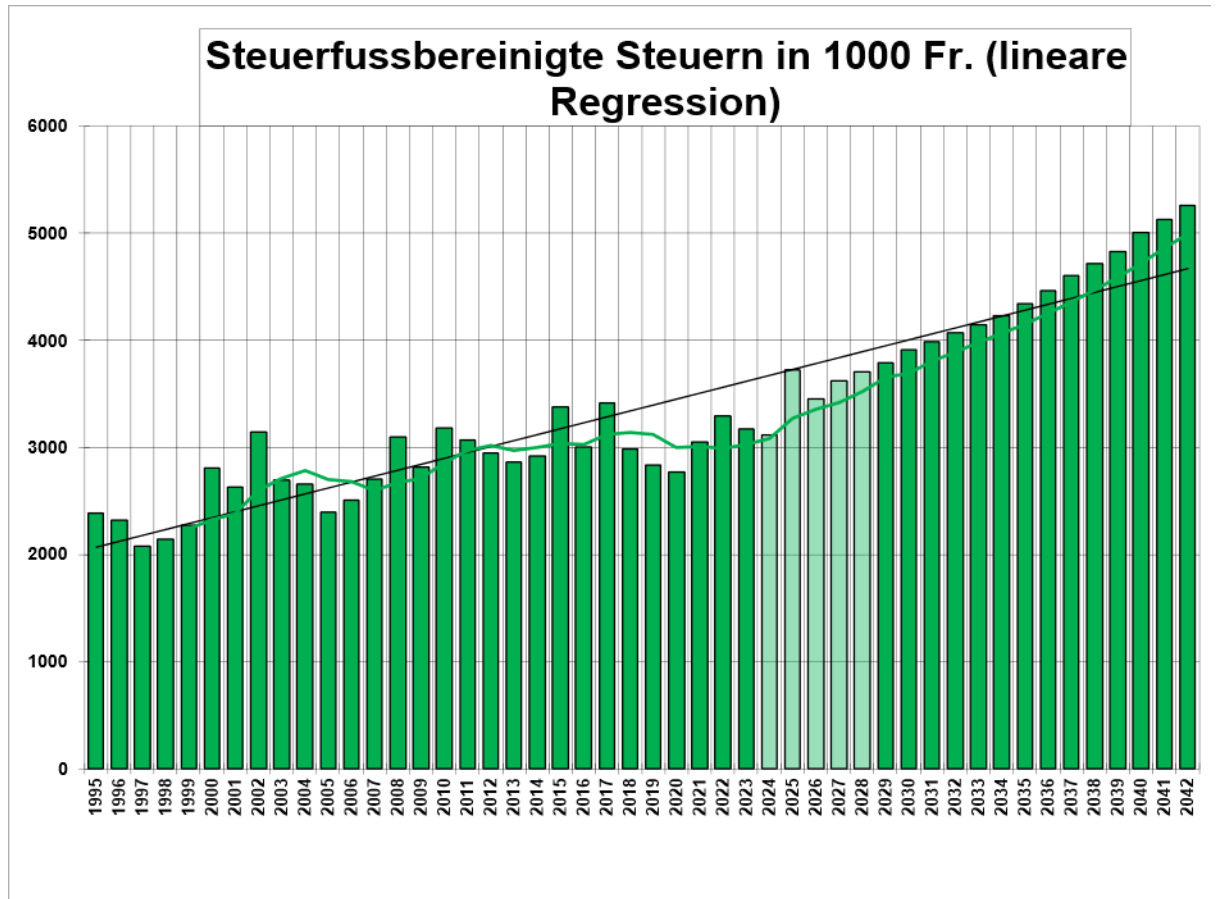
\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Jetzt kommt die andere Seite, die zum Glück im Moment auch noch fast nur eine Richtung kennt, und zwar ist das die steuerfussbereinigte Steuer pro Einwohner in Franken. Eine lineare Regression, die eigentlich auch für die Prognose dient. Was da vielleicht noch wichtig ist, wenn wir in die Zukunft schauen, sieht man jetzt eigentlich die Vergangenheit auf dieser linearen Kurve und man sieht da etwas, dass ausreißt und die Zahl kennt der Gemeinderat noch nicht im Detail, ich komme später dazu. 2025 wird ein ausserordentlich gutes Jahr, nachdem 2024 ein ziemlich schlechtes Jahr war, wie man es in der Grafik sieht.

Die Zukunft geht von optimistischen Annahmen aus, das ist der Finanzplan. Einfach, dass man sich das bewusst ist für die Zukunft, der Finanzplan geht nicht davon aus, dass wir sehr viele schlechte Jahre haben werden, sondern eher, dass wir weiterhin gute Jahre haben, vielleicht nicht gerade jedes Jahr ein Spitzenjahr wie 2025, weil 2025 wird ein Spitzenjahr werden.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

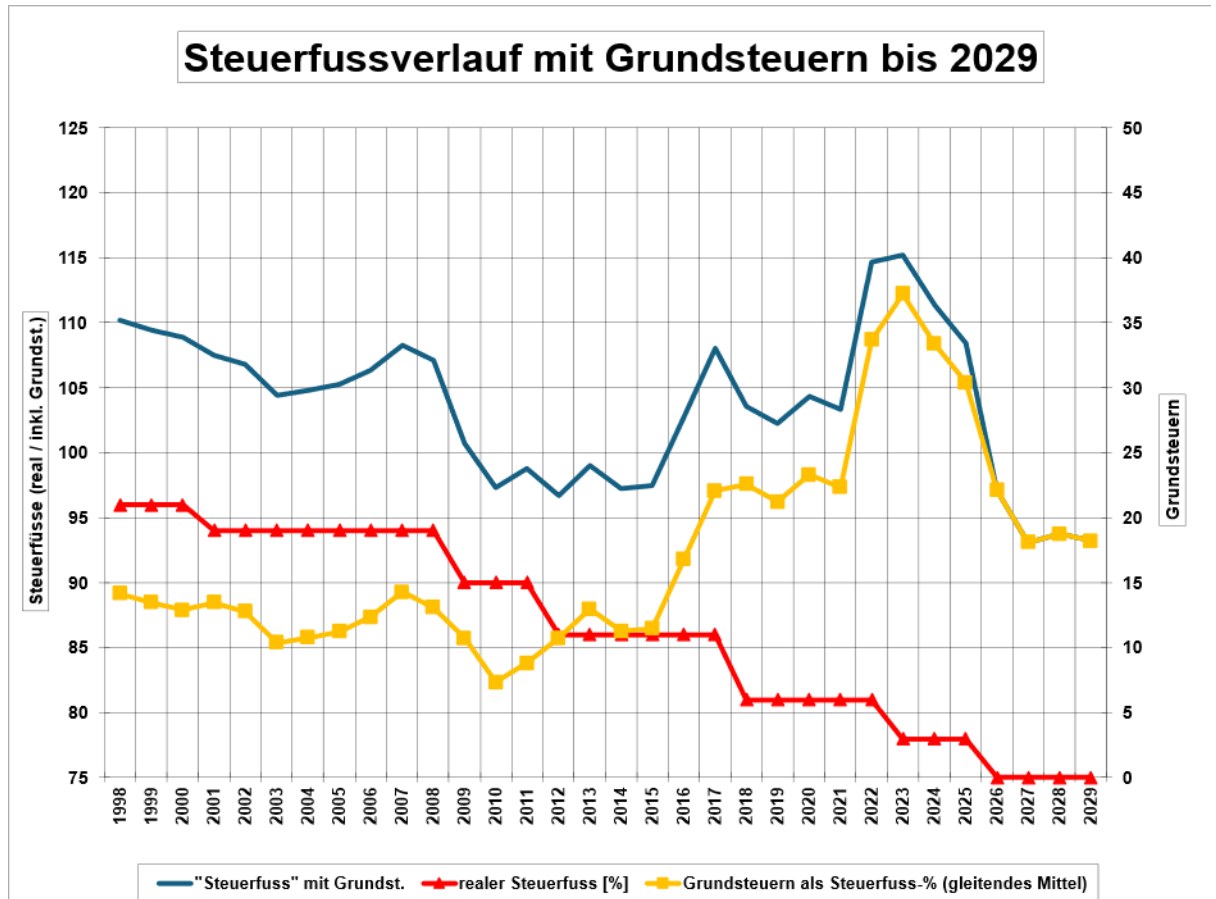


\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Man kann das dann auch noch weiter in die Zukunft ziehen, ich habe die Grafik, glaube ich, das erste Mal letztes Jahr gezeigt, wenn man dann den Finanzplan weiter herauszeichnet, was natürlich schwierig ist, bis in die 40er Jahre, sieht man da einen klaren Trendbruch, wo wir davon ausgehen, die Steuereinnahmen pro Kopf stärker ansteigen als in der Vergangenheit. Und das ist die Annahme, dass wir in Dübendorf, ich sage jetzt einmal, schrittweise eine höhere Steuerkraft bekommen, auch gegenüber dem Kanton, das sollte etwas näher an das kantonale Mittel rankommen. Ob das eintritt, ist sehr schwierig zu sagen, wie gesagt. Jetzt könnte man das Jahr 2025 nehmen und sagen, wunderbar, wir sind dort. Wenn man 2024 anschaut, sind wir weit weg. Wenn man den Finanzplan anschaut, ist er ein bisschen vorsichtiger in der Entwicklung, aber die Entwicklung ist das, was man erwarten könnte. Es kann auch anders kommen, aber das ist im Finanzplan hinterlegt für die sehr, sehr langfristige Zukunft, wobei wie gesagt, das ist ein bisschen wie Kaffeesatz zu lesen.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

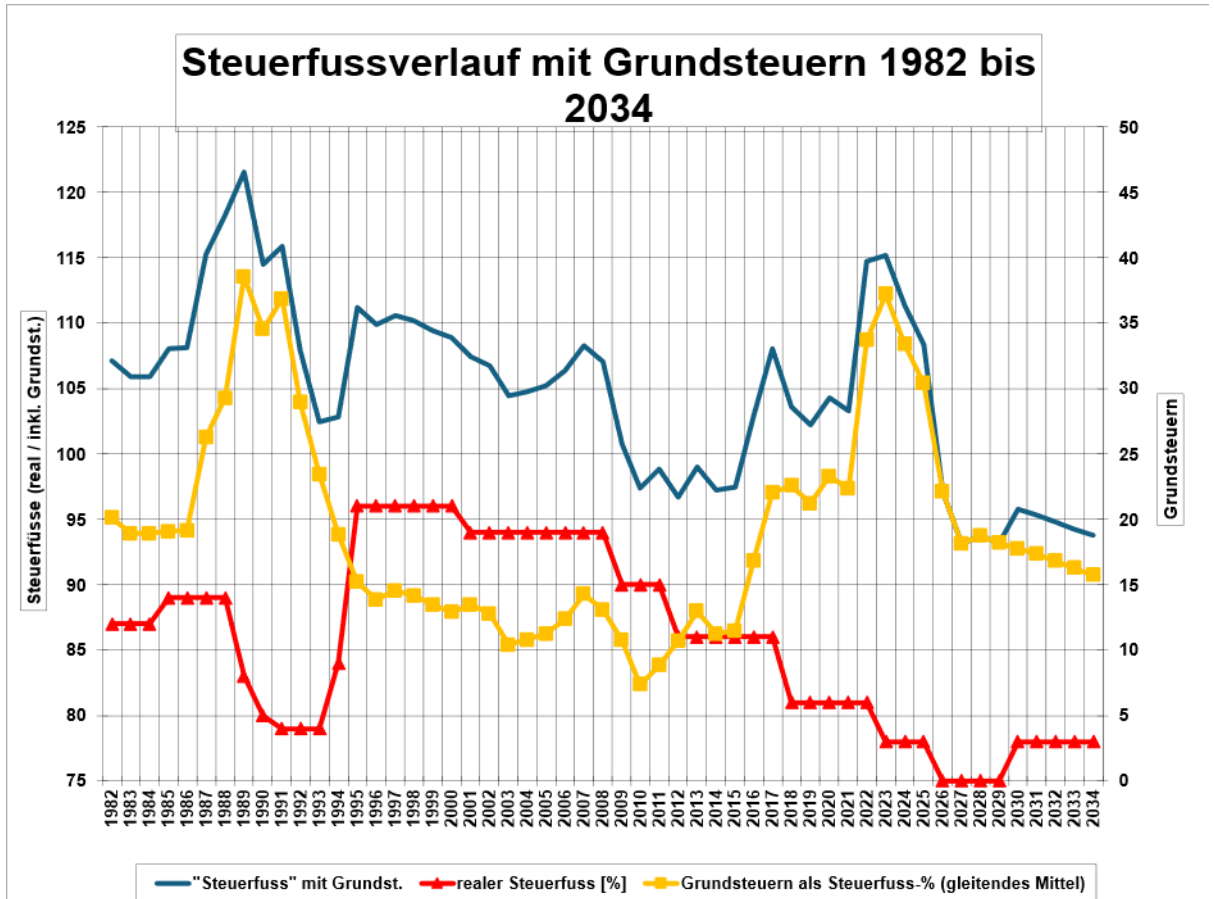


\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Wenn wir den Steuerfussverlauf anschauen seit 1998 bis und mit Ende Finanzplan sieht man doch, dass der absolute Steuerfuss, die rote Kurve, nur einen Weg gekannt hat, nämlich nach unten. Es hat aber auch damit zu tun, dass man seit über 10 Jahren bei den Grundsteuern einen ganz markanten Zuwachs hatte. Und darum ist die blaue Kurve auch noch relevant und die blaue Kurve zeigt Grundsteuern und Gesamtsteuern zusammen. Die ist dann der Gesamtsteuerfuss. Und da sieht man natürlich, wenn man jetzt die Steuerfüsse nicht schrittweise, wie es der Stadtrat immer beantragt, wieder einmal angepasst hätte, würde man eigentlich deutlich einen höheren Steuerfuss haben insgesamt, als man vielleicht vorher gehabt hätte.

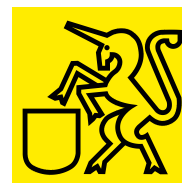


\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

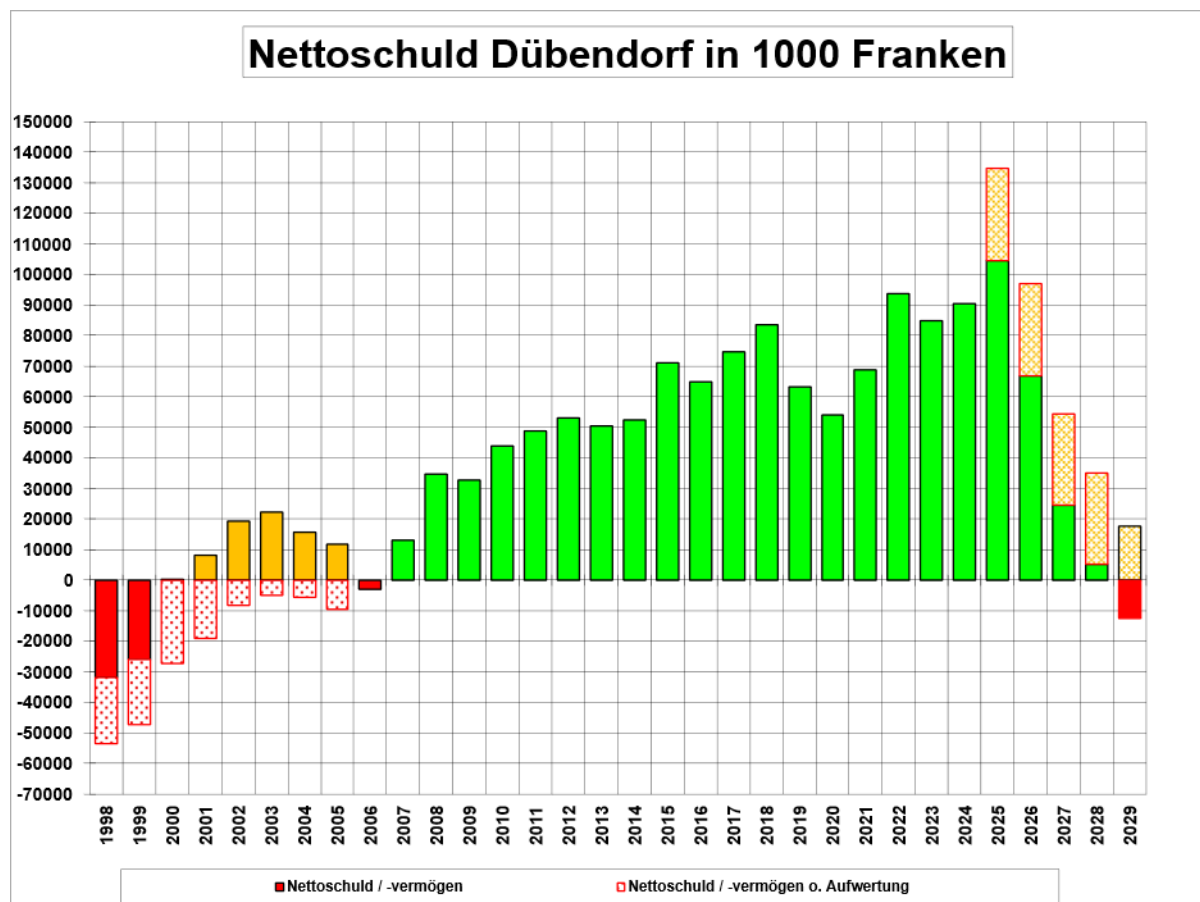


\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Aber wenn dann die Grundstückgewinnsteuern irgendwann ein bisschen zurückgehen, dann wird es wieder ein bisschen knapper und dann muss man wieder genauer schauen, was das dann bedeutet. Und darum habe ich da noch gerne eine Grafik, weil ja heute noch die Steuerfussdebatte kommt, wo der Finanzplan bis 2034 – also bis 2029 läuft der Finanzplan und dann gibt es einen Folgeplan – wo eigentlich bis 2033, 2034 geht und da sieht man mit der heutigen Annahme, dass die Grundstückgewinnsteuern in den nächsten Jahren irgendwann und das ist die gelbe Kurve, irgendwann wieder zurückgehen würden. Und das heisst, man wird dann irgendwann rund 2030, wenn man jetzt den Steuerfuss heute reduziert, auch wieder den Mut haben, wenn man all die Investitionen tätigen will, die angesetzt sind und die laufenden Aufwendungen weiter ansteigen, diesen auch wieder anzupassen. Ich sage das wieder dann noch am Schluss, es geht eigentlich da zuzusagen darum, den Steuerfuss als Dividende der Bevölkerung zurückzugeben, jetzt wo wir uns das eigentlich vermögensmässig leisten dürfen und können.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*



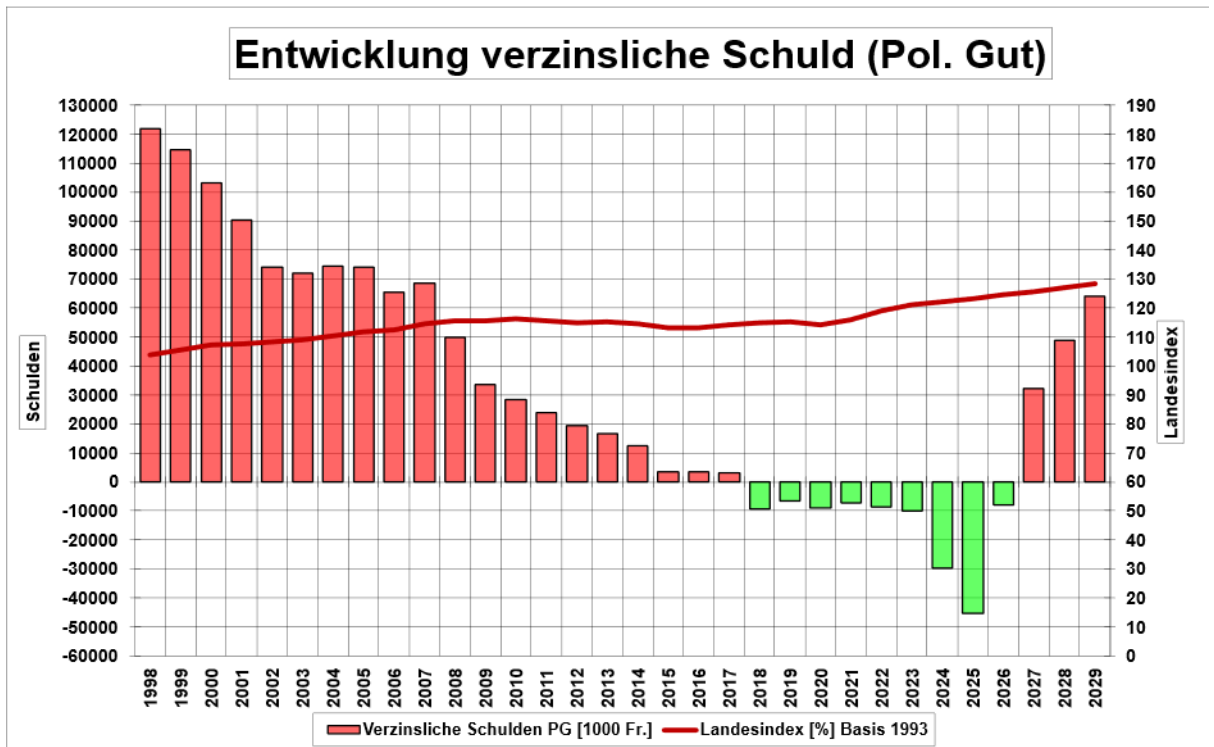
\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Zur Nettoschuld, da will ich auch gerade sagen, da ist heute in der Grafik etwas Neues drin, ich will betonen, das ist noch nicht erwähnt. Man sieht, dass die Nettoschuld, das ist der grüne Anteil, würde Ende Planperiode leicht ins Negative gehen. Das geht dann in der Zukunft auch noch in diese Richtung weiter, aber insgesamt noch knapp.

Und das gelb Unterlegte, das wäre jetzt die gehoffte Aufwertung. Ich will noch einmal betonen, das ist das Nettovermögen, da ist kein Franken mehr in der Tasche, es ist einfach mehr in der Buchhaltung und da ist jetzt einfach einmal eine Annahme getroffen, dass das rund eine Aufwertung gibt von 30 Millionen. Wie viel es dann sein wird, das werden wir erst abschliessend wissen, wenn wir die Verhandlungen abgeschlossen haben, die dauern immer noch an. Wir werden aber, wie wir es letztes Jahr versprochen haben, mit der Rechnungslegung 2025 eine Aufwertung machen. Eventuell wird es eine provisorische Aufwertung sein, weil wir einfach noch nicht die definitiven Zahlen haben, dann machen wir eine Abschätzung, ähnlich wie es jetzt der Finanzplan anzeigt. Aber da sieht man eigentlich, das ist eine buchhalterische Übung, das bringt uns nicht mehr Geld in die Tasche. Trotzdem zur Transparenz, weil das kritisiert wurde, stellen wir das in Zukunft auch so dar.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

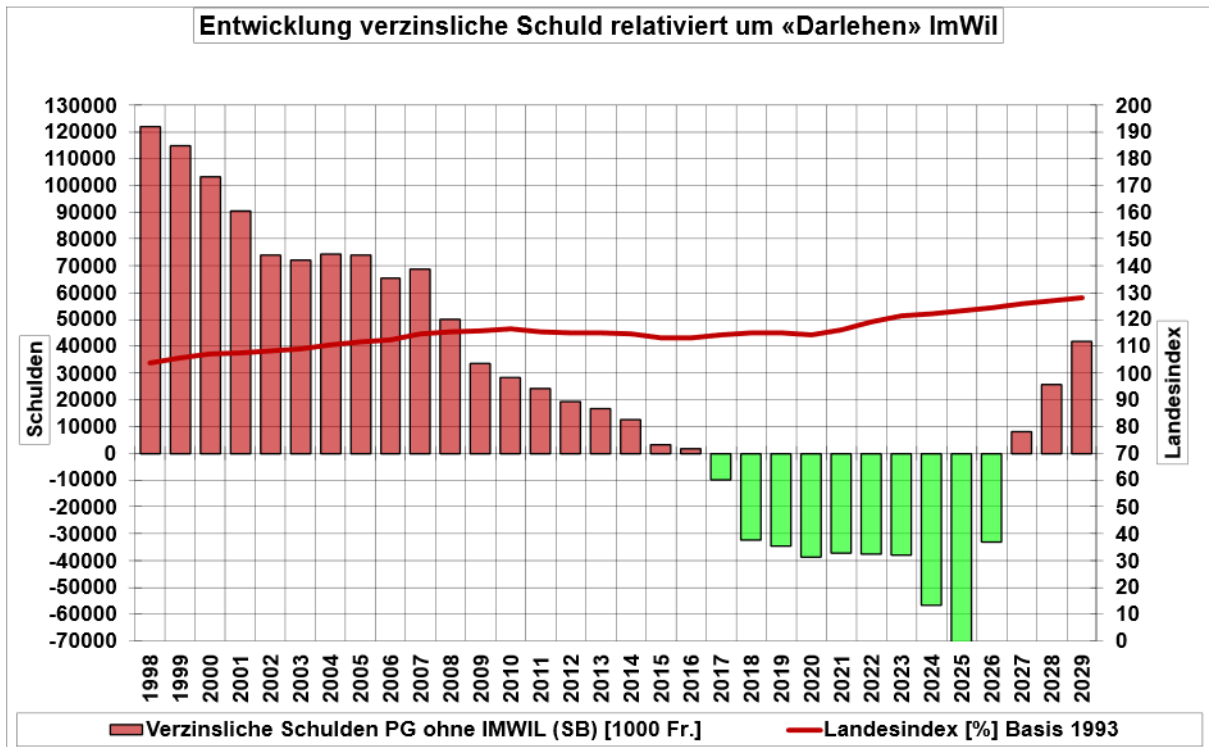


\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Wenn man dann zu der echten verzinslichen Schuld kommt, nämlich diejenige, die uns weh tut, zum gesamtpolitischen Gut, dann sehen wir eigentlich, dass wir im 2025, und da sind jetzt die neuesten Zahlen der Hochrechnungen der Steuern, die bis Ende November da sind, drin. Es ist dann rekordverdächtig immer noch Vermögen bei uns da, aber man sieht natürlich in den nächsten Jahren, wenn die Investitionen kommen und die laufenden Aufwendungen weitergehen, geht das schnell in die andere Richtung und darum braucht es dann irgendwann 2030, 2032, um das wieder auf einem vernünftigen Niveau zu stabilisieren, braucht es dann durchaus wieder eine Steuerfussanpassung in die andere Richtung.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

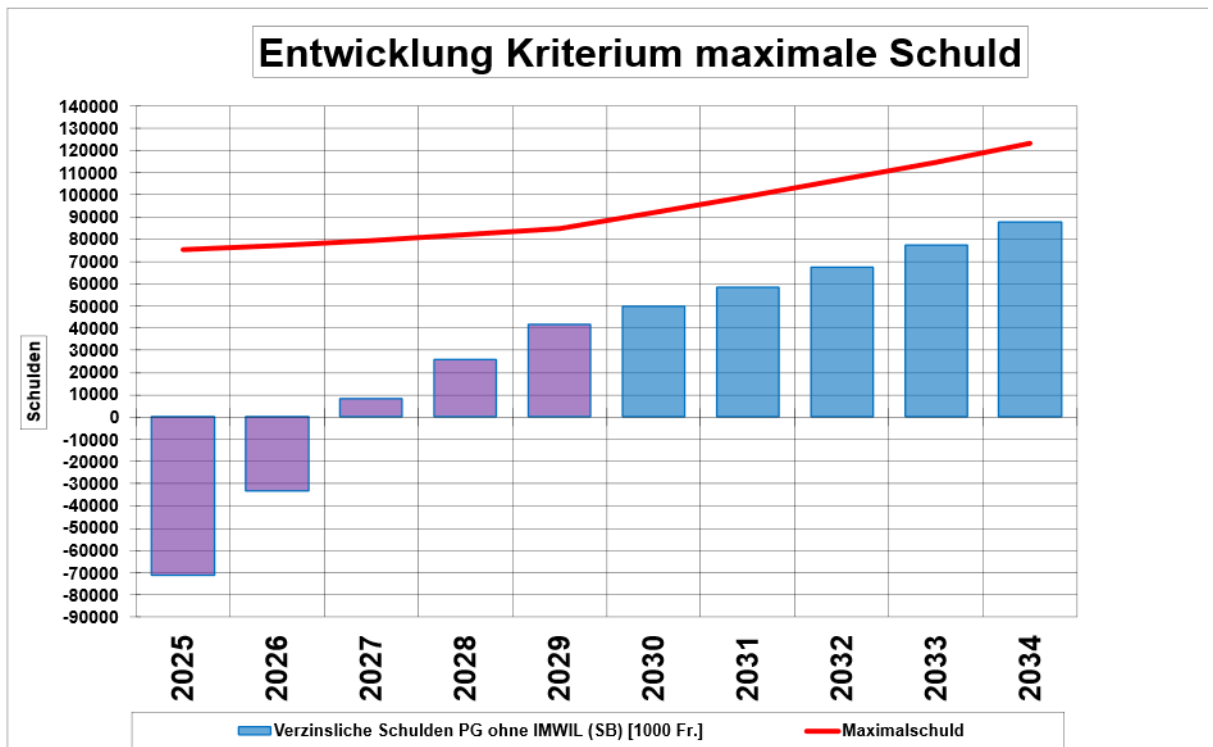


\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Noch ein bisschen besser sieht es aus, wenn man das Darlehen vom IMWIL herausrechnet, weil das ja refinanziert werden sollte und das auch bis jetzt recht gut funktioniert, dann sieht man, dass wir eigentlich Ende 2025 mit diesen guten Steuererträgen rekordmässig an Vermögen gewinnen werden. Und noch einmal, ich will betonen, die 70 Millionen, das ist letztlich die Liquidität, die die Stadt Dübendorf Ende 2025 hat. Für die, die jetzt zweifeln, dass für die Steuersenkung der falsche Zeitpunkt ist. Vor einem Jahr wurde kritisiert, dass die Stadt das nicht wollte. Aber dann hatten wir ein schlechtes Jahr 2024 mit unklaren Aussichten. Was heisst jetzt das auf 2025, 2026 in dieser kritischen Phase, in der wir auch sind, Krieg und so weiter? 2025 hat jetzt klar angezeigt, es ist nicht so gekommen, es ist positiver gekommen, und zwar viel positiver.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*



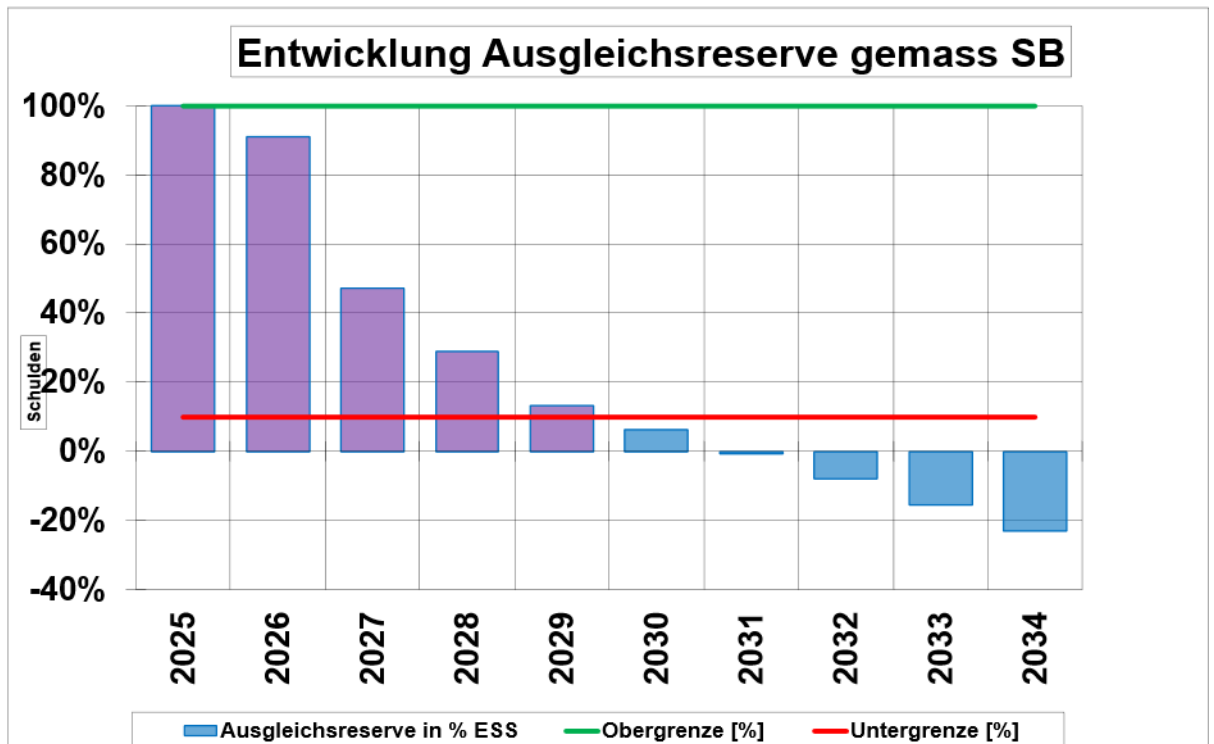
\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Was heisst jetzt die Entwicklung für die Schuldenbremse?

Wir sehen die Schuldenbremse in der Hauptphase im grünen Bereich, aber auch in der zweiten Phase immer noch im Bereich, wo sie voll eingehalten ist, also keine Thematik.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*



\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Ein bisschen anders sieht es aus bei den Ausgleichsreserven gemäss Schuldenbremse. Die kommt am Ende der Planperiode knapp an die Limite, wo man dann allenfalls eine Handlung vornehmen müsste, sprich vorschlagen, wie man das lösen kann, durch Ausgabenverzicht, Investitionsreduktion und/oder Steuerfusserhöhung. Es gibt dann verschiedene Szenarien, die der Stadtrat vorlegen müsste. Man sieht da, ohne weitere Massnahmen wird das bis 2034 ins negativ absinken. Das ist auch das härteste Kriterium der Schuldenbremse. Das wirkt am schnellsten, die sogenannte maximale Schuld hat da mehr Flexibilität im Spiel.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## HR/Re 2025

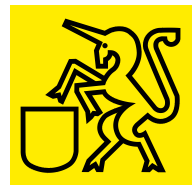
- HR der LR zeigt: Dübendorf lag im August mit **-0.4 Mio** etwa auf VA-Kurs (**PS - 1.7 Mio./ Soz. - 0.7 Mio. / ImWil + 2.0 Mio.**). Dez. keine neuen Daten.
- HR IR PG: nahe am VA zu liegen kommen und entsprechen damit im PG ca. 90 % der budgetierten Investitionen. -> Schätzung FIV Dez. PG: Umsetzung PG: eher ca. 75-80 %
- Steuerertrag LR / VJ HR August + 12.0 Mio -> HR Dez neu plus ca. 18.0 Mio. erwartet
- Grundsteuer HR August: + 17.0 Mio. -> HR Dez. + 17.3 Mio.
- Verschuldung politisches Gut (mit & ohne ASZ-Darlehen) bleibt Ende 2025 nochmals klar im Vermögen  
  
-> Massnahmen 2025: keine – 2025 dürfte ein sehr gutes Jahr geben...

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Wo stehen wir jetzt mit der Hochrechnung und Rechnung 2025?

Die Hochrechnung ist im August, und das ist halt die letzte, die wir eigentlich haben, waren wir bei Fr. 0,4 Millionen fast auf dem Veranschlagskurs. Natürlich, die Primarschule hatte rund Fr. 1,7 Millionen mehr in der Hochrechnung negativ gehabt, im Sozialen etwa Fr. 0,7 Millionen, aber das IMWIL hat ein sehr gutes Resultat gemacht, wird ein sehr gutes Resultat machen und fast Fr. 2 Millionen darüber kommen, so dass eigentlich das fast ausgeglichen war. Im Dezember haben wir keine neuen Daten erhoben, ich will aber festhalten, dass das, was da die Versorgertaxe Fr. 4,5 Millionen, die werden wir in der laufenden Rechnung spüren, das kommt noch rein und das ist ebenfalls Cash-in. Das ist aber natürlich in der Hochrechnung nicht berücksichtigt, wir haben immer gesagt, wir verbuchen es dann, wenn es da ist.

Wenn wir die Investitionsrechnung nehmen, da gehen wir eigentlich im August davon aus, dass sie sehr nahe am Voranschlag liegen sollte, das heisst etwa 90% der budgetierten Investitionen, war im August die Schätzung. Ich erlaube mir heute eine Schätzung ohne noch einmal alle Daten angeschaut zu haben bei den Finanzen, wo wir jetzt heute stehen, dass am Schluss wir eher bei 75 bis 80% landen werden und wahrscheinlich nicht bei 90%. Wir werden es Ende Jahr sehen, wer recht behält, aber das Ziel war immer, etwa 80% der Umsetzung, wäre etwa das Ziel, das wir budgetieren. Nicht, dass man uns dann vorwirft, nur die Hälfte umgesetzt zu haben.



Dann beim Steuerertrag der laufenden Rechnung und Vorjahre. Die Hochrechnung August ist davon ausgegangen, dass wir rund Fr. 12 Mio. besser sind als im Budget. Das ist ein sensationeller Zuschlag.

Auf allen Steuerebenen ist mehr gekommen als erwartet, also von den Juristen, die vor einem Jahr einen markanten Einbruch hatten und wir nicht wussten, wie sich das entwickelt, hat es sich mehr als erholt, aber auch die natürlichen Personen und da können jetzt schon die neuen Quartiere und entsprechend die neuen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler anfangen zu wirken. Ob jetzt das noch Einmaleffekte sind, weil die natürlich mit den Vorjahressteuern jetzt etwas vielleicht aus dem 2024 abgeliefert haben und 2023, wo sie dann langsam dahergekommen sind, aber am Anfang tiefere Steuern bezahlt haben, ist sehr wahrscheinlich, weil es sind die Vorjahressteuern, das sind die, die markant oben ausschlagen. Also von dem her, da gibt es zwei positive Trends. Die aktuellen Steuern sind höher als erwartet, aber vor allem die Vorjahressteuern und dort glauben wir nicht, dass in Zukunft das einfach so weitergeht, sondern das sind wahrscheinlich teilweise Einmaleffekte.

Wenn man jetzt da die Hochrechnung vom Dezember nimmt, sprich die letzten Zahlen, die wir noch vor wenigen Tagen bekommen haben, können wir sogar davon ausgehen, dass wir da rund Fr. 18 Millionen mehr haben, also 6 Millionen mehr sind da im August noch oben draufgekommen, sind vor allem Vorjahressteuern, aber auch bei den passiven und aktiven Steuerauscheidungen sind die negativen Ereignisse ein bisschen weniger stark durchgeschlagen wie befürchtet und die positiven haben besser durchgeschlagen. Auch das ist letztes Jahr ganz anders gewesen, da muss man auch sagen, das ist jetzt einfach dieses Jahr ein super Jahr, letztes Jahr war ein schlechtes Jahr. Das nächste Jahr sehen wir dann. Wie gesagt, für die Prognose in die Zukunft haben wir eine mittlere Annahme getroffen, nicht das Maximum, nicht das Minimum. Grundstücksgewinnsteuern, da haben wir in der Hochrechnung eigentlich Fr. 17 Millionen angenommen und jetzt Fr. 17,3, das war zu erwarten.

Wir haben noch gewusst von einzelnen wenigen Fällen, die wir noch verbucht haben oder haben einbuchen können und die sind jetzt auch veranlagt und damit ist das dann auch bei uns in den Büchern drin. Das sind aber, ich möchte festhalten, zum Teil Gelder, die bereits sichergestellt gewesen sind aus Grundsteuern, darum kennen wir die Liquidität. Aber wir konnten es noch nicht vereinnahmen und man kann es erst dann vereinnahmen, wenn es veranlagt ist und alles abgerechnet ist und meistens bleibt dann nicht ganz alles hängen, weil die ja noch Abzüge geltend machen. Trotzdem, da werden wir das, was im August eingetroffen ist, behalten. Damit kann man sagen, die Verschuldung ist Ende 2025 noch einmal klar im Vermögen, und zwar rekordverdächtig im Vermögen.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Schlussfolgerungen VA 2026

- **Wachstumsprognose Steuererträge 2026 werden weiter positiv eingeschätzt – bisher keinerlei negative Folgen aus Krieg Ukraine usw.**
- **Grundsteuern werden mit 18.0 Mio. weiter positiv erwartet.**
- **Der Aufwand aus der LR ist nach Budgetüberarbeitung mit rund 3.2 Mio. wieder massiv über der Finanzplanung (Basis) - FIA mit knapp 10 Mio. über FiPI und «entlastet» das Resultat markant**
- **Steuerreform 17 wurde weiter nicht mehr berücksichtigt. Dynamisch scheinen die potentiellen Einbussen bis heute bereits positiv zu wirken.**

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Was sind die Schlussfolgerungen für das 2026?

Wir haben die Steuererträge, wie gesagt, weiter positiv eingeschätzt, und zwar einfach nicht gerade einfach so weiter wie im 2025, weil das ist wahrscheinlich ein ausserordentliches Jahr, wieder einmal mehr nach einem schlechten Jahr. Aber was man wirklich sagen muss, wir haben bisher in Dübendorf keinerlei negative Folgen gespürt aus all diesen Effekten, Zinsen, Teuerung, Krieg, Europa, was auch immer, Zölle, ist alles irgendwie nicht so in Dübendorf angekommen, was erfreulich ist. Aber vielleicht wurde auch ein bisschen zu viel gejammert, was alles uns die Schweiz schlecht trifft, wenn man es einmal genau anschaut und die eine oder andere Massnahme ist auch schon wieder rückgängig gemacht worden. Gut, es hat vielleicht einen Goldbarren und eine Rolex gekostet, aber das kann man diskutieren, wie man es will. Jedenfalls für die Schweiz hat es wahrscheinlich einen Nutzen am Ende.

Die Grundsteuern werden auch nächstes Jahr mit 18 Millionen positiv erwartet. Wie gesagt, wir haben immer noch die Fälle dieser Quartiere, die jetzt im Umbruch sind. Das wird vielleicht noch 2, 3, 4 Jahre positive Ergebnisse geben. Irgendwann wird dann das ein bisschen weniger sein. Es hängt auch sehr davon ab, wie sich die Landpreise entwickeln. Ich muss klipp und klar sagen, letztes Jahr, das ist auch wieder ein Thema da, wenn wir über Wohnungen reden, in den letzten Jahren hat es in Dübendorf eine ziemlich positive Entwicklung der Landpreise gegeben, was bei den Grundstücksgewinnsteuern natürlich sehr positiv zu Buche schlägt. Was dann wieder unerfreulich ist, wenn man die laufende Rechnung anschaut nach Budgetüberarbeitung, will ich betonen, ist mit Fr. 3,2 Millionen wieder massiv über der Finanzplanung vom Finanzplan Basis. Das würde eigentlich per se heissen, Ziel nicht erreicht.

Jetzt haben wir aber den Vorteil, der Finanzausgleich ist 10 Millionen über dem Finanzplan vom letzten Jahr, weil eben 2024 so schlecht war. Aber auch das, es entlastet das jährliche Resultat. Aber in Zukunft darf man natürlich nicht mit dem hohen Finanzausgleich rechnen. Weil 2025 ein super



Resultat heisst, 2027 wahrscheinlich ein sehr, sehr tiefer Finanzausgleich, wahrscheinlich eventuell sogar tiefer als im Finanzplan angenommen, werden wir sehen. Was ich auch festhalten will, die Steuern von 2017, wo man immer so gesagt hat, dass der Jurist entlastet worden ist, die berücksichtigen wir nicht mehr im Finanzplan. Dynamisch sind die potenziellen Einbussen, die theoretisch da waren, wurden bereits positiv übersteuert. Also wir haben heute bereits von den Juristen, eben das Jahr 2024 hat angezeigt, vielleicht sind wir doch, irgendetwas ist passiert, ist bereits wieder auskompensiert. Also das planen wir gar nicht mehr.

\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Schlussfolgerungen VA 2026

- **Die IR wird ab 2026 wegen Einzelposten (Hallenbad, Birchlen...) ansteigen bzw. hoch bleiben.**
- **ASZ wird im FiPI über 30 Mio. (75%) weiter als zu refinanzierendes Darlehen geführt, was bisher möglich scheint.**
- **Das Basisszenario ist unter diesen Annahmen mit nochmals etwa gleichen Risiken behaftet wie im Vorjahr**

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Was man auch festhalten muss, die Investitionsrechnung, das ist auch von der GRPK-Präsidentin gesagt worden, wird im 2026, aber auch in den späteren Jahren, markant höher sein als je. Das sind jetzt vor allem die zwei Grossprojekte Hallenbad, Birchlen, die in diesen Jahren kommen, aber natürlich auch die anderen Investitionen, die nicht einfach verschwinden. Das heisst, es bleibt relativ hoch. Und was weiterhin ist, dass man das ASZ, das IMWIL über den Finanzplan über ein quasi Darlehen führt, wo refinanziert wird und das kann man bisher klar sagen, das wird heute erfüllt. Es ist sogar jetzt in diesem Rechnungsjahr wieder deutlich übererfüllt. Und da kann man sagen, das Basisszenario ist unter diesen Annahmen, die wir jetzt getroffen haben, sagen wir einmal, ähnliche Risiken wie im Vorjahr. Vielleicht hat man im Vorjahr ein bisschen zu wenig gehofft auf die Zukunft. Jetzt müssen wir ein bisschen vorsichtiger sein, ob dann die Zukunft genauso weitergeht wie gerade das aktuelle Jahr, also etwa vergleichbar.»

Gemeinderatspräsident Christian Meyer bittet den Finanzvorstand aufgrund der Redezeit darum, bald zum Abschluss zu kommen.



Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Ja, es geht nicht mehr ewig lang.

\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Schlussfolgerungen VA 2026

- Zielvorgaben des SR und die Budgetphase für den VA 2024 wirkten **nur leicht aufwanddämpfend**.
- Die **aktuelle Schuldenfreiheit ist temporär**, aber die IR kann 2026 wohl immer noch **aus eigenen Mitteln (inkl. Grundsteuern)** finanziert werden.
- Dübendorf ist finanziell nach sehr positiven Jahren immer noch sehr gut aufgestellt – seit Ende 2017 faktisch mit einem kleinen Vermögen – erst ab 2027/28 dreht es **mutmasslich in ein Schuld**. Es kann so immer noch eine gewisse Neuverschuldung verkraften.
- Dank der guten **«Schuldensituation»** bleibt Dübendorf auch **«investitionsfähig»**.
- 

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Die Zielvorgaben haben nur leicht aufwanddämpfend gewirkt. Ich möchte noch einmal betonen, die Schuldenfreiheit ist temporär. Man kann sagen, jetzt sind wir in einer sehr guten Lage, aber 2027, 2028 könnte es ins Minus drehen, aber Dübendorf bleibt investitionsfähig.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Schlussfolgerungen VA 2026 - Steuerfuss

**Die auf 2018 beschlossene 5% Steuerfussenkung bleibt dank besseren Erträgen und Grundsteuern auch mit den (bescheidenen) Resultaten der Leistungsüberprüfung wohl nachhaltig über 2030 hinaus (eher 15/16 Jahre statt 3-4 J.).**

**Die markanten Überschüsse 21 & 22 (die immer noch knapp vertretbare IR) und das «Vermögen» liessen auf 2023 eine weitere Steuerfussenkung von 3 % zu im Sinne einer «Dividende» - neu eher für ca. 10 statt 4 Jahre (bis ca. 2034 statt bis 2027) nachhaltig.**

**Der zu erwartende markante Ueberschuss 2025 und die komfortable Schuldenlage lassen ab 2026 eine weitere Steuerfussenkung um 3 % für ca. 4 Jahr im Sinne einer Dividende zu.**

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Und damit kann man sagen, die 2018 beschlossene Steuerfusserhöhung ist praktisch nachhaltig geworden. Die geht über 2030 aus, also die ist jetzt 15, 16 Jahre aktiv, wird die sein. Die letzte Steuerfussenkung wird wahrscheinlich eher 10 statt 4 Jahre halten, also eher 2034 als bis 2027, wie wir vor einem Jahr noch angenommen haben, und der Überschuss 2025 und die komfortable Schuldenlage ab 2026 lassen eben die 3% für ca. 4 Jahre wieder zu.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folien\*\*\*

## Schlussfolgerungen VA 2026 - Steuerfuss

**Mit den wachsenden Ansprüchen (neue Leistungen, Personalkosten seit 2024/25), den bewilligten IR (Speicher, SH Threepoint, Hallenbad, SH Birchlen) und dem zu erwartenden Rückgang der Grundsteuern wird diese aber ohne Massnahmen ab ca. 2030 wieder zu korrigieren sein.**

### Schlussfolgerungen VA 2026

**und: die Senkung des Steuerfusses 2023 kann nur über 2030/32 hinaus beibehalten werden, wenn:**

- 1. Die Folgekosten (EL/Pflegefinanzierung) im Rahmen bleiben.**
  - 2. Der Aufwand der laufenden Rechnung wieder näher an der Teuerung zu liegen kommt.**
  - 3. die hohen Investitionen aus dem Nachholbedarf (u.a. Schulen, Tiefbau) priorisiert und zeitlich optimal gestaffelt werden können**
- und 4. zusätzliche und neue Projekte (wie z.B. Ausbau Verwaltung, Bushof / Personenunterführung usw.) haben keinen Platz, erfordern a) kostengünstigere Alternativen bzw. b) müssten grundsätzlich durch entsprechende zusätzliche Steuererhöhung finanziert werden.**

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Ich muss aber sagen, dass da auch nach wie vor die mahnenden Worte sind, also es gibt einige negative Sachen, also die vielen Investitionen, die kommen, die Pflegefinanzierung habe ich erwähnt, die laufende Rechnung muss wieder näher an die Teuerung kommen, die Investitionen aus dem Nachholbedarf und neue Projekte, da muss man klipp und klar sagen, die haben jetzt in dem Finanzplan nicht alle Platz oder keinen Platz. Es braucht dort zum Teil Verzicht oder eben kostengünstigere Alternativen.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Ziele des Stadtrates im Finanzplan 25-29

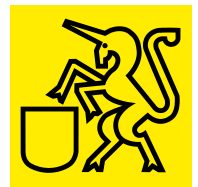
- 1.Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand in der Laufenden Rechnung (kaum möglich)**
- 2.Selbstfinanzierung von möglichst 100 % im 5-Jahresmittel (nein)**
- 3.Die Verschuldung beträgt am Ende der Legislatur maximal 50 Mio. Franken (knapp möglich, neu SB)**
- 4.Es besteht keine Nettoschuld (knapp möglich)**
- 5.Erhaltung eines langfristig stabilen und attraktiven Steuerfusses (bis ca. 2030 bedingt möglich)**

**1.Pro memoria: Ziele der Schuldenbremse (trat per 1.1.23 in Kraft) können aktuell alle eingehalten werden...**

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Damit zur letzten Folie, damit sind die Ziele des Stadtrats: Wachstum im Nettoaufwand leider nicht möglich, Selbstfinanzierung selbstverständlich nicht möglich, weil es eine hohe Investition ist, aber wie gesagt auch nicht tragisch, nachdem wir jetzt einmal einiges investieren müssen. Die Verschuldung ist zwar knapp möglich, die Fr. 50 Millionen, aber neu gilt die Schuldenbremse und nicht mehr die Fr. 50 Millionen. Die Schuldenbremse lässt mehr zu. Keine Nettoschuld, das habe ich jetzt angezeigt, ist noch knapp möglich und der langfristig stabile attraktive Steuerfuss ist bis 2030 bedingt möglich, eben habe ich auch ausgeführt. Ich möchte einfach noch pro memoria sagen, die Schuldenbremsziele können aktuell alle eingehalten werden. Ich möchte jetzt noch eine Bemerkung machen, und zwar geht es um das, was nachher im Detail kommt, um die Investitionsrechnung. Wie jetzt beim Friedhof ist ja ein Investitionsrechnungskredit beantragt und der Stadtrat hat einen Beschluss gefällt, dass von einer gebundenen Ausgabe ausgegangen wird und gegen das ist ein Rekurs eingegangen. Der Stadtrat hat an der letzten Sitzung den Beschluss in Wiedererwägung gezogen und hat ihn aufgehoben.

Und zwar schaut er das Rechtsmittel als ein Risiko an, dass das Ganze um Monate verzögert werden könnte für den Fall, dass der Stadtrat nicht Recht behalten würde, könnte es eine Verzögerung geben, je nachdem, wie es weitergeht, bis zu einem Jahr. Das muss ich aber noch betonen, der Stadtrat wird einen neuen Beschluss fassen, anfangs Jahr, wo er das macht, was wir der GRPK eigentlich im internen dann bereits angetönt haben, er wird einen Teil, der zulässig ist als gebunden, 100-prozentig als gebunden sprechen und er wird einen Teil, der fraglich sein könnte, wird er als neue Ausgabe machen. Es wird aber in der Kompetenz vom Stadtrat bleiben, so wie ich das der GRPK dort



angetönt habe. Und da wir es im Budget haben, die gesamthaft Fr. 618'000.00, gehen wir auch davon aus, wenn das heute Abend genehmigt wird, dass der Stadtrat dann die Fr. 618'000.00 auch entsprechend eben ausgeben kann und nicht seine Kompetenz ankratzen muss. Ich will das darum jetzt transparent gesagt haben, falls noch irgendjemand jetzt die Idee hat, wenn er die Fr. 600'000.00 streicht, dann könnte der Stadtrat das Projekt nicht umsetzen, sonst wird er das dann mit einem neuen Beschluss entsprechend machen und einfach das im Sinne der Transparenz wollte ich dies bereits beim Eintretensvotum gesagt haben.»

## Diskussion

### Roland Wüest (SP)

«Wir beraten heute das Budget 2026 für Dübendorf. Ein Budget, das den politischen Rahmen dafür setzt und deshalb darüber mitentscheidet, wie wir unsere Stadt zukünftig gestalten und weiterentwickeln. Von den Quartieren bis zum Standzentrum, von der Kinderbetreuung bis zur Alterspolitik. Aus Sicht der SP ist darum klar, Dübendorf braucht jetzt und künftig Investitionen und nicht Sparrunden, weil die Herausforderungen, die Dübendorf in den nächsten Jahren prägen werden, sich nicht mit dem Rotstift lösen lassen. Unsere Stadt wächst und altert gleichzeitig. Die Nachfrage von Pflegeplätzen und Betreuung, nach Tagesstrukturen, Begleitangebote und Unterstützungsleistungen steigen, und das nicht erst in 10 Jahren, sondern bereits heute. Das sehen wir im Alterszentrum IMWIL, in der Spitex, bei den Gesundheitskosten allgemein und auch im Alltag in den Quartieren.

Wenn wir da sparen, verschieben wir Probleme in die Zukunft, wo sie uns doppelt so teuer einholen werden. Eine vorausschauende Politik investiert in die Strukturen, die es Senioren und Seniorinnen ermöglicht, möglichst lange selbstständig zu leben, Stichwort Alterswohnungen zum Beispiel, die Angehörigen entlasten und die Qualität in der Versorgung sichert. Sehr wichtig sind da zum Beispiel der Ausbau der ambulanten Dienste. Das ist sowohl sozial notwendig als auch ökonomisch sinnvoll. Mit den grossen Entwicklungsgebieten in Stettbach, im Hochbord, im Innovationspark und ja auch in den Quartieren entlang der Glatt bildet Dübendorf eine der dynamischsten Wachstumsregionen im ganzen Kanton. Damit steigt der Druck auf den Wohnungsmarkt und auch auf unseren öffentlichen Raum. Darum braucht es Investitionen in bezahlbare Wohnungen, in einen bezahlbaren Wohnraum, was beispielsweise auch durch einen Wohnbaufonds gefördert werden könnte. Es braucht Investitionen in eine nachhaltige Stadtentwicklung und in Quartiere, in denen man sich wohlfühlt.

Dazu gehören Grünräume, sichere Wege, gut gestaltete Plätze und Räume, wo Begegnungen stattfinden können. Denn der soziale Zusammenhalt entsteht nicht von selbst, sondern er muss ermöglicht werden. Auch wir von der SP wissen, die Stadt kann und muss nicht alles leisten. Aber sie hat die entscheidende Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass zum Beispiel Vereine, Quartierinitiativen, Jugendangebote, Kultur, Sport, dass all das zustande kommen kann, denn das ist die Grundlage für ein funktionierendes Miteinander in einer stark wachsenden Stadt und nicht ein Nice-to-have. Wenn Menschen sich engagieren, Verantwortung übernehmen und die Gemeinschaft leben, dann ist das ein Gewinn für uns alle. Aber Engagement braucht Unterstützung, Räume, Infrastruktur und verlässliche Partnerschaften mit der öffentlichen Hand und eine Stadt, die die Begegnung fördert, direkt in die Sicherheit, Integration und Lebensqualität investiert. Zugegeben, wir können all diese Herausforderungen nicht jetzt hier im Rahmen von diesem Budget und dieser Debatte angehen oder gar lösen.

Aber wir können doch nicht ernsthaft einerseits eine Senkung des Steuerfusses in Betracht ziehen und andererseits sagen, wir müssen sparen und Investitionen aufschieben. Dass sich das etwa beim Schulraum rächt, haben wir in den letzten Jahren alle hautnah miterlebt. Ich möchte auch jetzt der einzelnen Debatte nicht vorgreifen, aber um konkret auf das vorliegende Budget einzugehen und die Diskussion, um Kosten für die familienergänzende Betreuung schnell aufzuführen. Verglichen mit dieser sogenannten Dividende, die für jeden einzelnen Steuerpflichtigen geschätzt zwischen Fr. 50 und Fr. 150 pro Jahr einbringt, dank dieser Steuerfussenkung, müssen wir uns doch schon fragen, ob die finanzielle Belastung für die betroffenen Familien mit dem vorgeschlagenen Betrag von Fr. 800'000.00 und den damit zusammenhängenden Tarifierpassungen, die massiv steigen würden, ob



das miteinander einhergeht. Wie gesagt, ich will jetzt hier noch nicht gerade allzu fest vorgreifen, wir gehen später noch in die einzelne Debatte, wo wir zentrale Zahlen dazu präsentieren werden.

Also, wollen wir das den betroffenen Familien in Dübendorf wirklich zumuten? Und wir reden hier nicht von Riesenmillionenbeträgen, nein, wir reden von einem zusätzlichen Beitrag von 250'000 Franken im Jahr. Denn damit wird aus Sicht der SP der Auftrag und der Zweck dieser familienergänzenden Betreuung, nämlich die Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, untergraben. All das ist nicht nur widersprüchlich und unsozial, es ist auch finanzpolitisch fahrlässig. Wir alle wissen, welche Herausforderungen anstehen. Wer die Einnahmen reduziert, während die Ausgaben wachsen, sagt indirekt, wir lassen wichtige Angebote schleifen. Und hoffen, dass niemand genau hinschaut. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Frage ist nicht, ob wir uns Investitionen leisten können, die Frage ist vielmehr, ob wir es uns leisten können, sie nicht zu machen und die Antwort lautet klar, nein.

Wir brauchen in Dübendorf wieder mehr Willen zu gestalten als nur zu verwalten und dazu braucht es Politik und ein Budget entsprechend, das vorausdenkt, statt kleinteilig zu sparen und das Mut zeigt, weil wir eine Verantwortung gegenüber der kommenden Jahre und den kommenden Generationen haben. Ich bitte Sie deshalb, ihre Budgetentscheidung mit Sorgfalt zu prüfen, damit wir ein Budget beschliessen können mit dem Ziel, die Stadt sozial und zukunftsfähig zu gestalten. Wir können nicht mit gutem Gewissen ein Budget verabschieden, das bei diesen zukunftsrelevanten Investitionen, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Kinderbetreuung spart, während wir gleichzeitig Steuerfussenkungen beschliessen.»

## Lukas Schanz (SVP)

«Vor einem Jahr wurde unser Budget präsentiert mit einem Verlust von rund Fr. 5 Mio.. Damals hat die GRPK noch einen Willen zum Sparen gezeigt. Jetzt, wo wir ein ausgeglichenes Budget haben, fehlt leider der Wille. Die SVP hat sich dafür eingesetzt, wiederum zu sparen. Dieses Mal sind wir aber damit nicht durchgedrungen. Wir werden dieses Jahr im Gemeinderat weniger Sparanträge stellen, wobei wir uns vorbehalten werden, falls gewisse Anträge trotzdem vom Gemeinderat angenommen werden, weil er doch einen Sparwillen zeigt, was wir nicht erwarten, werden wir noch mehr Anträge stellen. Die Bevölkerung soll sehen, welche Partei sich wirklich für ein ausgeglichenes Budget einsetzt und nicht einfach das Geld mit beiden Händen aus dem Fenster werfen will. Und sie soll auch sehen, welche Parteien dem nicht nachkommen.

Erfreulich ist, dass der Stadtrat endlich dem Antrag der SVP, den wir im Jahr 2016 gestellt haben, nachkommt. Damals hat die SVP gefordert, dass der Steuerfuss um 10% gesenkt werden soll. Jetzt wären wir bei 11%. Es erfreut uns, dass der Stadtrat der SVP recht gibt, dass unsere Finanzpolitik die richtige ist und unsere Prognosen so eintreffen, wie wir sie machen. Die SVP-Fraktion ist aber nach wie vor der Meinung, dass es im Budget grosses Sparpotenzial gibt und der Steuerfuss auch in Zukunft noch weiter gesenkt werden kann. Wir möchten hier auch die anderen Parteien darauf hinweisen, die die Leistungsüberprüfung, unseren Vorstoss unterschrieben haben, dass sie damals den Willen gezeigt haben, dass die Aufwandseite der Stadt Dübendorf nicht einfach immer weiter und weiter steigen soll, sondern dass wir ein ausgeglichenes Budget anstreben, das einen kleinen Überschuss zeigt.

Die Ausgaben, wir haben es gesehen, die steigen weiterhin exponentiell, da müssen wir aufpassen. Sehr fragwürdig findet die SVP-Fraktion das Verhalten des Stadtrats im Zusammenhang mit der Kinderbetreuungsverordnung. Da werden wir noch im Detail darauf eingehen bei den entsprechenden Anträgen der GRPK. Und da kann ich den Stadtrat schon vorwarnen, wir werden da Klartext reden und kein Blatt vor den Mund nehmen. Betreffend dem, was Martin Bäumle betreffend Friedhof gesagt hat, da muss ich ihm sagen, dass die SVP-Fraktion den neuen Stadtratsbeschluss sicherlich im Detail anschauen wird, weil in der Investitionsrechnung sind eingestellt Fr. 600'000.00 Franken für Heizungserneuerung und da fragen wir uns, ob das dann rechtlich korrekt ist, wenn der Stadtrat einen anderen Betrag für die Heizung ausgeben möchte und allenfalls noch für sonstige Sanierungen den Betrag nutzen will, ob er da den Gemeinderat nicht getäuscht hat.»



## Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

«Die Mitte/EVP Fraktion ist so weit zufrieden mit dem vorgelegten Budget 2026. Allgemein stellen wir fest, dass sinnvoll mit dem Steuerfranken umgegangen wird. Es hat noch ein paar Stellschrauben die angepasst werden müssen aber, dazu später.

Ergänzend zum Kommissionsreferat möchte ich auf ein paar Punkte eingehen.

Dass die Steuereinnahmen weiter steigen, obschon ein tieferer Steuerfuss angesetzt ist, zeigt, dass wir finanziell weiter vom Wachstum profitieren. Wir müssen aber aufpassen und dürfen diesen süssen Früchten nicht erliegen. Das Wachstum hat auch seinen Preis. So wird die Belastung für unsere Stadtverwaltung weiter zunehmen; so auch die Anforderungen an die Infrastruktur. An diesen beiden Enden zu sparen wäre kontraproduktiv und käme uns mittel- bis langfristig teuer zu stehen. Auch müssen wir uns bewusst sein, dass dieses Wachstum den Charakter von Dübendorf weiter verändern wird. Dies wird vor allem für die alteingesessene Bevölkerung eine Herausforderung. Ebenfalls zu meistern gilt es die Integration der Neuzuzüger. Schlussendlich wollen wir, dass die Leute nach Dübendorf ziehen und nicht nach Zürich-Ost.

Die Zunahme des Ressourcenausgleichs zeigt, dass die durchschnittliche Steuerkraft in Dübendorf nach wie vor hinter dem kantonalen Durchschnitt liegt. Bis dato sind also nicht zwingend besonders steuerkräftige Personen zugezogen. Das wir netto Fr. 6.8 Mio. mehr Finanzausgleich bekommen als im Jahr 2025, ist zwar für unser Budget schön. Noch schöner wäre es, wenn wir ohne fremde Hilfe auskommen könnten.

Für die Mitte/EVP Fraktion ist es von zentraler Bedeutung, dass wir die anstehenden Investitionen bereits heute angehen; ansonsten können wir diese Brocken finanziell nicht schlucken. Die Vorfinanzierung von Schulhausprojekten, ist daher begrüssenswert. Es gilt zu beachten, dass damit dieser Mechanismus gewährt werden kann, ein positives Budget zwingend notwendig ist – so will es der Gesetzgeber.

Wir begrüssen, dass die GRPK auch dieses Jahr wieder beantragt, die Besoldungserhöhungen in Teuerung und individuelle Lohnanpassungen aufzuteilen. Es war schon im Vorjahr ein Auftrag an den Stadtrat, die Lohnanpassungen transparenter zu budgetieren. Wir sind sehr enttäuscht, dass der Stadtrat schon wieder nicht von sich aus separat budgetiert hat.

Zum Steuerfuss und bestimmten Anträgen der GRPK werden wir uns an gegebener Stelle äussern.»

## David Siems (Grüne)

«Ich habe nicht schlecht gestaunt, als ich die Unterlagen zu dieser Sitzung angeschaut habe. Lassen Sie mich das einmal kurz zusammenfassen. Wir schliessen dieses Jahr mit einem Überschuss von Fr. 22 Mio. ab. Dieser Überschuss ist viereinhalbmal so gross wie das budgetierte Defizit. Gleichzeitig würden uns die überarbeiteten Kitasubventionen bis Ende Schuljahr 1 Mio. Franken statt einer halben kosten, also doppelt so viel wie budgetiert. So weit, so unspektakulär. Solche Rechenfehler haben wir hier öfters, das ist nichts Neues. Es mag gute Gründe geben, warum man das nicht immer ganz genau vorhersagen kann, das stelle ich nicht in Abrede. Und mit dem diesjährigen Überschuss könnten wir die drohenden Mehrkosten bei den Kitasubventionen ja problemlos decken, und zwar 44 Jahre lang. Jetzt kommt aber der Stadtrat und verschärft auf April, also mitten im Schuljahr, die Subventionsverordnung, ohne Not.

Das ist eine Verletzung der Rechtssicherheit, mit der ein Loch in die Budgetplanung von diversen Dübendorfer Familien gerissen wird. Die Nettokosten der Kinderbetreuung machen in der Schweiz nämlich einen Viertel des Durchschnittseinkommens aus, so viel wie nirgends sonst in Europa. Gleichzeitig budgetiert der Stadtrat die nächste mehrprozentige Steuersenkung. Das hat er bereits auf die Steuerjahre 2018 und 2023 getan. Die Prioritätensetzung ist ein Schlag ins Gesicht von mittelständischen Familien. Im Zusammenhang mit restriktiver Finanzpolitik wird immer wieder die Schuldenfreiheit für künftige Generationen angeführt.

Die Zukunft von jungen Menschen hängt aber vor allem von einem funktionierenden Elternhaus ab, egal ob es aus zwei oder einem Elternteil besteht, egal ob die Eltern gemischt oder gleichgeschlechtlich sind. Wenn da zu viel Überforderung durch fehlende Entlastung ist oder finanzielle Not herrscht, kann das den Werdegang eines jungen Menschen stark erschweren. Eine Finanzpolitik, die die Bedürfnisse dieser Eltern für die Partikularinteressen der potentesten Minderheit



unter den Steuerzahler-innen opfert, ist nicht nachhaltig und wird meine Zustimmung nicht bekommen. Sollte heute Abend in der Detailberatung die Steuersenkung von 3% beschlossen werden und gleichzeitig der Antrag der GRPK-Minderheit auf Aufstockung des Kita-Kredits abgelehnt werden, werde ich das Budget in der Schlussabstimmung ablehnen. Ich lade jedes Ratsmitglied, für das familienfreundliche und nachhaltige Politik tatsächlich ein Herzensanliegen ist, dazu ein, sich mir anzuschliessen.»

Thomas Maier (glp/GEU)

«Noch ein paar Worte von mir aus Sicht von unserer Fraktion zum Budget 2026. Alle relevanten Daten, Zahlen und Fakten haben Sie bereits gehört von unserer GRPK-Präsidentin und von unserem Finanzvorstand. Von mir bekommen Sie jetzt noch eine kurze politische Würdigung von unserer Seite sowie eine zusammenfassende Stellungnahme zu den Änderungsanträgen von unserer GRPK zu den Fällen, zu denen wir dann in den einzelnen Anträgen nicht mehr dazu reden. Zu zwei Anträgen komme ich dann noch einmal nach vorne und äussere mich noch einmal. Alles in allem sind wir wiederum sehr zufrieden mit der Qualität der Budgetierung, der Beantwortung der Fragen, der Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und dem erwarteten Resultat auch für das nächste Jahr. Unser Stadthaushalt wächst stetig, auch dieses Jahr.

Zum Glück steigen im Moment parallel dazu auch die Steuereinnahmen, wir haben es vorhin auf den Grafiken gesehen, und unsere jahrzehntelange umsichtige Finanzpolitik zahlt sich gerade doppelt aus, bei den Zukunftsaussichten und dem aktuell tiefen Steuerfuss. Zur Erinnerung, in den 90er-Jahren haben sich in Dübendorf noch Schuldenberge aufgetürmt, in Millionenhöhe, und die Zukunftsaussichten waren alles andere als rosig. Heute ist Dübendorf schuldenfrei und der Steuerfuss von damals 96% auf mittlerweile 75% gesunken, sofern Sie heute dem Antrag des Stadtrats und von Ihrer GRPK folgen. Zukünftige Generationen stehen dank dieser erfolgreichen Politik aus finanzieller Sicht alle Möglichkeiten und Türen für die Weiterentwicklung von unserer hohen Lebensqualität in Dübendorf offen. Genau dafür setzen wir uns als GLP seit Jahrzehnten ein. Die positive Ausgangslage motiviert weiter, denn in den nächsten Jahren wird der Investitionsbedarf in Dübendorf steigen.

Wir müssen weiterhin Schulhäuser erneuern, bauen ein neues zeitgemässes Hallenbad, brauchen mehr Raum für Sport im Dürrbach und andere Infrastrukturbauten, wie zum Beispiel unsere Eishalle, kommen zum Ende ihres Lebenszyklus, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Wir haben dafür, finanziell betrachtet, eine ideale Ausgangslage, die wir unbedingt nutzen sollten. Um Dübendorf schuldenfrei zu behalten und alle notwendigen Investitionen nachhaltig stemmen zu können, darf aus unserer Sicht dann auch eine moderate Anpassung des Steuerfusses wieder zurück nach oben kein Tabu sein. Fazit vorweg, wir werden dem Antrag für eine Senkung des Steuerfusses auf 75% mit dieser Begründung zustimmen.

Zu den Änderungsanträgen. Wir haben dieses Jahr keine pauschalen Kürzungsanträge unterstützt oder selber gestellt. Gerade bei den Dienstleistungen Dritter haben wir für das Budget 2025 vor einem Jahr ein klares Zeichen gesetzt.

Eine Wiederholung im Folgejahr, also jetzt für das Jahr 2026, erachten wir als kontraproduktiv und nicht zielgerichtet, da man mit pauschalen Anträgen keine konkreten Vorschläge machen kann. Wenn immer pauschal gekürzt wird, dann wird es für die Stadt praktisch unplanbar und wir sind auf die Dauer gesehen, kein Player mehr auf Augenhöhe aus dem Parlament. Wir beobachten allerdings das Resultat des Rechnungsjahrs 2025 genau und entscheiden dann, wie wirksam auch die von der Stadt selber angestrebten Korrekturen wirken. Ebenfalls haben wir beschlossen, keine Fahrzeugsbeschaffungen mehr pauschal zu streichen, da wir auf der anderen Seite ja auch kein Leasing wollen. In der Konsequenz ist das das Richtige. Alles in allem möchten wir der Stadt und der Verwaltung auch Danke sagen. Die Stadt setzt aus unserer Sicht den Steuerfranken effizient ein und ist sehr transparent, wieso was wo mehr oder weniger kostet.

Und auch 2026 gehen ganz viele zusätzlich entstehende Stellen auf Leistungen zurück, die wir hier im Parlament bestellt haben und die es für die Bewältigung des Wachstums unserer Stadt braucht. Auch zur Erinnerung, da hat bis jetzt noch niemand etwas dazu gesagt, der Teuerungsausgleich und auch eine sehr schöne Lohnerhöhung ist absolut unbestritten dieses Mal. Wir unterstützen da im



Übrigen auch dort die von der GRPK angestrebte transparente Budgetierung auf zwei Konten. Die beiden Minderheitsanträge zur Aufstockung des Budgets bei den Hilfsaktionen werden wir ablehnen. Im Austausch mit dem Stadtrat ist klar zum Ausdruck gekommen, dass die Stadt bereits heute genügend Projekte unterstützt, bei denen wirklich Wirkung im Ziel erreicht werden kann, ohne viel Administrationsoverhead zu finanzieren. Die fast schon ausufernde Diskussion in der GRPK zu diesem Thema hat uns gezeigt, dass es schnell schwierig wird, beim Geld Verteilen.

Da gehen die Vorstellungen diametral auseinander von es braucht zuerst ein 50-seitiges Handbuch mit klaren Kriterien bis man gibt einfach. So wie es heute ist, finden wir es angemessen und gut für unsere Stadt. Bei den übrigen Anträgen unterstützen wir die Mehrheit der GRPK. Zu den Kitas und zu den Investitionsrechnungen werde ich mich in der Detailberatung noch kurz äussern. Abschliessend, wir werden uns mit allen Kräften weiter für ein lebenswertes Dübendorf einsetzen, mit gesunden Finanzen und einem über Jahrzehnte betrachtet weiterhin stabilen Steuerfuss.»

## Roger Gallati (FDP)

«Der Stadtrat prognostiziert für das laufende Jahr dank deutlich höherer Steuereinnahmen einen erfreulichen Ertragsüberschuss und beantragt für das kommende Jahr ein ausgeglichenes Budget bei einer gleichzeitigen Steuersenkung um 3 Prozentpunkte.

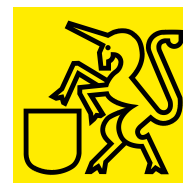
Unsere Stadt befindet sich damit nach wie vor in einer guten finanziellen Situation; vor allem ist und bleibt sie faktisch schuldenfrei und verfügt voraussichtlich über genügend Liquidität für die budgetierten Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen von rund 65 Mio.

Das sind alles grundsätzlich erfreuliche Zahlen, die aber nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, dass vor allem der Personalaufwand auch im nächsten Jahr ansteigen wird, und zwar um mehr als 6 Mio. Da gleichzeitig der Fiskalertrag zu einem grossen Teil dank nach wie vor hohen Grundstückgewinnsteuern ansteigt, halten sich voraussichtlich im 2026 Aufwand und Ertrag trotzdem die Waage. Es ist aber absehbar, dass die Grundstückgewinnsteuern nicht nachhaltig sind, während der Personalaufwand – leider – durchaus nachhaltig hoch bleiben dürfte.

Der Stadtrat verweist in Bezug auf den weiterhin ansteigenden Aufwand unter anderem auf die von Politik und Volk beschlossenen Leistungen. Unsere Fraktion hat bereits in der Debatte über das Postulat zur Leistungsüberprüfung darauf hingewiesen, dass es zur politisch-strategischen Führungstätigkeit des Stadtrates gehört, nicht einfach alles auf ewig hinzunehmen, für was es einen politischen Auftrag und Anspruch gibt, sondern selber auch mutig Leistungen und Ausgaben zu hinterfragen und falls sinnvoll sich auch mal für eine politische Kehrtwende zu entscheiden und dann dem Gemeinderat und dem Stimmvolk eben auch entsprechende Anträge zu unterbreiten. Nach wie vor erwarten wir deshalb vom Stadtrat, dass er eine kontinuierliche Leistungsüberprüfung als zwingenden Bestandteil seiner Steuerungskultur versteht, und zwar mit klarer Priorität auf Effizienz und Einsparungspotenzial.

Ausdrücklich zufrieden sind wir mit der Investitionsplanung des Stadtrates. Zu Recht legt der Stadtrat Prioritäten fest und betont die Notwendigkeit, längerfristig das Investitionsvolumen auf ein vertretbares Niveau zu begrenzen. Das schliesst selbstverständlich gezielte Investitionen in bestehende Infrastrukturen und vernünftige Weiterentwicklungen nicht aus.

Es ist im Übrigen nicht so, dass in unserer Stadt irgend eine Art von Investitionsstau vorliegen würde, so wie wir das heute sinngemäss zum Beispiel von der Fraktion der SP gehört haben. Die Investitionsplanung des Stadtrates ist vorausschauend und sachgerecht, und vor allem entspricht sie dem Grundsatz der Haushaltsdisziplin. Was passiert, wenn man den Pfad der Haushaltsdisziplin verlässt, dafür genügt es, über den Zürichberg in die Stadt Zürich zu schauen. Die Stadt Zürich hat bereits heute Fr. 6,5 Mia. Schulden. Das macht überschlagsmässig, berechnet mit einem bescheidenen Zins von 1,5%, jährlich rund Fr. 100 Mio. nur an Schuldzinsen! Und bis Ende 2029 ist ein Schuldenberg von Fr. 16 Mia. zu befürchten; oder mit anderen Zahlen: eine 4-köpfige Familie wird dann in der Stadt Zürich Jahr für Jahr nur schon über 2'000.- Franken aufbringen müssen, um der Schuldzinsverpflichtung der Stadt nachzukommen. Das ist Wahnsinn, und es ist sicher nicht das, was wir unter einer zukunftsfähigen Stadt – so wie wir das heute von der SP gehört haben – verstehen. Nein, die Stadt Zürich soll uns da in Dübendorf eine eindrückliche Warnung sein.



Die Stadt Dübendorf wird darum insgesamt nicht um eine neue Spar-Mentalität herumkommen, und zwar gilt das nicht nur für die Verwaltung und den Stadtrat, sondern selbstverständlich auch für uns im Gemeinderat.

Die SVP hat heute in Sachen Ausgabendisziplin sich wieder einmal selbst die besten Schulnoten erteilt und dabei zumindest auch uns andere bürgerliche Parteien sinngemäss oder implizit beurteilt. Wir von der FDP halten uns auch weiterhin konsequent an das Gebot der Sachlichkeit. Mit anderen Worten: Nicht überall ist der Rotstift angebracht, sonst läuft man Gefahr, dass man vor lauter Bäumen den Wald irgendeinmal nicht mehr sieht, nämlich ganz konkret, dass wir Bürgerlichen mit diesem Budget im Grundsatz wirklich zufrieden sein können.

Die FDP-Fraktion schliesst sich im Übrigen den Ausführungen der Präsidentin der GRPK an und wird den Änderungsanträgen der GRPK-Mehrheit mit einer Ausnahme zustimmen. Und zwar werden wir den Kürzungsantrag der GRPK in der Investitionsrechnung betreffend die Ausarbeitung eines Projektes für die Erneuerung der Lichtsignalanlage an der Städtlikreuzung ablehnen. Angesichts des Alters der Anlage und der damit verbundenen Dringlichkeit des Ersatzes ist ein Zuwarten, bis ein allfälliges Gesamtprojekt für den ganzen Knoten vorliegt, mit erheblichen Risiken verbunden.

Die übrigen möglichen Änderungsanträge werden wir, soweit sie uns im jetzigen Zeitpunkt bekannt sind, ablehnen.

Zusammengefasst wird unsere Fraktion dem heute zu bereinigenden Budget 2026 zustimmen und selbstverständlich auch der Festsetzung des Steuerfusses auf 75% des einfachen Gemeindesteuerertrages. Weil in der heutigen Detailberatung doch über einige Änderungsanträge zu entscheiden ist, verzichten wir zugunsten einer effizienten Budgetdebatte voraussichtlich auf zusätzliche Voten in der Detailberatung.»

## Christian Gross (SP)

«Roger, ich möchte mir eine ganz kurze Replik erlauben. Ich finde es schon ein bisschen lustig, wenn man erstens statt einem realen Problem aus Dübendorf hypothetische Schreckszenarien aus einer Nachbargemeinde herbeiziehen muss. Und vor allem finde ich es lustig, dass man vor einem Schuldenberg warnt und gleichzeitig ankündigt, einer Steuersenkung von 3% zustimmen zu wollen. Das geht überhaupt nicht zusammen. Die Steuersenkung kostet, wenn man den Ressourcenzuschuss, der davon auch beeinflusst wird, pro Jahr einfach mal so Fr. 3,5 Millionen. Also ich glaube, da ist offensichtlich deine Angst vor einer Verschuldung von Dübendorf nicht echt, sonst würdest du dem gar nicht zustimmen.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## **Detailberatung Erfolgsrechnung**

### **Kapitel 1 Präsidium**

Zu diesem Kapitel liegen zwei Änderungsanträge der GRPK vor. Ausserdem hat die SVP-Fraktion in diesem Kapitel drei Änderungsanträge angekündigt.

#### Erster Änderungsantrag der GRPK: Quoten für Besoldungserhöhungen – Teuerung

*Konto 1110.301003 (Personaldienste) Quoten für Besoldungserhöhungen – Teuerung (ohne ASZ und PS)*

Antrag Stadtrat	Fr.	602'200.00		
Antrag GRPK	Fr.	48'200.00	(Abweichung: - Fr.	554'000.00 S)

Tanja Boesch (die Mitte/EVP), Kommissionspräsidentin der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

#### Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

«Der erste Änderungsantrag betrifft das 'Konto 1110.301003 (Personaldienste) Quoten für Besoldungserhöhungen'. Dazu gibt es ein kurzes Votum. Das wird dann auch für die folgenden



Anträge in dem Bereich der Verwaltung und der Primarschule gelten. Es handelt sich hier nicht um einen Kürzungsantrag, sondern es geht eigentlich um Budgetkosmetik. Im Budget werden zwei Lohnanpassungen ausgewiesen, Besoldungserhöhungen individuell und Teuerung. Aufgrund des Budgetprozesses kann die Aufsplittung der Besoldungserhöhung in individuell und Teuerung nicht vom Stadtrat vorgenommen werden, weil der Stadtrat den Anteil Teuerung vom Regierungsratsentscheid bezüglich Teuerungsausgleich abhängig macht. Da die gemäss dem Stadtrat beschlossene Aufteilung 0,2 Teuerung und 2,3% individuell deutlich von den im Budget ausgewiesenen Zahlen abweicht, scheint eine Anpassung des Budgets an die tatsächlich geplanten Lohnveränderungen angebracht, damit das Budget auch der Realität entspricht. Um genau dasselbe geht es übrigens dann auch im nächsten Antrag und auch bei der Primarschule haben wir noch zwei entsprechende Anträge. Wir haben darauf verzichtet, beim IMWIL entsprechende Anträge zu stellen, weil dort die Besoldungserhöhungen auf mehr Konten aufgeteilt sind und die GRPK neben einem realistischen Budget auch gerne einen zügigen Sitzungsablauf möchte und wichtig findet. Der Antrag der GRPK ist Fr. 48'200.00 auf dem Konto, eine Abweichung von Fr. 554'000.00.»

#### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Eigentlich wollte ich nur von unten 'einverstanden' sagen, aber nachdem Herr Schärli vorher behauptet hat, der Stadtrat sei nicht willens und nicht fähig, das rechtzeitig zu budgetieren, muss ich ihm jetzt einfach erklären, wie die Zeitabläufe sind. Der Stadtrat hat mehrfach betont, dass er wartet, bis der Regierungsrat den Teuerungsausgleich bei den kantonalen Angestellten beschlossen hat. Das hat dieses Jahr am 24. September stattgefunden. Der Stadtrat hat das Budget bereits Mitte September verabschiedet. Also ohne Überlichtgeschwindigkeit ist es unmöglich, dass der Stadtrat dies rückwirkend noch ins Budget hätte einfügen können. Da müssten wir also noch zwei oder drei Einsteine erfinden. Der Stadtrat muss das dann natürlich prüfen, muss einen Stadtratsantrag machen und am 23. Oktober hat dann der Stadtrat seinen Anteil entsprechend entschieden und das wird auch das nächste Jahr so sein, dass wir auf diesen Beschluss warten.

Aber der Stadtrat ist eigenständig in der Entscheidung, ob er den gleichen Teuerungsanteil macht oder nicht. Was ich aber jetzt, wenn ich schon hier oben stehe, noch sagen will. Wer angeschaut hat, wie in Dübendorf dieses Jahr die Lohnerhöhungen aussehen, da sind wir wahrscheinlich rekordverdächtig in der ganzen Schweiz. Ich weiss, dass wir vor zwei oder drei Jahren riesige Diskussionen über den Teuerungsausgleich gehabt haben, den die Stadt Dübendorf mit ihrem Modell nicht gegeben hat. Wir haben damals versucht zu erklären, dass das Modell eben ein bisschen hinten nachhinkt und damit sich auch antizyklisch verhält. Und im ersten Jahr tatsächlich nicht das voll ausgleicht. Man hat dann trotzdem deutlich mehr gemacht, aber unterdessen kann man sagen, dass die Dübendorfer Angestellten im Schnitt sich wieder ganz markant vom Kanton mit den Lösungen abgehoben haben.

Das Erstaunliche ist, dass das nicht irgendwelches grosses Lob an den Stadtrat auslöst, auch von Verwaltungsseite nach dem Motto, jetzt habt ihr aber wirklich viel gemacht, sondern man nimmt das, quittiert das einfach so wie eine Selbstverständlichkeit. Und das finden wir im Stadtrat doch ein bisschen bedauerlich, weil ich glaube, Dübendorf kann man klar sagen, ist dieses Jahr bezüglich Gemeinden, Kanton, aber auch Bund ganz klar vorbildlich. In dem Sinn, mit diesen Umbuchungen ist der Stadtrat selbstverständlich einverstanden. Wir haben es ja auch noch selber mit der GRPK angeschaut, dass die Zahlen stimmen. Und ich werde es den anderen auch nicht noch einmal erklären. Ich habe es jetzt Herrn Schärli erklärt, dass wir im Stadtrat nicht mit Überlichtgeschwindigkeit arbeiten können.»

#### **Diskussion**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat stimmt dem ersten Änderungsantrag der GRPK einstimmig mit 35 zu 0 Stimmen zu.**



## Zweiter Änderungsantrag der GRPK: Quoten für Besoldungserhöhungen – individuelle Lohnerhöhung

*Konto 1110.301004 (Personaldienste) Quoten für Besoldungserhöhungen – individuelle Lohnerhöhung (ohne ASZ und PS)*

Antrag Stadtrat	Fr.	0.00		
Antrag GRPK	Fr.	554'000.00	(Abweichung: + Fr.	554'000.00 S)

Tanja Besch (die Mitte/EVP), Kommissionspräsidentin der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

### Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

«Analog dazu würden wir auf dem Konto 1110.301004 Personaldienste Quoten für Besoldungserhöhungen den Budgetbetrag auf Fr. 554'000.00 erhöhen. Das wäre der Antrag von der GRPK.»

### **Diskussion**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat stimmt dem zweiten Änderungsantrag der GRPK mit 34 zu 0 Stimmen zu.**

## Erster Änderungsantrag der SVP-Fraktion: pauschale Kürzung Exekutive – Dienstleistungen Dritter

*Konto 1020.313200 (Exekutive) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten, usw.*

Antrag Stadtrat	Fr.	118'000.00		
Antrag SVP	Fr.	94'400.00	(Abweichung: - Fr.	23'600.00 S)

Lukas Schanz (SVP), wird den Antrag vorstellen.

### Lukas Schanz (SVP), Sprecher der SVP-Fraktion

«Die SVP-Fraktion beantragt beim Konto Exekutive 'Honorare externe Berater Gutachter, Fachexperten usw.' eine Kürzung von pauschal 20 % auf Fr. 94'400.00. Wir sind der Meinung, dass Fr. 94'400.00 für Berater doch ein sehr hoher Betrag ist, den die Exekutive ausgeben will. Wir haben bereits erwähnt, dass das eine exemplarische Kürzung ist und wenn das Parlament dieser Kürzung zustimmt, werden wir noch weitere Anträge vorbringen. Wir sehen eine Lohnentwicklung beziehungsweise auch einen Personalausbau auf der Stadtverwaltung und gleichzeitig werden die Honorare für Externe immer höher und höher. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Stadtverwaltung Dübendorf über qualifiziertes Personal verfügt, welches die Aufträge, die sie von der Politik bekommt, umsetzen kann. Ich habe selbst gerade dieses Wochenende sehr kompetente Mitarbeiter auf der Entsorgungsstelle erlebt. An dieser Stelle nochmal vielen herzlichen Dank. Es darf nicht sein, dass unser Stadtrat einfach alle Aufgaben an Externe weitergibt und sich so aus der Verantwortung stellt. Man hat gesehen, dass das nicht gut kommt. Das hat uns der Sozialvorstand unter anderem bei der Kinderbetreuungsverordnung bewiesen, wo er einen teuren externen Berater engagiert hat. In dem Sinn bedanke ich mich bei allen, die dem Antrag zustimmen.»

### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Der Stadtrat ist dankbar, wenn der Gemeinderat die Minderheit nicht unterstützt, den Betrag unverändert lässt. Wie gesagt, da sind verschiedene Posten darunter, unter anderem gehört auch die Rechtsberatung dazu, also sprich, wenn ein Gemeinderat einen Stadtratsantrag anzweifelt und vor Gericht geht, dann müssen wir entsprechend eine Anwältin beschäftigen, das kostet. Also der Herr Schanz hat gerade bei uns wieder Kosten ausgelöst und wenn er dann im Januar oder Februar noch einmal kommt, löst das auch wieder Kosten aus. Also in dem Sinn wäre es gescheiter, den Rekurs



nicht einzureichen, dann könnten wir da tatsächlich beim Budget vielleicht dann schauen, dass wir es nicht voll ausschöpfen müssen als Stadtrat. Also in dem Sinn, vorausschafften könnte uns da helfen, aber ich bitte Sie also jetzt ganz ernsthaft, den Antrag nicht zu unterstützen.»

## **Diskussion**

### Patrick Walder (SVP)

«Herr Finanzvorstand, ich glaube, Sie müssen nicht absitzen, denn ich hätte noch eine Frage. Sind die Anträge des Stadtrats so dermassen schlecht, dass es zum Verteidigen Rechtsberater braucht? Der Rekurrent, der einfache Stimmbürger, der fünf Tage Zeit hat, braucht keinen Rechtsberater, er macht es einfach. Sie haben bereits einen Antrag geschrieben und zum Verteidigen, brauchen Sie externe Hilfe. Das lässt an der Arbeit des Stadtrats zweifeln.»

### Martin Bäumle (glp/GEU), Finanzvorstand

«Ganz einfach, der Stadtrat ist keine Anwaltskanzlei und wenn juristische Fragen sind, ist es am Schluss so, dass es halt entsprechend wasserdicht sein muss. Deshalb zieht die Stadt in solchen Fällen oder in einigen Fällen Juristen herbei, damit sie dann auch klar rechtlich richtig beraten ist, weil sonst würde der Vorwurf kommen, man habe da irgendwie handgestrickt eine Antwort gegeben und man habe sich nicht seriös darum gekümmert. Den Vorwurf kann man immer machen, das ist klar, aber das ist klipp und klar in der Stadt Dübendorf so geregelt, dass man in solchen Fällen. das einer Anwältin oder einem Anwalt übergibt und nicht irgendwie der Stadtpräsident oder der Finanzvorstand selbst eine Beschwerdeantwort schreibt.»

### Roger Gallati (FDP)

«Nur ganz kurz, vielleicht auch um das Ganze ein bisschen zu entemotionalisieren. Ich denke, wir müssen uns schon bewusst sein, dass eine Stadt von der Grössenordnung von Dübendorf immer einmal ein Gutachten einholen muss, sei das bei irgendeinem Sachverständigen, wenn es um Technisches geht oder eben, wie vorhin angetönt, auch vielleicht einmal bei einer Anwaltskanzlei. Wir wissen alle, dass die Stadt Dübendorf praktisch keine Inhouse-Juristen angestellt hat und ich denke, wir müssen uns schon bewusst sein, dass wenn wir da permanent immer auf dem Konto Kürzungen verlangen, dass dann irgendwann einmal einfach die Konsequenz sein wird, dass man Inhouse so viele Juristen einstellt und dann eine Mentalität Einzug hält, dass niemand mehr in der Verwaltung sich bewegt, ohne irgendwie, dass der Chef sagt, frage aber noch schnell beim Rechtsdienst nach. Und dann kommt das Ganze am Schluss garantiert viel teurer, als wenn wir jetzt einfach mal auch darauf vertrauen, dass der Stadtrat und die Verwaltung die Budgetposten sinnvoll und mit gesundem Menschenverstand ausnutzt.»

### Lukas Schanz (SVP)

«Nur noch ein kurzer Hinweis an unseren Finanzvorstand, das ist eine Information, die dem Stadtrat vorliegt, dass ich Rekurs erhoben habe und wenn der Stadtrat das da in aller Öffentlichkeit sagt, dann ist das meiner Meinung nach eine Amtsgeheimnisverletzung und von dem her ist es wahrscheinlich gut, dass die Rechtsberatungskosten, wobei ich davon ausgehe, dass in so einem Fall der betreffende Stadtrat die Kosten dann selbst trägt.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat lehnt den ersten Änderungsantrag der SVP-Fraktion mit 22 zu 12 Stimmen ab.**



## Zweiter Änderungsantrag der SVP-Fraktion: Massnahmenplan Klima – Dienstleistungen Dritter

*Konto 1750.313200 (Orts- und Gebietsplanung inkl. Überbauungs-, Erschliessungsstudien und Gestaltungspläne) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten, usw - Massnahmenplan Klima*

Antrag Stadtrat	Fr.	30'000.00		
Antrag SVP	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr. 30'000.00	S)

Lukas Schanz (SVP), wird den Antrag vorstellen.

### Lukas Schanz (SVP), Sprecher der SVP-Fraktion

«Beim nächsten Antrag geht es um eine Kürzung von Fr. 30'000.00 von Dienstleistungen Dritter. Und zwar stehen die Fr. 30'000.00 ebenfalls für externe Berater, diesmal im Zusammenhang mit dem Massnahmenplan Klima. Es ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass die Stadtverwaltung extra Stellen geschaffen hat, um den Massnahmenplan Klima umzusetzen. Es ist bezeichnend, dass, kaum hat man Stellen geschaffen, fallen auch schon wieder Berater an. Entweder hat die Stadtverwaltung Personal eingestellt, die ihre Aufgabe nicht wahrnehmen können oder die politische Führung traut das diesen Personen einfach nicht zu. Wir können einerseits nachvollziehen, dass es einen Austausch braucht, auch mit externen Experten. Die Stadt Dübendorf ist aber in diversen Verbänden und Gremien vertreten und zahlt dort auch hohe Mitgliederbeiträge. Die Gremien sollen genutzt werden und dort soll man sich austauschen mit Experten. Ein ressourcenschonender Umgang wird nicht einfach durch Experten erreicht, sondern durch Handeln. Die SVP hat beispielsweise auch einen Antrag gestellt, dass die Lohnabrechnungen der Stadt Dübendorf neu per E-Mail verschickt werden sollen und nicht mehr per Post. Das wurde aber abgelehnt. Offenbar sind die anderen Parteien der Meinung, dass Klimaschutz nur mit Beratern funktioniert und nicht durch Handeln.»

### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Zuerst muss ich mich offenbar in aller Form bei Lukas Schanz entschuldigen. Ich bin davon ausgegangen, er hat vorher selbst gesagt, dass er eine Beschwerde prüft und eine Beschwerde gemacht hat. Wenn dem nicht so ist, dann entschuldige ich mich in aller Form. Selbstverständlich hätte ich nichts anderes gesagt, aber weil er es selbst antönte, bin ich davon ausgegangen, das ist auf dem Tisch. Zum Massnahmenplan Klima: das ist eine Aufgabe, die der Gemeinderat beschlossen und uns gegeben hat und das ist richtig, für das wurde Personal angestellt.

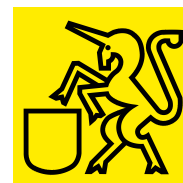
Das Personal arbeitet auch dafür, aber es gibt auch in diesem Bereich immer wieder einen Teil, der halt nicht in-house gemacht werden kann, damit man das umsetzen kann und so viel ich mich erinnern kann, ist, war das auch im entsprechenden Antrag des Stadtrats an den Gemeinderat für den Klimamassnahmenplan bereits ausgewiesen, dass es einen Teil interne und einen Teil externe Kosten gibt. Also ich bitte da in dem Sinne den Gemeinderat seinem eigenen Beschluss zu folgen und die Kürzung nicht zu machen, dass wir in dem Bereich weiter in dem geplanten Rahmen arbeiten können, wie das eigentlich auch im Beschluss vom Gemeinderat genehmigt worden ist.

### **Diskussion**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat lehnt den zweiten Änderungsantrag der SVP-Fraktion mit 24 zu 10 Stimmen ab.**



## Dritter Änderungsantrag der SVP-Fraktion: Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde – KI-Projekt

*Konto 1900.315800 (Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)) Unterhalt immaterielle Anlagen – KI-Projekt*

Antrag Stadtrat	Fr.	33'300.00		
Antrag SVP	Fr.	13'600.00	(Abweichung: - Fr. 19'700.00	S)

Daniel Burkhardt (SVP), wird den Antrag vorstellen.

### Daniel Burkhardt (SVP), Sprecher der SVP-Fraktion

«Mit grosser Sorge nehme ich zur Kenntnis, dass die KESB Dübendorf den Einsatz einer Schweizer KI-Lösung plant, um zukünftig mit einem sogenannten Large-Language-Modell datenschutzkonform im Bereich ihrer Betreuungstätigkeit zu arbeiten. Auch wenn aktuell betont wird, dass die KI nur zur administrativen Unterstützung verwendet wird, finde ich den Weg grundlegend falsch und gefährlich. Die KESB entscheidet über tiefgreifende Eingriffe in Familien, Vermögen, Betreuung und persönliche Freiheit. Diese Verantwortung darf nie an eine Maschine delegiert werden, weder direkt noch indirekt. Eine KI basiert auf Daten, nicht auf Mitgefühl. Es kann keine Verantwortung übernehmen, kennt keinen ethischen Graubereich und keine Lebensrealität. Es ist keine Hilfe, sondern eine schleichende Entmenschlichung. Ich widerspreche einer Argumentation, welche die KI nur als Unterstützung administrativer Natur sieht, vehement. Denn in der Praxis ist eine Trennung zwischen administrativer Unterstützung und inhaltlicher Einflussnahme gar nicht möglich.

Wenn ein KI-System eine Fallakte zusammenfasst, Texte vorschlägt oder Risiken sortiert, dann greift es aktiv in die Beurteilungskette ein. In einer Behörde wie der KESB, wo jede Notiz eine rechtliche Folge haben kann, ist jede Automatisierung auch immer eine Wertung. Was heute als administrative Hilfe anfängt, ist morgen eine Entscheidungsgrundlage. Wir dürfen keine Hintertür für algorithmische Entscheide aufstossen, schon gar nicht im Schutzbereich von schwachen, betagten oder hilfsbedürftigen Bürgern. Die KESB ist kein Ort für technologische Pilotprojekte. Sie ist eine staatliche Machtinstanz mit dem Potenzial, Leben grundlegend zu verändern oder gar zu zerstören. Deshalb braucht es höchste Sorgfalt, Verantwortung und menschliches Augenmass, ganz sicher keine künstliche Intelligenz. Entsprechend, mein Antrag, den Budgetposten über Fr. 19'700.00 zu streichen. Dübendorf darf keine Gemeinde sein, in der Computer über Familien entscheidet. Stimmen Sie mit uns für den Schutz von unseren Schwächsten und gegen die Bequemlichkeit der Bürokratie.»

### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Da der Stadtrat kein KI-Spezialist ist und der Finanzvorstand auch nicht, kann ich zu diesen Ausführungen, die jetzt gemacht wurden, nicht im Detail Stellung nehmen. Der Stadtrat hat aber sicher nicht vor, dass eine Maschine etwas entscheidet. Wie gesagt, es ist angedeutet worden, es geht um einen Pilotversuch, es geht um Unterstützungsleistungen und da ist heute eigentlich an den meisten Orten selbstverständlich, dass KI für das moderat eingesetzt wird und das wird auch in der Stadt Dübendorf so sein. Das Ziel von dem ist unter anderem auch Kosten zu sparen für Aufgaben, die eben wiederholend sind, die einfach sind und nicht ein Entscheid, wo irgendjemand nachher davon betroffen ist. Ich glaube, es war ein bisschen ein Overdrive in dieser Argumentation. Das ist sicher nicht die Idee dahinter und der Stadtrat wird sicher nicht eine Maschine entscheiden lassen. In dem Sinne ist der Stadtrat nicht einverstanden mit dieser Kürzung und bittet Sie, das ebenfalls nicht zu kürzen.»

### **Diskussion**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.



## Abstimmung

**Der Gemeinderat lehnt den dritten Änderungsantrag der SVP-Fraktion mit 24 zu 11 Stimmen ab.**

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 1 Präsidium als genehmigt.

## Kapitel 2 Finanzen

Zu diesem Kapitel gibt es von der GRPK zwei Minderheitsanträge. Ausserdem hat die SVP einen Änderungsantrag angekündigt.

### Erster Änderungsantrag der GRPK-Minderheit: Hilfsaktionen – Beiträge an Private Organisationen ohne Erwerbszweck

*Konto 2030.363600 (Hilfsaktionen (Entwicklungshilfe, Patenschaft für Berggemeinden))  
Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck*

Antrag Stadtrat und  
GRPK-Mehrheit Fr. 50'000.00

Antrag Fr. 100'000.00 (Abweichung: + Fr. 50'000.00 S)  
GRPK-Minderheit

Julian Croci (Grüne) wird den Änderungsantrag der GRPK-Minderheit vorstellen. Danach wird Kommissionspräsidentin Tanja Boesch (die Mitte/EVP) die Haltung der GRPK-Mehrheit äussern.

#### Julian Croci (Grüne), Sprecher der Kommissionsminderheit

«Das Budget der Stadt Dübendorf lässt in diesem Jahr eine Steuersenkung zu. Gleichzeitig nehmen Extremereignisse in den Bergen, Zukunftssorgen in der Bevölkerung und Armut in der Schweiz zu. Die GRPK-Minderheit beantragt deswegen die gemeinnützigen Beiträge im Inland, die Dübendorf ausrichtet, zu erhöhen. Seit Jahrzehnten sind die Beträge nicht mehr erhöht worden und bis zu einem gewissen Punkt ist das verständlich, hat doch der Stadtrat nicht in jedem Jahr die Beträge ausnutzen können, da nicht genügend aus Sicht des Stadtrats qualifizierte Projekte eingegangen sind. Das bedeutet aber nicht, dass ein höherer Betrag durch den Stadtrat nicht ausgeschöpft werden könnte. Zum einen könnte der Stadtrat öfter selbst aktiv werden, zum Beispiel bei Überschwemmungen oder Bergstürzen, wie wir sie doch in den letzten Jahren ziemlich häufig hatten, oder die Kriterien, die ein Antrag zu erfüllen hat, klarer kommunizieren. Wir hoffen, der Gemeinderat stimmt dem Minderheitsantrag zu. Momentan wird die Welt immer düsterer. Wir haben die Ressourcen, auch als Stadt wenigstens ein bisschen dagegen zu halten.»

#### Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

«Die GRPK-Mehrheit beantragt, dass das Budget weiterhin bei Fr. 50'000.00 zu belassen ist, was gemäss Stadtrat auch ausreichend ist.»

#### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Ich rede zu diesem Antrag, aber zum Nächsten komme ich dann nicht mehr nach vorne, solange unsere Rechnung eine Selbstfinanzierung von 100 Prozent hat, hat der Stadtrat immer Fr. 100'000.00 je Fr. 50'000.00 Inland und Ausland im Budget eingestellt und hat nachher entsprechend Projekte bewilligt oder ausgelöst. Es ist so, er hat nicht immer den vollen Betrag ausgeschöpft, es kann aber auch mal sein, wenn die Fr. 100'000.00 genehmigt werden, wenn der Stadtrat mehr geeignete Projekte hat als die Fr. 100'000.00, dass er einmal in einem Jahr mehr als Fr. 100'000.00, zum Beispiel Fr. 120'000.00 oder Fr. 130'000.00, bewilligen würde. Dann müsste er dann Fr. 20'000.00 oder Fr. 30'000.00 auf seine Kompetenz nehmen. Er würde das sicher nicht so machen, dass er zehn Jahre lang immer mehr ausschöpft, als das Parlament bewilligt, sonst würde er wahrscheinlich



kritisiert werden, aber weil wir auch schon weniger gebraucht haben, würde das auch einmal passieren. Es ist also in dem Sinn nicht nötig, jetzt da den Kredit aufzustocken.

Wenn es mehr Projekte geben sollte, die geeignet sind, wird der Stadtrat sich auch erlauben, einmal über die Fr. 100'000.00 gesamthaft auszugehen. In dem Sinn bitte ich Sie, diesen Antrag und auch den nächsten abzulehnen und es beim Antrag des Stadtrats und von der GRPK-Mehrheit zu belassen.»

## Diskussion

### Roland Wüest (SP)

«Die SP unterstützt den Antrag der GRPK-Minderheit für die Erhöhung des Budgets von jeweils Fr. 50'000.00 auf Fr. 100'000.00 für gemeinnützige Beiträge im In- und Ausland. Ich werde jetzt also auch für den nächsten Antrag mein Votum halten. Aus unserer Sicht ist diese Erhöhung tragbar und sinnvoll, denn gemeinnützige Organisationen und Nichtregierungsorganisationen tragen entscheidend zur sozialen Stabilität, zur Chancengerechtigkeit und einer nachhaltigen Entwicklung bei. Diese Organisationen sind keine Vereine mit irgendwelchen unverbindlichen Freizeitaktivitäten, sondern das sind hochspezialisierte und engagierte Akteure mit klarem Mandat: Armutsbekämpfung, soziale Integration, Krisenhilfe, Aufbau von Infrastruktur oder Unterstützung in abgelegenen Regionen. Die Schweizer Berghilfe ist da ein gutes Beispiel. Sie ermöglicht in Bergregionen Projekte, die für einzelne Gemeinden existenziell sind, die aber ohne die externe Unterstützung schlicht nicht umgesetzt werden.

Das stärkt ganze Regionen und damit indirekt auch die Schweiz als Ganzes. Gerade lokale und nationale NGO's erbringen oft auch niederschwellige Leistungen für Menschen, die sonst durch das institutionelle Raster durchfallen oder drohen, durch ihn zu fallen. Sie stabilisieren Familien in schwierigen Situationen, fördern Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, bekämpfen Armut oder leisten wertvolle Integrationsarbeit. Das ist nicht nur sozial richtig, sondern macht letztendlich auch volkswirtschaftlich Sinn, weil jeder Franken, der heute wirkungsorientiert investiert wird, spart uns morgen Kosten für Kriseninterventionen, Sozialleistungen oder Folgeschäden. Wir leben in einer vernetzten Welt. Konflikte, Armut, Klimafolgen oder humanitäre Krisen machen nicht halt an Landesgrenzen. Organisationen, die im Ausland tätig sind, leisten einen Beitrag, der letztlich auch unsere eigene Sicherheit, Stabilität und wirtschaftliche Perspektiven stärkt. Wer Bildung fördert, medizinische Versorgung ermöglicht oder lokale Strukturen stärkt, reduziert Fluchtursachen, beugt Konflikte vor und unterstützt nachhaltige Entwicklung. Das ist eine verantwortungsvolle und kohärente Politik, auch auf kommunaler Ebene.

Die beantragte Erhöhung ist für Dübendorf finanziell gut tragbar aus unserer Sicht. Für die Empfängerorganisationen hingegen sind das sogar die gesprochenen Gelder ein höchst relevanter Beitrag, der Projekte sichert und die Organisationen dabei unterstützt, sie weiterzuführen oder gar auszubauen können. Wir sprechen hier nicht von überdimensionierten Ausgaben, sondern von einer gezielten, gut begründeten Investition in Stabilität, Zusammenhalt und Solidarität in der Schweiz und weltweit. 2024 hat die Stadt Fr. 65'000.00 für Beiträge im Inland und Fr. 25'000.00 an im Ausland tätige Organisationen gegeben. Der budgetierte Beitrag wurde also insgesamt nicht ausgeschöpft. Wir sind jedoch der Überzeugung, dass es ausreichend Projekte und Organisationen gibt, die unterstützungswürdig sind und wirkungsvolle und nachhaltige Projekte umsetzen. Wir denken, dass zum Beispiel eine öffentliche Ausschreibung mit klar kommunizierten Kriterien viel dazu beitragen würde, hier Transparenz zu schaffen und die Zahl der qualitativ genügenden Gesuche zu erhöhen.

Ich denke da nicht an ein 50-seitiges Büchlein mit Kriterien, nein, es geht darum, ganz klare Kriterien nach aussen zu kommunizieren, denn das wäre auch für die einzelnen Organisationen einfacher, wenn sie wissen, wie das Spiel in Dübendorf überhaupt läuft, anstatt dass da einfach entschieden wird, ohne dass man irgendetwas weiss, wie der Prozess überhaupt genau abläuft. Es wäre zum Beispiel möglich, Kriterien in die Vergabe zu definieren und so zu steuern, dass beispielsweise vor allem kleinere Organisationen unterstützt werden und nicht die grossen Hilfswerke, die sicher nicht auf Beiträge aus Dübendorf angewiesen sind. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, eine starke



Gemeinde zeigt sich nicht nur an ihrem Wachstum, sondern auch an ihrer Verantwortung. Mit einer Erhöhung des Budgets für die gemeinnützigen Beiträge setzen wir ein klares Zeichen für soziale Gerechtigkeit, für nachhaltige Entwicklung und für eine Schweiz, die über ihr eigenes Gärtchen hinausdenkt. Ich bitte Sie deshalb, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## Abstimmung

**Der Gemeinderat lehnt den ersten Änderungsantrag der GRPK-Minderheit zu Kapitel 2 "Finanzen" mit 24 zu 11 Stimmen ab. Somit verbleibt der Budgetposten bei Fr. 50'000.**

### Zweiter Änderungsantrag der GRPK-Minderheit: Hilfsaktionen – Beiträge ans Ausland

<i>Konto 2030.363800 (Hilfsaktionen (Entwicklungshilfe, Patenschaft für Berggemeinden))</i>			
<i>Beiträge an das Ausland</i>			
Antrag Stadtrat und GRPK-Mehrheit	Fr.	50'000.00	
Antrag GRPK-Minderheit	Fr.	100'000.00	(Abweichung: + Fr. 50'000.00 S)

Julian Croci (Grüne) wird den Änderungsantrag der GRPK-Minderheit vorstellen. Danach wird Kommissionspräsidentin Tanja Boesch (die Mitte/EVP) die Haltung der GRPK-Mehrheit äussern.»

#### Julian Croci (Grüne), Sprecher der Kommissionsminderheit

«Die GRPK-Minderheit beantragt, die gemeinnützigen Beiträge im Ausland, die Dübendorf ausrichtet, zu erhöhen. Die Begründung für den Antrag ist quasi deckungsgleich mit dem vorangehenden Antrag, denn auch im Ausland dominieren Themen wie Umweltkatastrophen, Hungersnöte, Vertreibung und Krieg. Wir hoffen, dass wenigstens bei diesem Antrag der Gemeinderat sein Herz zeigt.»

#### Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

«Die GRPK-Mehrheit ist auch bei diesem Konto der Meinung, dass man das Budget weiterhin bei Fr. 50'000.00 belassen soll, was gemäss Stadtrat ausreichend ist.»

## Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## Abstimmung

**Der Gemeinderat lehnt den zweiten Änderungsantrag der GRPK-Minderheit zu Kapitel 2 "Finanzen" mit 24 zu 11 Stimmen ab. Somit verbleibt der Budgetposten bei Fr. 50'000.**

### Änderungsantrag der SVP-Fraktion: Liegenschaften – Dienstleistungen Dritter

<i>Konto 2200.313200 (Liegenschaften) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten, usw</i>			
Antrag Stadtrat	Fr.	126'000.00	
Antrag SVP	Fr.	50'000.00	(Abweichung: - Fr. 76'000.00 S)

Lukas Schanz (SVP), wird den Antrag vorstellen.



## Lukas Schanz (SVP), Sprecher der SVP-Fraktion

«Zuerst einmal danke ich noch dem Finanzvorstand für die aufrichtige Entschuldigung und nehme die gerne an. Das kann im Gefecht einer politischen Debatte passieren, darf aber selbstverständlich nicht. Der nächste Kürzungsantrag der SVP-Fraktion geht um Honorare für externe Berater in der Abteilung Liegenschaft. Wir haben hier einen Kürzungsantrag von Fr. 76'000.00, den wir stellen, dass Fr. 50'000.00 zur Verfügung stehen sollen, das Niveau, das wir im Jahr 2024 hatten. In der Abteilung Liegenschaften hatten wir einen Lohnaufwand im Jahr 2024 von Fr. 600'000.00, haben jetzt im Budget 2026 bereits Fr. 1 Million und ihr seht, ebenfalls steigen die Honorare für externe Berater, Gutachten und Fachexperten. Wie man am Beschluss des Friedhofs sieht, wo ihr ja jetzt wisst, dass ich einen Rekurs gemacht habe, dort läuft einiges schief in der Abteilung Liegenschaften.

Wenn ihr den Beschluss anschaut, dann seht ihr, dass dort noch einmal über Fr. 70'000.00 für Projektplanung an Dritte bezahlt werden soll. Das sind die Beträge, da stehen mir die Haare zu Berg. Dass der Stadtrat dann ausserhalb von diesen Projekten ebenfalls noch Fr. 126'000.00 für Berater ausgeben will, das kann es einfach nicht sein. Da muss der Stadtrat der Liegenschaftsabteilung ein bisschen besser auf die Finger schauen. Es scheint, als übernehme diese nur noch eine Koordinationsfunktion und dann wären die Löhne sicherlich nicht gerechtfertigt. Es ist auch zu erwähnen, dass die Primarschule selbst auch über eine Liegenschaftsabteilung verfügt und auch dort hat es noch einmal Budget für Honorare Dritter. Es werden da offenbar zwischen diesen Abteilungen und Liegenschaften keinerlei Synergien genutzt. Wie schon erwähnt, muss der Stadtrat dem Personal mehr vertrauen, dass sie die Aufgaben, die ihnen auferlegt werden, wahrnehmen können und nicht alles an Dritte übertragen.»

## Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Ich könnte jetzt versuchen auszuführen, wie viele Liegenschaften und wie viele Projekte bei uns laufend irgendwann aufschlagen oder mit aufschlagen, wenn in der Stadt ein Projekt entwickelt wird, den wir nachher managen müssen. Dafür haben wir auf der einen Seite, zu meinem Bedauern, auch die Personaleinheiten bei uns deutlich anheben müssen, weil wir schlicht nicht mehr in der Lage waren, die vielen Aufgaben, die uns angehängt worden sind, umzusetzen. Gleichzeitig ist es auch hier so, dass nicht sämtliche Aufgaben vollständig durch eigene Leute erledigt werden können, sondern dass es bei gewissen Projekten, wenn sie komplexer werden, tatsächlich auch eine zusätzliche Beratung braucht.

Es ist immer eine Kombination aus den Eigenleistungen. Was ich aber auch klarstellen will, wir haben mit dem, dass wir unser Personal intern hinaufgefahren haben, sind wir willens mehr Sachen selbst bei uns inhouse zu machen, aber wir sind noch nicht auf dem Soll-Bestand, beziehungsweise noch nicht auf dem Ausbildungsstand, dass wir da noch mehr selber machen können. Daran arbeiten wir aber und ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten ein bis zwei Jahren da noch besser werden. Es wird aber nicht heissen, dass wir keine externen Kosten mehr brauchen, aber wir versuchen natürlich tatsächlich nicht nach aussen zu geben, wenn wir etwas selbst machen können. Vielleicht noch ganz wichtig zur Schule, wir haben schon x-mal geprüft, ob Synergien zwischen den Schulliegenschaften und den städtischen Liegenschaften, nicht optimiert werden könnten.

Wir mussten letztes Jahr feststellen, die beiden Leiterinnen sitzen dort nebeneinander, sie reden gut miteinander und sie haben dies angeschaut, dass am Schluss wahrscheinlich Synergien negativ sind und das am Schluss sogar Mehrkosten verursacht, nämlich den Koordinationsaufwand, den wir auch wieder irgendwo sicherstellen müssen zwischen diesen beiden Bereichen. Aber es wird geredet miteinander. Also dort, wo Synergien stattfinden können, finden sie statt. Und ich möchte zum Schluss noch sagen, es ist nicht so, dass in meiner Abteilung etwas schief ist und dass die Leute ein Projekt schlecht machen, wie jetzt zum Beispiel der Friedhof.

Der Friedhof ist ein sehr heikles Geschäft, das wissen alle. Ein Friedhof ist nicht einfach ein normaler Bau-Umbau, sondern da muss man tatsächlich auch aus Pietätsgründen, das eine oder andere genauer abklären und darum haben wir eben jetzt auch bezüglich den Energiemassnahmen, die wir dort vorgeschlagen haben, dann gesagt, anstatt nur eine minimale Heizungssanierung, haben wir auch vor, eben gewisse Sachen gleichzeitig anzugehen, sprich eine Wärmedämmung. Sprich, dass



wir nicht eine lärmige Luftwärmepumpe haben, die dann allenfalls wieder irgendwelche Leute in der Totenruhe stört, dass wir dort eine andere Lösung suchen. Und das sind Lösungen, die etwas mehr kosten. Aber genau das werden wir darum mit dem neuen Beschluss klar auseinandernehmen. Das ist das, was wir eigentlich machen müssen, was wir als Energiestadt machen müssen, das richtig ist, auch gesetzlich vorgegeben.

Das machen wir ganz klar als gebunden, das ist ein 1 zu 1-Ersatz. Die Heizung, die fliegt irgendwann auseinander und wenn sie auseinanderfliegt, wird es teurer mit einer Notheizung und das, was quasi das ist, was wir zusätzlich machen, wo auch zum Teil noch ein bisschen neben der energetischen Reduktion des Verbrauchs liegt, was Energiestadt ist, wo man als gebunden erklären könnte und wir gesagt haben, ja, das kann man als Grauzone sehen. Oder wenn man noch eine gewisse Komfortsteigerung hat, zum Beispiel ein neues Glas, das einerseits Energie spart, aber andererseits den Komfort der Leute, die dort sind, dann nehmen wir das jetzt als neue Ausgabe in dem Sinne in die Kompetenz des Stadtrats. Ich muss sagen, das Projekt wurde sehr seriös angeschaut auf meiner Abteilung, aber noch einmal die Frage der Gebundenheit habe ich in der GRPK schon angetönt.

Man kann das theoretisch anders sehen, ich habe aber gleichzeitig angetönt, dass praktisch in 99 Prozent der Fälle immer der Stadtrat zuständig geblieben wäre, und darum haben wir uns jetzt auch entschieden, den Antrag entsprechend in der Wiedererwägung zu ziehen, aufzuheben und ihn neu so zu machen, dass er wasserdicht ist zwischen gebunden und nicht gebunden. Das ist also wie gesagt hoffentlich ein sehr gefreutes Projekt, weil ich glaube, die Leute warten dort auf gewisse Ergänzungen und die Heizung fällt irgendwann auseinander und das ist sowieso gebunden und das machen wir auch so. In dem Sinn bitte ich Sie auch hier den Betrag stehen zu lassen.

Wir haben sehr viele Liegenschaften, es kommen neue dazu, wenn irgendwelche Vertragsverhandlungen geführt werden und, und, und. Wir haben in diesem Bereich eine zunehmende Anzahl Liegenschaften, sonst müsste man die Aufgaben tatsächlich in der Stadt reduzieren und sagen, wir wollen weniger Liegenschaften, wir stossen Liegenschaften ab oder wir betreiben gewisse Liegenschaften nicht mehr und ich habe jahrelang auch gehört, dass wir unsere Gebäude eher knapp unterhalten, das werden wir weiterhin so machen. Wir gehen nicht in Luxusinvestitionen oder Luxusunterhalt, aber im minimalen Bereich müssen wir auch die Situation, unsere Liegenschaften in Schuss halten, damit sie ihrer Qualität und ihrer Aufgabe gewachsen sind. In dem Sinn bitte ich Sie, die Kürzung abzulehnen.»

\*\*\*

Sarah Steiner (SVP) ist mittlerweile wieder zur Sitzung dazugestossen. Es sind also 37 Gemeinderäte anwesend und Sarah Steiner übernimmt auch die Aufgabe als Stimmzählerin wieder.

\*\*\*

## **Diskussion**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat lehnt den Änderungsantrag der SVP-Fraktion zu Kapitel 2 "Finanzen" mit 22 zu 12 Stimmen ab.**

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 2 Finanzen als genehmigt.

## **Kapitel 3 Hochbau**

Zu diesem Kapitel gibt es von der GRPK keinen Änderungsantrag. Da keine anderen Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 3 Hochbau als genehmigt.



## **Kapitel 4 Tiefbau**

Zu diesem Kapitel gibt es von der GRPK keinen Änderungsantrag. Da keine anderen Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 4 Tiefbau als genehmigt.

## **Kapitel 5 Sicherheit**

Zu diesem Kapitel liegt ein Änderungsantrag der GRPK vor.

### Änderungsantrag: Parkplätze – Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge

*Konto 5010.315100 (Parkplätze) Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge*

Antrag Stadtrat	Fr.	26'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	15'000.00	(Abweichung: - Fr. 11'000.00	S)

Tanja Besch (die Mitte/EVP), Kommissionspräsidentin der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

#### Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

«Bei den Parkuhren wird nicht mehr allzu viel Bargeld eingeworfen und die GRPK-Mehrheit sieht darum auch die Notwendigkeit nicht ein, die Aufgabe dann noch an Drittpersonen zu vergeben. Die GRPK-Mehrheit beantragt darum eine Streichung von Fr. 11'000.00. Das wären neu Fr. 15'000.00 auf dem Konto 5010.315100.»

#### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Die lieben Parkuhren sind auch ein Thema, welches den Stadtrat schon mehr als einmal beschäftigt hat. Grundsätzlich haben wir bisher vom Tiefbau Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehabt, die das gemacht haben. Das ist A nicht eine Arbeit, die eigentlich in ihrem Kerngeschäft ist und B ist das ein Aufwand für den Tiefbau, wenn er das separat machen muss. Sie müssen noch separat wegen dem an diesen Standorten vorbeigehen und das auch noch machen. Und wie gesagt, Geld einzuziehen hat dann auch ein bisschen ein Risiko, das Restrisiko von Fraud und so weiter und von dem her haben wir uns entschieden, dass eigentlich die Dritten, die ja die ganze Kontrolle und Abrechnung schon machen, sinnvollerweise auch noch gerade die Münzen einkassieren und das Ganze dann in einer Abrechnung machen. Ich bin nicht sicher, ob nicht die Fr. 11'000.00 gut investiert sind. Ich mutmasse, dass das die günstigere und effizientere Lösung ist als die, die wir bisher hatten. Das ist eigentlich die Überzeugung des Stadtrats. In dem Sinn bitten wir Sie eigentlich, den Kürzungsantrag der GRPK abzulehnen. Ich weiss, dass wenn die GRPK etwas entschieden hat, wird es schwierig, das zu machen. Wir schauen sicher, wenn das der Gemeinderat kürzt, schauen wir das noch einmal an, aber noch einmal, ich stelle auch in Aussicht, dass falls wir zum Schluss kommen, dass es wirklich günstiger ist, den Weg zu machen, dass der Stadtrat halt dann in seiner eigenen Kompetenz das trotzdem beschliessen müsste, weil es nicht Sinn macht, dass wir etwas am Schluss teurer behalten, Personal beschäftigen, wenn wir eine bessere Lösung haben. Aber selbstverständlich, der Gemeinderat ist frei und wenn er es beschliesst, schauen wir es an, wie immer, wenn Kürzungen kommen, welche wir nicht unbedingt einsehen. Wir schauen es genau an und der Tiefbau wird das noch einmal prüfen.»

## **Diskussion**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat stimmt dem Änderungsantrag der GRPK mit 34 zu 1 zu Kapitel 5 "Sicherheit" Stimmen zu.**

Da keine anderen Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 5 Sicherheit als genehmigt.



## **Kapitel 6 Soziales**

Zu diesem Kapitel gibt es von der GRPK keinen Änderungsantrag. Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt Kapitel 6 Soziales als genehmigt.

## **Kapitel 7 Bildung**

Zu diesem Kapitel liegen sieben Änderungsanträge der GRPK vor.

### Erster Änderungsantrag: Primarschulverwaltung: Quoten für Besoldungserhöhungen – Teuerung

<i>Konto 7000.301003 (Primarschulverwaltung) Quoten für Besoldungserhöhungen – Teuerung</i>			
Antrag Stadtrat	Fr.	268'100.00	
Antrag GRPK	Fr.	21'500.00	(Abweichung: - Fr. 246'600.00 S)

Tanja Besch (die Mitte/EVP), Kommissionspräsidentin der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

#### Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

«Da geht es wieder um das Gleiche, wie wir es schon am Anfang bei der Verwaltung hatten, und zwar um die transparente Darstellung der Besoldungserhöhungen respektive Teuerungen. Der Antrag der GRPK ist auf dem Konto 7000.301003 neu Fr. 21'500.00.»

#### **Diskussion**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat stimmt dem ersten Änderungsantrag der GRPK zu Kapitel 7 "Bildung" mit 34 zu 0 Stimmen zu.**

### Zweiter Änderungsantrag: Primarschulverwaltung: Quoten für Besoldungserhöhungen – Individuelle Lohnerhöhungen

<i>Konto 7000.301004 (Primarschulverwaltung) Quoten für Besoldungserhöhungen – individuelle Lohnerhöhungen</i>			
Antrag Stadtrat	Fr.	0.00	
Antrag GRPK	Fr.	246'600.00	(Abweichung: + Fr. 246'600.00 S)

Tanja Besch (die Mitte/EVP), Kommissionspräsidentin der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

#### Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

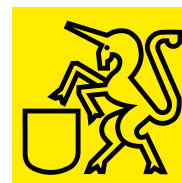
«Dort geht es um die individuellen Lohnerhöhungen. Entsprechend ist hier der Antrag der GRPK, das Budget auf Fr. 246'600.00 zu erhöhen.»

#### **Diskussion**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat stimmt dem zweiten Änderungsantrag der GRPK zu Kapitel 7 "Bildung" mit 33 zu 0 Stimmen zu.**



## Dritter Änderungsantrag: Primarschulverwaltung – Dienstleistungen Dritter

<i>Konto 7000.313200 (Primarschulverwaltung) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten, usw</i>			
Antrag Stadtrat	Fr.	66'300.00	
Antrag GRPK	Fr.	40'000.00	(Abweichung: - Fr. 26'300.00 S)

Tanja Besch (die Mitte/EVP), Kommissionspräsidentin der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

### Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

«Das ist wieder ein Konto, wo es um Honorare, externe Berater, Gutachter und Fachexperten geht. Man hat bereits im letzten Budget quasi Fr. 20'000.00 auf Vorrat budgetiert sowie eine Submission, die allenfalls eben auch inhouse gemacht werden könnte. Die GRPK beantragt darum, das Budget auf Fr. 40'000.00 festzusetzen, also eine Abweichung von Fr. 26'300.00.»

### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Der Finanzvorstand und der Stadtrat weiss, wie gross die Chancen sind, trotzdem versuche ich einfach kurz zu argumentieren, was unter dem Konto dann allenfalls noch einmal überprüft werden müsste. Erstens Fr. 5'000.00 für die Umsetzung von Digilex, die auf 1. Januar 2027 obligatorisch ist. Das heisst, wir müssen dies 2026 machen. Zweitens haben wir ein Volumen von rund Fr. 600'000.00 Transportkosten und da ist angedacht, eben die Submission extern zu machen. Ich glaube, bei dieser Grösse des Betrags ist das etwas, was Sinn macht, dass man das nicht inhouse macht, auch wenn die GRPK das möglicherweise anders sehen mag. Und es ist auch noch Fr. 18'000.00 angedacht für eine Mitarbeiterbefragung im Hinblick auf die Legislaturplanung 2026-2030. Das macht auch Sinn, dann macht man das im 2026 nach Beginn der neuen Legislatur. Also da besteht eigentlich kein Spielraum, die Kürzung zu machen. In dem Sinn bittet Sie den Stadtrat, die Kürzung nicht zu machen, sondern beim Antrag des Stadtrats zu bleiben.»

### **Diskussion**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat nimmt den dritten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 7 "Bildung" mit 19 zu 15 Stimmen an.**

## Vierter Änderungsantrag: Schulliegenschaften und -Anlagen – Anschaffung Dienstkleidung

<i>Konto 7100.311200 (Schulliegenschaften und -Anlagen) Anschaffung Dienstkleidung</i>			
Antrag Stadtrat	Fr.	13'500.00	
Antrag GRPK	Fr.	1'500.00	(Abweichung: - Fr. 12'000.00 S)

Tanja Besch (die Mitte/EVP), Kommissionspräsidentin der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

### Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

«Die GRPK-Mehrheit sieht die Notwendigkeit für eine Dienstkleidung nicht. Eine Dienstkleidung, wie sie im Tiefbauamt für Sichtbarkeit oder in anderen Bereichen für bestimmte Gründe notwendig ist, wird für die Hauswarte nicht gesehen. Auch Lehrerinnen oder Lehrer sind zum Beispiel nicht gekennzeichnet. Eine Alternative wäre zum Beispiel ein Dienstaussweis. Die GRPK-Mehrheit beantragt darum eine Kürzung um Fr. 12'000.00.»



## Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Der Stadtrat sieht das anders, er ist der Meinung, dass das eine sinnvolle Entwicklung ist, aber die Begründung haben Sie gehört, dass der Gemeinderat die GRPK-Mehrheit findet, das ist nicht notwendig. Wenn der Gemeinderat das kürzen wird, was der wahrscheinliche Fall ist, wird die Schule das noch einmal überprüfen müssen, ob sie das einführen kann oder ob sie auf das verzichtet, zumindest im Moment, weil das Parlament ein anderes Signal gegeben hat. Wir als Stadtrat sind der Meinung, keine Kürzung, Originalbetrag belassen.»

## **Diskussion**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat nimmt den vierten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 7 "Bildung" einstimmig mit 23 zu 11 Stimmen an.**

## Fünfter Änderungsantrag: Schulliegenschaften und -Anlagen – Dienstleistungen Dritter

*Konto 7100.313200 (Schulliegenschaften und -Anlagen) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten, usw.*

Antrag Stadtrat	Fr.	143'000.00	
Antrag GRPK	Fr.	71'500.00	(Abweichung: - Fr. 71'500.00 S)

Tanja Besch (die Mitte/EVP), Kommissionspräsidentin der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

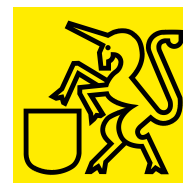
## Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

«Auf dem Konto sind neue externe Beratungen zu Arbeitsplatzberechnungen, Gebäudezustandsanalysen und Organisationsarbeitssicherheit sowie Zustandsanalysen Kindergarten Zelgli vorgesehen. Die GRPK-Mehrheit ist der Meinung, dass das Know-how auch in den Liegenschaftenabteilungen der Schule und der Stadt vorhanden sein sollte und Synergien genutzt werden sollten. Sie beantragt deshalb eine Kürzung des Budgets um Fr. 71'500.00.»

## Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Ich kann da anhängen, wo ich vorher aufgehört habe, dass diese Synergien in diesem Fall keinen Sinn machen, dass jetzt die Liegenschaftsverwaltung der Stadt bei der Schule diese Punkte machen würde, also konkret für die Arbeitsplatzberechnungen ein Benchmark der Aufgaben der Hauswarte im Sinne der Reorganisation des Bereichs der Primarschule. Das kann nicht irgendjemand in der Stadt Dübendorf machen, das macht die Schule, diese kann es auch nicht selbst machen, darum will sie das extern vergeben. Dann sind Fr. 23'000.00 für Gebäudeanalysen, die letzten waren vor 10 Jahren. Auch das macht keinen Sinn, dass wir von den Liegenschaften, die die Liegenschaften weniger gut kennen, weder die Schule das irgendwo machen. Wir müssen das letztlich auch extern reinholen und dann gibt es wieder Schnittstellen. Und Fr. 40'000.00 für die Zustandsanalyse des Gebäudes Kindergarten Zelgli ist ebenfalls klar die Schulkompetenz höher, aber es ist nicht etwas, das sie selber machen können.

In dem Sinn sind das der grosse Teil dieser Kosten. Dieser Posten ist nicht jedes Jahr auf der gleichen Höhe. Es ist klar ausgewiesen. Darum bittet Sie der Stadtrat, die Kürzung nicht zu machen. Ich will auch hier betonen, wenn die Kürzung durchkommt, wird der Stadtrat wie immer prüfen, wie er da optimieren kann. Aber dort, wo notwendige Aufgaben anstehen, wird er sich dann halt auch mit seiner eigenen Kompetenz oder in dem Fall die Schulpflege trotzdem gewisse Sachen machen müssen und man wird sicher anschauen, wenn eine Kürzung heute erfolgt, was man verzichten kann oder wie gesagt noch um ein Jahr schieben kann. Das habe ich letztes Jahr schon angetönt. Man



kann immer wieder mal etwas verschieben, aber irgendwann muss man es dann trotzdem machen. In dem Sinn hält der Stadtrat das im Antrag fest.»

## Diskussion

Christian Gross (SP)

«In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit will ich mich sehr kurz halten, ich will aber trotzdem etwas zu diesem Antrag und auch allgemein zu Dienstleistungen Dritter sagen. Es wurde schon viel gesagt, man sollte es intern machen und es kommt billiger und so, dem stimmen wir alle alles zu als SP-Fraktion. Für uns gibt es noch ein weiteres wichtiges Argument gegen externe Dienstleistungen Dritter, und zwar ein demokratietheoretisches Argument. Für uns ist es sehr wichtig, dass die Stadtverwaltung grundsätzlich ihre Aufgaben selbst machen kann, weil das auch verhindert, dass man plötzlich von externen Anbietern abhängig wird, was fatal wäre. Aber natürlich gibt es Ausnahmen, insbesondere wäre es, glaube ich, nicht mega sinnvoll, wenn die Schulverwaltung für Liegenschaftsanalysen, die sie alle zehn Jahre machen muss, dann Spezialisten fix einstellt und darum sehen wir da die Notwendigkeit dieser Dienstleistungen Dritter durchaus und werden gegen die Kürzung stimmen.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## Abstimmung

**Der Gemeinderat nimmt den fünften Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 7 "Bildung" mit 26 zu 10 Stimmen an.**

Sechster Änderungsantrag: Subventionen FeB private Kitas – Beiträge an private Unternehmungen

*Konto 7293.363500 (Subventionen FeB private Kitas) Beiträge an private Unternehmungen*

Antrag Stadtrat	Fr.	500'000.00		
Antrag GRPK- <u>Mehrheit</u>	Fr.	800'000.00	(Abweichung: + Fr. 300'000.00	
Antrag GRPK- <u>Minderheit</u>	Fr.	1'050'000.00	+ Fr. 550'000.00	S)

Kommissionspräsidentin Tanja Boesch (die Mitte/EVP) wird den Änderungsantrag der GRPK-Mehrheit vorstellen. Danach wird Roland Wüest (SP) die Haltung der GRPK-Minderheit äussern.

GRPK-Präsidentin Tanja Boesch (die Mitte/EVP), Sprecherin der GRPK-Mehrheit

«Wie bereits im Referat zum Budget erwähnt, wird das Kostendach gemäss Hochrechnung 2025 von Fr. 500'000 für die Subventionen der ausserschulischen Kinderbetreuung von Kindern von 0 bis 4 Jahren für das nächste Jahr nicht reichen. Die Steuereinkommen sind durchschnittlich tiefer als angenommen, bei den Steuern wurde der Familienabzug erhöht und es wurden sehr viel mehr Kinder angemeldet. Daraus gab es eine erste Anpassung des Tarifreglements per 1. August 2025. Für das Jahr 2026 wird mit einem weiteren leichten Kundenanstieg gerechnet. Der Stadtrat hat bereits einen Antrag gemacht auf Fr. 800'000.00 für das nächste Jahr, ein bisschen vorausseilend, der eine weitere Tarifanpassung auf den 1. April 2026 nötig macht und die zusätzlichen Kosten auf Stadt und Eltern verteilen würde. Eine GRPK-Mehrheit beantragt darum eine Erhöhung des Budgets um Fr. 300'000.00 auf Fr. 800'000.00.»

Roland Wüest (SP), Sprecher der GRPK-Minderheit

«Eine Minderheit der GRPK ist ebenfalls der Meinung, dass das Budget für die familienergänzende Kinderbetreuung angepasst werden muss, aber nicht auf den von der GRPK-Mehrheit beantragten



Betrag von Fr. 800'000.00, sondern auf einen Betrag von Fr. 1,05.00 Millionen. Wieso ist eine Minderheit der GRPK dieser Ansicht? Wie sich dieses Jahr gezeigt hat und wie auch meine Vorrednerin Tanja Bösch schon erwähnt hat, waren für die Berechnung des ursprünglichen Tariffreglements gewisse Annahmen zu tief angesetzt. Zum Beispiel bei der Anzahl der betreuten Kinder, bei der Betreuungszeit, aber auch vor allem bei den steuerbaren Einkommen. Da hat man nämlich festgestellt, dass bei den veranschlagten Fr. 72'500.00 im Schnitt die steuerbaren Einkommen tatsächlich bei Fr. 37'400.00 liegen.

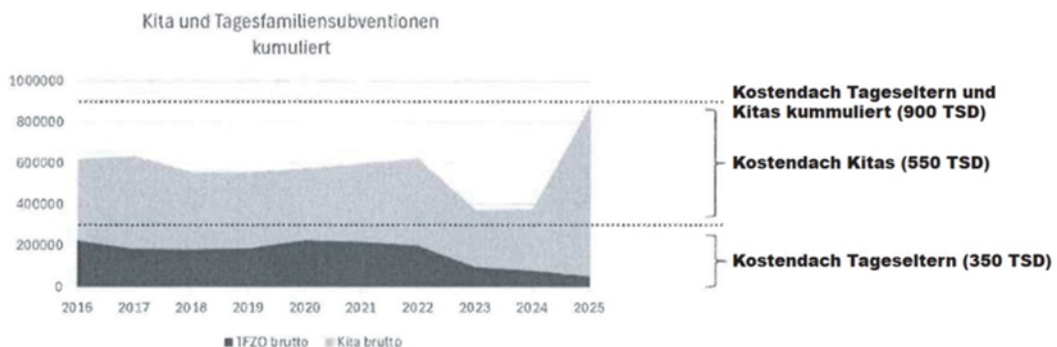
Das hat zu deutlich höheren Kosten als budgetiert geführt und die aktuelle Hochrechnung für das Jahr 2025 geht von Kosten von Fr. 825'000.00 aus. Auf den 1. August dieses Jahres wurde darum das Tariffreglement aufgrund der erhöhten Familienabzüge bei den Steuern bereits ein erstes Mal angepasst. Im Rahmen des Austauschs zur Jahresrechnung 2025 wurde die GRPK durch den Stadtrat bereits über die Anpassung des Reglements wie auch über die Entwicklung der Kosten informiert. Diese Transparenz wurde von allen Mitgliedern der GRPK sehr geschätzt. Bei seinem Beschluss zum Elternbeitragsreglement 2016 hat der Gemeinderat entschieden, dass als Sicherungsmassnahme bei einer Überschreitung des Kostendachs von Fr. 550'000.00 im Folgejahr ein neuer Antrag gestellt werden soll. Aus den rechtlichen Abklärungen des Stadtrats mit dem Rechtsanwalt Büro Bratschi und dem Gemeindeamt geht klar hervor, dass das Kostendach insofern verpflichtend ist, dass bei einer Überschreitung nicht das Tätigen von Ausgaben beschränkt werden soll, sondern im Gegenteil, der Stadtrat darf, beziehungsweise muss diese Subventionen weiterhin ausrichten.

Denn laut dieser Einschätzung sind die Ausgaben dringlich budgetmässig gebundene Ausgaben, auch – und das gilt es besonders hervorzuheben – wenn sie das bestehende Kostendach überschreiten. Es besteht also nur die Pflicht zu einer Neu beurteilung von diesem Geschäft im Folgejahr, also 2026. Im Gutachten wird dementsprechend klar festgehalten: 'die Vorlagepflicht ist erfüllt, wenn der Stadtrat dem Gemeinderat die Kostenüberschreitungen zusammen mit der Jahresrechnung 2025 zur Genehmigung vorlegt und sie dabei begründet'.

\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Brutto-Ausgaben Kita- und Tagesfamiliensubventionen 2016 - 2025

Stadt Dübendorf



Finanzielle Ausgangslage

56

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

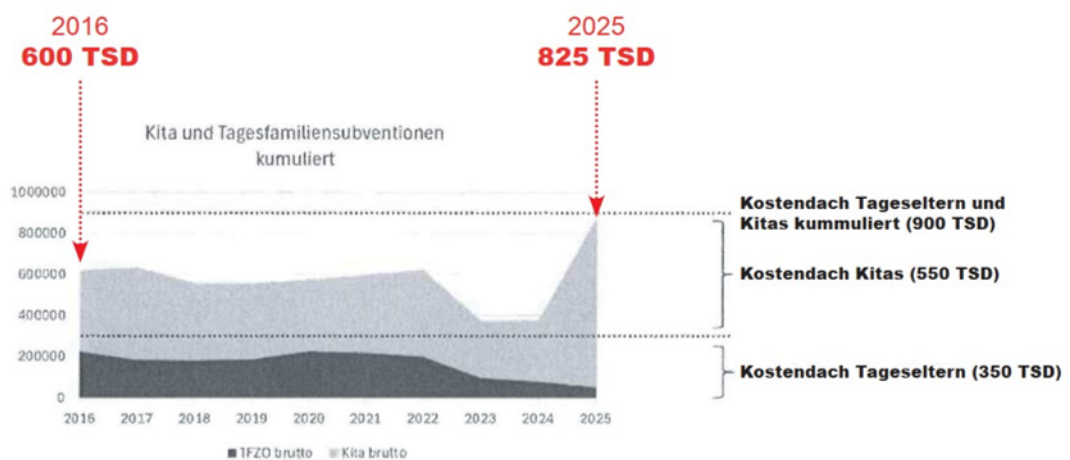


Neben den Subventionen für Kitas ist für die Betreuung in Tagesfamilien ein zusätzliches Kostendach von Fr. 350'000.00 eingestellt. Aus einer reinen Ausgabensicht ergibt das theoretisch ein kumuliertes Kostendach von Fr. 900'000.00 für die familienergänzende Betreuung insgesamt.

\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Brutto-Ausgaben Kita- und Tagesfamiliensubventionen 2016 - 2025

Stadt Dübendorf



Finanzielle Ausgangslage

57

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

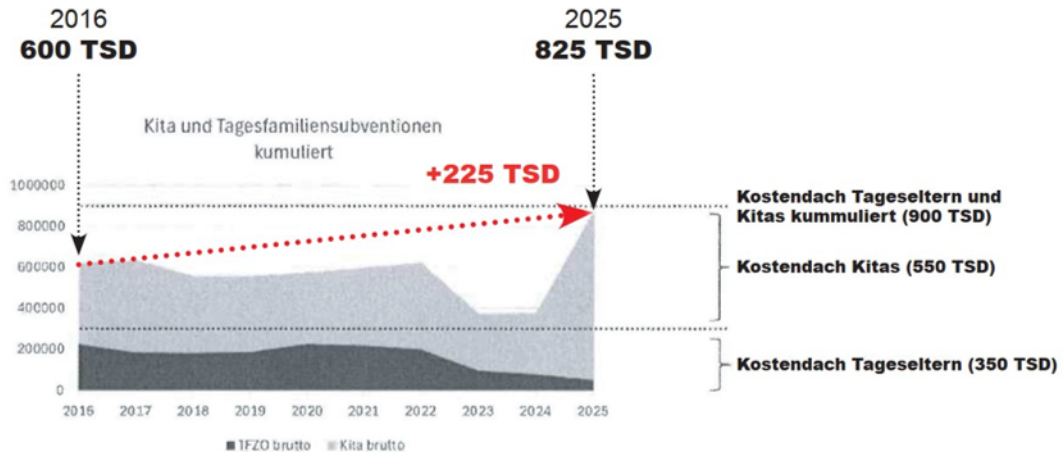
Diese Kosten sind seit 2016, sieht man da, um Fr. 225'000.00 auf Fr. 825'000.00 gestiegen und liegen damit sogar noch innerhalb von dem theoretischen kumulierten Kostendach.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Brutto-Ausgaben Kita- und Tagesfamiliensubventionen 2016 - 2025

Stadt Dübendorf



Finanzielle Ausgangslage inkl. Hochrechnung 2025

58

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Effektiv waren die Subventionsausgaben bei den Tagesfamilien noch Fr. 53'000.00. Wir haben also bei den Kitas 2025 zwar eine Überschreitung des Kostendachs von Fr. 275'000.00, umgekehrt haben wir aber bei den Tageseltern eine Unterschreitung des Kostendachs von Fr. 297'000.00. Zusammen mit der Bevölkerungsentwicklung und der gerade erwähnten Verschiebung zu den Kitas zwischen 2016 und 2025 erscheint also die Erhöhung der Beiträge für Kitasubventionen weitaus weniger dramatisch. Aufgrund der rechtlichen Abklärungen und der beschriebenen Verschiebung bei diesen Ausgaben ist es darum für die GRPK-Minderheit schwer verständlich, wieso der Stadtrat nun dermassen mit einer Reglementsanpassung vortprescht, anstatt, wie eigentlich ja auch vorgesehen, die Überschreitung im kommenden Jahr im Rahmen der Jahresrechnung zu begründen und dann einen neuen Budgetantrag zu stellen. So viel zu den Rahmenbedingungen dieses Geschäfts.

Doch was würde eine Budgetanpassung auf Fr. 800'000.00 überhaupt bedeuten? Der Vorschlag der GRPK-Mehrheit bedeutet eben nicht, dass der Status Quo mit dem jetzt gültigen Reglement vom 1. August 2025 beibehalten werden kann, sondern nein, sie bedingt zwingend die vom Stadtrat beschlossene Tarifreglementsanpassung per 1. April 2026. Sprich, die Subventionen werden noch geringer und die Elternbeiträge werden steigen. Mit dieser erneuten Tarifanpassung, gerade einmal acht Monate nach der letzten, ist sowohl für die Eltern, aber auch für die Betroffenen und für die Kitas die Planungssicherheit nicht gegeben, womit sich die Stadt Dübendorf aus unserer Sicht nicht gerade als ein verlässlicher Partner profiliert. Kommen wir noch zu ein paar konkreten Zahlen.

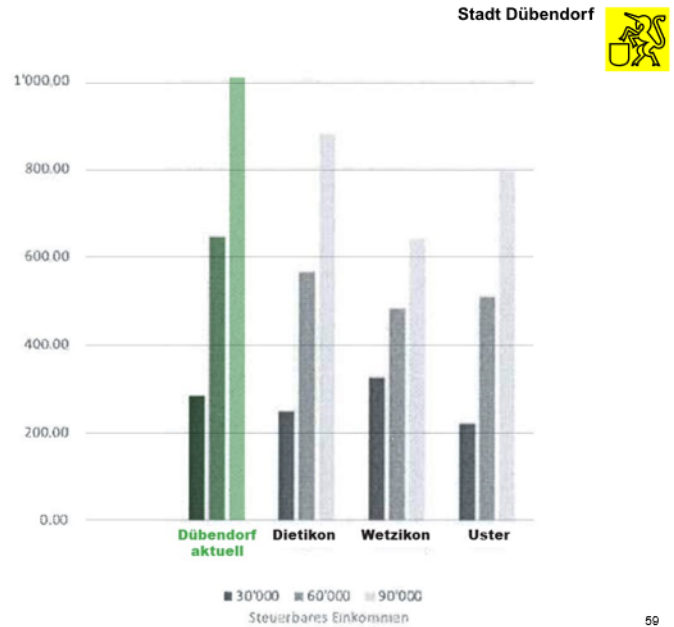


\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Elternbeitrag pro Monat und Kind

2 Elternteile / 2 Kinder

aktuelles Reglement  
Dübendorf im Gemeindevergleich



59

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Der Blick auf vergleichbare Gemeinden wie Uster, Wetzikon oder das auch im zugrundeliegenden Postulat von 2019 als Vergleich herangezogene Dietikon zeigt klar, dass Dübendorf bereits jetzt zu den Gemeinden gehört, die am wenigsten Subventionen ausrichten und in denen die Elternbeiträge bei fast allen Tarifstufen am höchsten sind. Und das, obwohl Dübendorf über die höchste pro Kopf Steuerkraft von diesen Gemeinden verfügt. Die vom Stadtrat beschlossene Anpassung des Tarifreglements per 1. April 2026 bedeutet eine Kürzung pro Elternteil und pro Kind. Also eine Kürzung bei den Abzügen pro Elternteil um rund zwei Drittel und pro Kind um rund 50 Prozent, eine Erhöhung des verwendeten Steuersatzes von 1,49 auf 1,6 Promille und eine Erhöhung des Grundbeitrags von Fr. 22.00 auf Fr. 27.00 Franken, was natürlich, wie man sich ausrechnen kann, zu einer massiven Erhöhung in allen Tarifstufen führen wird.

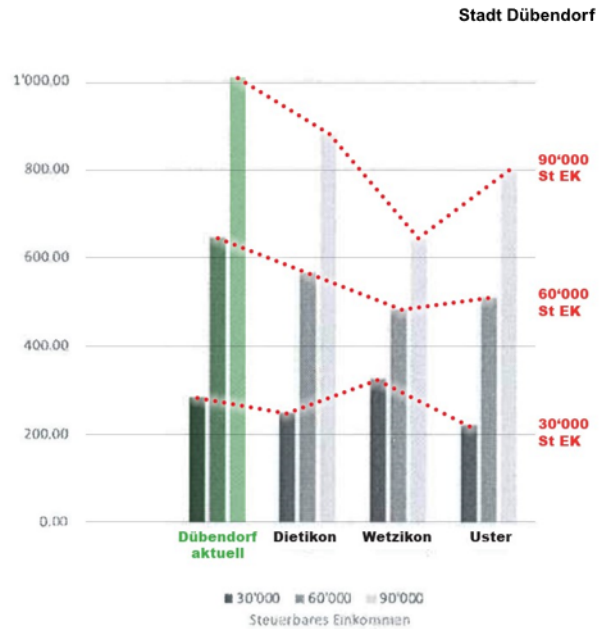


\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Elternbeitrag pro Monat und Kind

2 Elternteile / 2 Kinder

aktuelles Reglement  
Dübendorf im Gemeindevergleich



60

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Hier sehen wir noch einmal den Vergleich mit den anderen Gemeinden jeweils nach Fr. 30'000.00, Fr. 60'000.00, Fr. 90'000.00 steuerbares Einkommen.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

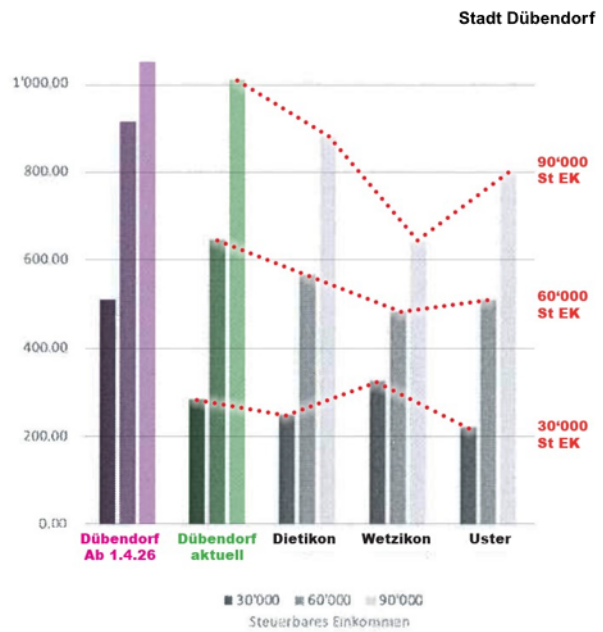
## Elternbeitrag pro Monat und Kind

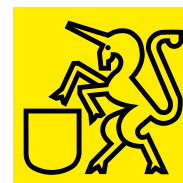
2 Elternteile / 2 Kinder

Reglementsanpassung  
auf den 1.4.2026  
im Vergleich

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Und das mit dem neuen Tarifreglement.



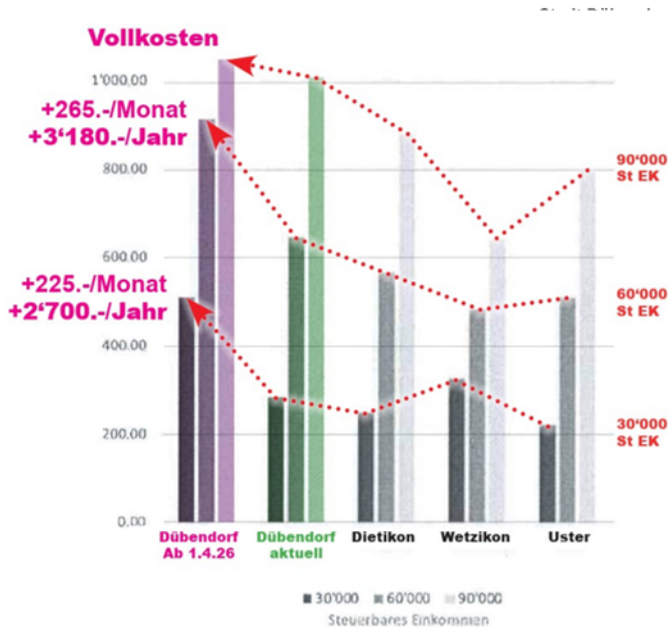


\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Elternbeitrag pro Monat und Kind

2 Elternteile / 2 Kinder

Reglementsanpassung  
auf den 1.4.2026  
im Vergleich



62

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Bei Einkommen von 30'000 Franken würde es zu einer Erhöhung von Fr. 225.00 pro Kind und Monat kommen, was fast einer Verdoppelung entspricht und für eine Familie bestehend aus zwei Elternteilen und zwei Kindern zu Mehrkosten von Fr. 5'400.00 und insgesamt Kosten von Fr. 12'216.00 pro Jahr führen wird. Bis anhin sind das Fr. 6'816.00. Bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 60'000.00 wäre das entsprechend eine Erhöhung um Fr. 6'360.00 pro Jahr und damit jährliche Elternbeiträge von Fr. 21'888.00, also eine massive Verschlechterung der Beitragsbedingungen und eine finanzielle Mehrbelastung für die Eltern.

Das kann unter Umständen dazu führen, dass die familienergänzende Betreuung gar nicht mehr in Anspruch genommen wird und damit das eigentliche Kernanliegen von dem, nämlich dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie beziehungsweise Chancengleichheit gefördert wird, verpasst wird. So werden die falschen Anreize gesetzt, nämlich anstatt die Erwerbstätigkeit zu fördern, erschwert man sie und man hindert den Eintritt in die Erwerbstätigkeit, anstatt diesen zu fördern. Ein weiterer wichtiger Punkt bei diesem Geschäft, der zu beachten gilt, ist, dass die Primarschulpflege zwar dem Antrag von Fr. 800'000.00 zugestimmt hat, aber ausdrücklich festgehalten hat, dass, falls der Gemeinderat die Budgeterhöhung auf Fr. 1,05 Millionen genehmigen würde, die Primarschulpflege einen Rückkommensantrag an den Stadtrat stellen würde zur Aufhebung des bereits beschlossenen Tarifreglements.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Fazit

Stadt Dübendorf



- Durch die Einstellung eines Betrages von 1.05 Millionen CHF im Budget 2026 hat der Stadtrat die Möglichkeit auf die vorgesehene Tarifierhöhung per 1.4.2026 zu verzichten, so dass das bestehende TR beibehalten und die Kostenentwicklung weiter beobachtet werden kann.
- Mit der von der GRPK-Mehrheit vorgeschlagenen Variante (CHF 800'000 CHF) wird die Tarifierhöhung des Stadtrates im Budget gestützt und die Betreuungstarife per 1. April angepasst. Die Elternbeiträge pro Betreuungsverhältnis in den Kitas würden damit pro Monat gerade bei niedrigen Einkommen drastisch verteuert.

63

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Zu meinem Schlussfazit: Durch die Einstellung eines Beitrags von Fr. 1,05 Millionen im Budget 2026 hat der Stadtrat die Möglichkeit, auf die vorgesehene Tarifierhöhung per 1. April 2026 zu verzichten, so dass das bestehende Tarifreglement beibehalten und die Kostenentwicklung weiter beobachtet werden kann. Mit der von der GRPK-Mehrheit vorgeschlagenen Variante mit einem Budget von Fr. 800'000.00 wird die Tarifierhöhung vom Stadtrat im Budget gestützt und es würde zu der entsprechenden Anpassung per 1. April 2026 kommen. Die Elternbeiträge pro Betreuungsverhältnis in den Kitas würden damit pro Monat gerade bei niedrigen Einkommen, wie wir vorhin gesehen haben, drastisch steigen. Die Kosten, von denen man da redet, nämlich die Fr. 1,05 Millionen Franken sind im Gemeindevergleich immer noch sehr tief. Gerade Uster zum Beispiel hat kürzlich eine Erhöhung von diesem Budget auf Fr. 2,6 Millionen Franken beschlossen und die bestehenden Elternbeiträge sind praktisch nahezu mit allen Tarifstufen und so weiter mit Abstand die höchsten.



\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Fazit

Stadt Dübendorf



- Die Kosten von 1.05 Millionen sind im Gemeindevergleich immer noch sehr tief, während die Elternbeiträge bereits im bestehenden TR mit Abstand die höchsten sind.
- Unterstützung für die familienergänzende Betreuung ist eine Investition in die Zukunft, in die Chancengleichheit unserer Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

64

\*\*\*Fortsetzung Votum\*\*\*

Ich komme zum Schluss. Die Unterstützung für die familienergänzende Betreuung ist eine Investition in die Zukunft, in die Chancengleichheit von unseren Kindern und in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die GRPK-Minderheit beantragt deshalb die Erhöhung des budgetierten Beitrags auf 1,05 Millionen Franken für 2026 und fordert den Stadtrat auf, bei der Annahme dieses Minderheitsantrags seinen Beschluss zum Tarifreglement in Wiedererwägung zu ziehen und auf die vorgesehene Tarifierhöhung per 1. April 2026 zu verzichten. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie sehr, dem Antrag der GRPK-Minderheit zuzustimmen und die Unterstützung für Familien und Kinder in Dübendorf zu gewähren.»

### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Der Stadtrat hat Ihnen in diesem Geschäft keinen Budgetantrag gestellt. Diese Frage ist auch gekommen. Der Grund ist, der Stadtrat hat noch nie im Nachgang, wenn ein Budgetposten sogenannten nach Verabschiedung vom Budget gekommen ist, eine Erhöhung oder eine Veränderung vom Budgetposten dem Gemeinderat beantragt, sogenannte Novemberbriefe, wie man im Kantonsrat und Regierungsrat kennt, sondern hat die GRPK transparent informiert, wie die Situation ist und dass der Stadtrat einer Erhöhung von Fr. 300'000.00 auf Fr. 800'000.00 folgen würde. Und das ist der Antrag der GRPK-Mehrheit, den der Stadtrat auch unterstützt. Ich blende jetzt aber schnell zurück. Wir haben das Geschäft als Stadtrat und Gemeinderat behandelt.

Und damals, als man das Geschäft mit dieser Verordnung verabschiedet hat, auch mit diesen Kennzahlen, ist man davon ausgegangen, dass in einem Vollausbau, also wenn dann wirklich all die 300 bis 350 Kinder, die man im Vollausbau erwartet, dass das die Stadt Dübendorf etwa 1 bis 1,2 Millionen Franken pro Jahr kosten würde. Man ist weiter davon ausgegangen im Budget 2025, dass das etwa Fr. 280'000.00 Franken kosten dürfte im Budget 2025, das haben wir auch budgetiert, und dass so die halbe Million, die wir als Kostendach drin haben, dass man die wahrscheinlich etwa 2027 erreicht. Und wir haben damals eigentlich auch ausgeführt zu dem Zeitpunkt, der Stadtrat müsste dann rechtzeitig dem Gemeinderat eine entsprechende Anpassung oder Erhöhung von dem Kostendach beantragen, falls dann das Kostendach in die Nähe von der Reizung kommt.



Fakt ist, wir haben Mitte Jahr feststellen müssen, dass das Modell ein Komplettversagen ist, dass wir von falschen Voraussetzungen auch alle zusammen, sei das der Stadtrat als auch der Gemeinderat entschieden haben. Wir haben rund eine Hochrechnung abgeschätzt bekommen von 0,9 Millionen, also das Drei- bis Vierfache von dem, was wir budgetiert haben auf dem Posten. Gleichzeitig muss man festhalten, beim Vollausbau, bei dieser Modellrechnung weitergerechnet, reden wir von 3 bis 4 Millionen Gesamtkosten, die auf die Stadt Dübendorf zukommen könnten, wenn man das so laufen lässt, also das Drei- bis Vierfache von dem, was man damals dem Gemeinderat gesagt hat, dass es etwa kosten würde. Und wenn es in diese richtige Richtung gehe, käme man entsprechend mit einem neuen Kostendach, das dann irgendwo politisch definiert wird. Was ich auch in Abrede stellen möchte, es ist ein kapitaler Fehler passiert mit dieser Einkommenssituation.

Das Modell hat dort eine falsche Annahme getroffen und das ist der grösste Trigger. Das hat der Stadtrat zwar gewusst, wurde aber auch von externen Experten beraten. Es wurde klar gesagt, dass das in anderen Orten auch so sei und wir sind davon ausgegangen, Dübendorf ist nicht völlig anders als andere Gemeinden. Im Nachhinein ist es nicht so, sondern das war eine falsche Zahl, die wir da eingesetzt haben. Was aber nicht stimmt, was jetzt von zwei Rednern gesagt wurde, ist, dass die Anzahl Kinder massiv anders sei. Wir sind im Budget von rund 72 Kindern durchschnittlich ausgegangen, also von durchschnittlich Mittelfamilien, jetzt ist es 78. Also das erklärt die Abweichung nicht. Das eindeutig steuerbare Einkommen erklärt diese Abweichung. Was hat der Stadtrat in dieser Situation gemacht?

Er hat eigentlich gesagt, ja, wir haben eigentlich gar keine Mittel, um das zu machen, wir haben keine Kompetenzen, wir müssen eigentlich etwas unternehmen und haben entsprechend relativ viele Varianten diskutiert. Der Stadtrat hat eigentlich gesagt, eine gute halbe Million, das haben wir, das ist eine Variante, das hier haben wir angeschaut, was das bedeuten würde auf die KiBeVo. Wir haben weitere Varianten angeschaut, die Sie jetzt gehört haben, die Fr. 800'000.00. Es hat auch weitere Varianten gegeben, wenn wir nichts machen, habe ich auch ausgeführt, was das etwa bedeuten könnte. Der Stadtrat war der Meinung, dass er handeln muss und hat das auch noch einmal so verschoben. Wir wollten eigentlich ursprünglich auf 1. Januar 2026 handeln. Wir haben dann gesagt, das sei zu kurzfristig wegen der ganzen Publikation und so weiter. Wir schieben das auf den 1. April, damit man da genügend Zeit hat, das entsprechend umzusetzen und den Leuten die Konsequenzen auch aufzeigen kann. Und die Eckwerte, die dann eigentlich aus dem Modell wieder herauskämen, wären, dass man eben mit diesen Änderungen rund in einem Vollausbau von 2 bis 2,5 Millionen Franken spricht, also immer noch rund das Doppelte von dem, was wir damals mit dem Budget 2025 beziehungsweise bis mit dem Beschluss gemacht haben. Aber da war der Stadtrat der Meinung, auf Fr. 500'000.00 Franken zurückgehen mit den Konsequenzen, die Fr. 1,2 Millionen einzuhalten über alles, das wäre ein markanter Einschnitt und hat sich dann nach langem, zähem Ringen einfach auch durchgerungen zu einer Massnahme, die etwas weh tut, aber nicht so weh, wie es eigentlich müsste aufgrund der Kompetenzen, die dem Stadtrat vorgelegen sind. Ich möchte auch ausdrücklich betonen, was jetzt heute da noch nicht gesagt wurde.

All diese Grafiken und Zahlen basieren darauf, bevor die steuerbaren Einkommen, Kita-Abzüge, markant erhöht worden sind auf kantonaler und eidgenössischer Ebene. Das heisst, das steuerbare Einkommen, das damals, als wir das gemacht haben, Fr. 92'000.00 war, ist in der Modellfamilie noch bei Fr. 80'000.00, eines, das bei Fr. 82'000.00 war, ist noch Fr. 70'000.00, eines, das bei Fr. 68'000.00 war, ist noch Fr. 60'000.00 und etwas, das was Fr. 54'000.00 war, ist noch Fr. 50'000.00 und jetzt hört man richtig, die bei Fr. 40'000.00, Fr. 30'000.00 und Fr. 20'000.00 haben keinen Steuerlichen Effekt dadurch. Das heisst die Kürzung dort unten, darum sind die auch moderater ausgefallen, haben keinen steuerlichen Impact, weil die nicht mehr abziehen können, weil sie haben schon zu wenig zum Abziehen.

In dem Sinn ist auch diese Massnahme nicht eingepreist und das haben wir mit unserem Kompromiss auch angetönt, dass auch dieser Fall, seit 2024 kann man mehr abziehen, dass ab 2026 das tatsächlich dazu führen muss, dass man im oberen Mittelstand zwischen Übersubventionierung gegenüber dem alten Modell, wenn man das einfach genau gleich weiteraufen lässt, dass man dort



gegen unten korrigieren muss und unten ein bisschen weniger korrigieren muss, weil dort der Effekt geringer ist. Generell haben wir festhalten müssen, dass mutmasslich auch die Tarife, die wir angesetzt haben, sehr hohen Subventionierungen entsprechen und zum Teil der Anreiz, welchen man eigentlich hätte setzen wollen, nämlich dass gearbeitet wird, gar nicht unbedingt erreicht wird, weil wenn eine Subventionierung 80 Prozent beträgt, ist es nicht ein wahnsinnig grosser Anreiz, eigentlich dann arbeiten zu gehen, da kann man auch etwas anderes in dieser Zeit machen, wenn ja das fast nichts kostet, die Kita-Betreuung.

Ich möchte auch noch festhalten, dass auch der Finanzvorstand sich erlaubt hat, gewisse Rechnungen zu machen. Auch das Modell des Stadtrats würde dynamisch über die Jahre, es gibt ja Studien, die sagen, dass das mehr Steuereinnahmen bringt, das wird es in diesem Fall nicht sein. Es ist reine Unterstützung von sehr tiefen Einkommen, also steuerlich wird das einen negativen Effekt haben, langfristig auch dynamisch von rund 1,3 bis 1,5 Millionen Franken.

Ich komme jetzt noch zu den Kompetenzen, bevor ich noch zum letzten Punkt komme. Ich möchte auch festhalten, dass man da nicht ganz vollständig informiert ist. Wenn man die beiden Anhänge gelesen hat, muss man durchaus feststellen, dass zwar ein Rechtsgutachten tatsächlich sagt, das könnte als gebunden durchgehen, gleichzeitig aber das Gemeindeamt relativ klar festhält, dass eigentlich der Stadtrat angehalten ist zum Handeln und das eigentlich vom Parlament und vom Volk bewilligen lassen müsste. Und das sind widersprüchliche Aussagen und der Stadtrat hat eigentlich im Sinne des Pragmatismus dann Ihnen den Vorschlag unterbreitet, nämlich dass er gleichzeitig das Reglement Ihnen vorlegt und gleichzeitig sagt, statt dass wir jetzt einen Rahmenkredit beantragen, den wir zuerst ins Parlament bringen müssten, dann müsste es allenfalls ein Referendum geben, sogar obligatorisch, es gäbe eine Volksabstimmung und bis dann wüssten wir, welcher Rahmen gilt und ob er überhaupt gilt, das würde ein bis zwei Jahren gehen. Der Stadtrat hat sich für einen anderen Weg entschieden, der im juristischen, würde ich sagen, im hellgrauen Bereich ist, indem wir sagen, wenn jedes Jahr der Gemeinderat Budgethoheit hat, dann kann er bestimmen, wie viel Geld er einsetzt. Und wir haben mit einem Modell gesagt: wann wissen wir welche Daten und wann sagt der Gemeinderat, wie viel Geld er bereit ist zu geben. Und genau das ist eigentlich der Antrag des Stadtrats.

Und so gesehen wäre jetzt eigentlich der Antrag, welcher die GRPK-Mehrheit und Minderheit hat, gar nicht relevant, denn der Stadtrat hat eigentlich eine Änderung von diesen Beiträgen bereits beschlossen und eigentlich, wenn man die Einführung auf den 1. Januar machen müsste, wo man gesagt hat, es sei nicht möglich, wäre es gar nicht möglich, das zu korrigieren. Weil wir jetzt aber den 1. April haben, ist es tatsächlich noch denkbar, dass wenn jetzt der Gemeinderat heute anders entscheidet und die Schulpflege nachher einen Antrag an den Stadtrat stellt, dass man theoretisch das noch einmal diskutieren könnte. Ich möchte auch betonen, dass wir nicht sicher sind, ob die Fr. 800'000.00 für das Modell, das wir jetzt gerechnet haben, am Schluss endgültig reichen werden, weil wir bis April noch mit dem alten Modell arbeiten. Zweitens können wir nicht garantieren, dass die Fr. 1,05 Millionen, die jetzt da eingesetzt werden, ob die dann wirklich reichen.

Wir haben gesehen, wie dieses Jahr die Abweichungen waren. Es gibt auch Daten, die sagen können, es sind dann allenfalls 1,2 bis 1,3 Millionen Franken, was das kostet, wenn das Mengengerüst eben noch einmal ein bisschen ansteigt, was man ja eigentlich annehmen muss aufgrund des diesjährigen Anstiegs von 60 auf 80. In dem Sinn ist es sehr unklar, was jetzt das bedeutet. Es ist jetzt aber so, wir haben ja das schon gehört, dass die Primarschulpflege offenbar ein Rückkommen an den Stadtrat plant für den Fall, dass die Fr. 1,05 Millionen beschlossen werden. Wie wird der Stadtrat mit dem umgehen, falls sie dem Stadtrat nicht folgen, sondern Fr. 1,05 Millionen sprechen? Der Stadtrat wird Ihnen in der Januar- oder spätestens Februarsitzung, wird er das Ganze noch einmal in Diskussion ziehen und wird ergebnisoffen das noch einmal analysieren, anschauen, Kostenseite, Situation, wie man entschieden hat, was für Konsequenzen das hat und dann gestützt auf das alles entscheiden.

Also in dem Sinn, wenn Sie heute nicht dem Stadtrat folgen, was wir Ihnen beantragen, die Fr. 800'000.00, sondern der Minderheit folgen, wird der Stadtrat das noch einmal prüfen, gibt aber keine Garantie, dass sich entsprechend dann die Zahlen oder die Faktoren ändern, weil eigentlich wäre der



Input für das Budget 2027, so haben wir es auch in der GRPK informiert, dass der Stadtrat das Budget 2027, das dann als Grundlage nehmen würde, die Fr. 1,05 Millionen. Ich bitte Sie also zusammengefasst, auch nach dem, was ich ausgeführt habe, beim Antrag des Stadtrats und der GRPK-Mehrheit zu bleiben und die GRPK-Minderheit abzulehnen.»

## Diskussion

### Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

«Die Mitte / EVP Fraktion ist eine starke Befürworterin einer korrekten Budgetierung. Dass der SR auf diese Position Fr. 500'000.00 voranschlagt hat, haben wir alle gehört, entspricht nicht den Tatsachen. Wir wissen, dass der aktuelle Finanzbedarf doppelt so hoch sein wird, ob es uns gefällt oder nicht.

Wir haben in diesem Frühling eine Kinderbetreuungsverordnung verabschiedet mit dem Ziel, Familien gezielt zu entlasten. Dass in dem Antrag von falschen Annahmen ausgegangen wurde, ist zwar unschön, darf aber vom eigentlichen Ziel, Familien allgemein und Familien mit tiefen Einkommen zu entlasten, nicht ablenken. Ich möchte an dieser Stelle die Debatte nicht neu aufrollen. Dazu haben wir dann beim neuen Antrag vom Stadtrat genug Gelegenheit. Den Antrag aber im Budget 2026 schon vorwegzunehmen, ist nicht seriös und nicht die Art und Weise, wie wir in Dübendorf budgetieren.

Es geht da um das Budget 2026 und darum, die Finanzströme möglichst realistisch abzubilden. Darum werden wir den GRPK-Minderheitsantrag unterstützen und möchten, dass der Betrag auf dieser Position von Fr. 500'000.00 auf Fr. 1'050'000.00 Million Franken erhöht wird. Das ist nach den neusten Daten vom Stadtrat die korrekte Zahl und wir sollten uns an die Fakten halten. Der als Kompromiss daher kommende Antrag der GRPK ist damit Augenwischerei. Eine Budgetabweichung von Fr. 200'000.00 Franken wäre damit vorprogrammiert.»

### David Siems (Grüne)

«Ich muss jetzt ein bisschen improvisieren, Entschuldigung. Ich habe bereits am Anfang erwähnt, dass die Ausgabekosten für die Kinderbetreuung einem Viertel des durchschnittlichen Einkommens entsprechen. Der andere Faktor ist, Herr Bäumle bestreitet das, aber gut, eine vereinfachte Meinung dazu ist zumindest, dass jeder Franken, der investiert wird in die Kinderbetreuung durch den Staat in Subventionen, Fr. 4.00 Steuereinnahmen generiert nachher mittelfristig. So, wie kommen die Zahlen zusammen, was ist da die Überlegung dahinter? Sind wir ehrlich, in der Praxis ist es so, dass sich vor allem die Frauen um die Kinder kümmern, so wie sie sich ja auch in der Hauptsache um die Kranken und um die Alten kümmern und um alle möglichen sonstigen unbezahlten Care-Arbeiten. Und das hat halt auch etwas damit zu tun, weil sie ja weniger verdienen.

Dass es sich einfach in vielen Fällen gar nicht lohnt, wieder arbeiten zu gehen, am Schluss hat man dann einfach die Kosten für die Kinderbetreuung und verdient gar nicht so viel. Dadurch eben reduziert man den Erwerb oder macht sogar vielleicht eine ganze Pause und kehrt dann vielleicht nie mehr ins Erwerbsleben zurück. Aber auch wenn man zurückkehrt, das ist natürlich ein Karrieredämpfer, wenn man die Löcher hat, das heisst, das wirkt sich auch negativ auf das Einkommen aus, man bekommt keine Lohnerhöhungen, etc. und was man halt nicht verdient, ja, das kann man dann halt auch nicht versteuern, das ist eigentlich recht einleuchtend. Ein anderer Punkt ist, wir haben in der Schweiz ja doch ein bisschen Probleme mit der Demografie und das hat auch etwas damit zu tun, dass einfach Kinder zu haben wirklich teuer ist und sich viele Leute das nicht leisten können und das eigentlich zunehmend fast zu einem Luxus wird. Wie kompensiert man das? Mit Migration. Ich habe nichts gegen Migranten, aber ich glaube, ein paar Leute in diesem Saal möchten möglichst wenig Migranten in der Schweiz haben, einfach eine Anmerkung. Was heisst das? Wir verlieren Leute, die zum Teil sehr gut ausgebildet sind, die studiert haben auf Kosten des Staates., die sonst andere Ausbildungen gemacht haben, die gehen dem Arbeitsmarkt verloren und es werden Steuereinnahmen reduziert. Also es ist eigentlich sowohl ökonomisch als auch fiskalisch einfach ein Unsinn, da den Rotstift anzusetzen. Und zu guter Letzt möchte ich einfach noch einmal daran erinnern, dass wir bezüglich Entlastungsangebote ein Volksverdikt haben, vom Dübendorfer



Stimmbürger und Stimmbürgerin. 2020 haben gut 71%. 'Ja' zum Ausbau der Tagesstrukturen gesagt und doch immerhin gut 41% sogar zu der Tagesschule. Also da haben wir ein sehr starkes Volksverdict für solche Angebote und ja, es betrifft jetzt ein bisschen ältere Kinder, nicht typische Kita-Kinder, aber sinngemäss hat das doch eine gewisse Aussage. Insofern möchte ich beliebt machen, dass man der Minderheit und ihrem Antrag folgt.»

\*\*\*

Sitzungsunterbruch von ca. fünf Minuten

\*\*\*

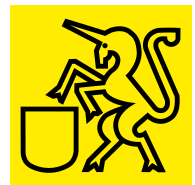
## Sofia van Moorsel (SP)

«Wir von der SP-Dübendorf setzen uns mit voller Überzeugung für eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Finanzierung der externen Kinderbetreuung ein. Und zwar, weil es für die Zukunft unserer Stadt absolut notwendig ist. Die externe Kinderbetreuung ist weit mehr als ein Service oder ein Luxus oder ein Nice-to-have für Familien. Es ist nicht so, dass dann die Leute nicht mehr arbeiten gehen, sondern zu Hause herumchillen, während ihre Kinder in der Gratisbetreuung sind. Sie ist stattdessen Grundvoraussetzung dafür, dass Eltern überhaupt arbeiten gehen können und unsere lokale Wirtschaft funktioniert. Ohne verlässliche Betreuungsplätze reduzieren Eltern ihr Pensum oder steigen ganz aus dem Arbeitsmarkt aus. Und das betrifft besonders Frauen.

Wenn wir genug und gut finanzierte Betreuungsangebote haben, sichern wir Fachkräfte, wir stärken Familien und wir schaffen eine Stadt, in der die Menschen Beruf und Familie vereinbaren können. Das sollte wirklich in unser aller Interesse sein. Aber es geht gar nicht nur um die Eltern, sondern es geht auch um die Kinder. Frühkindliche Betreuung ist der erste Schritt zum Bildungserfolg. In den Kitas lernen die Kinder die Sprache, Deutsch oftmals, sie lernen soziale Fähigkeiten und sie erhalten die Unterstützung, die es braucht für einen guten Start ins Leben. Gerade für Kinder aus finanziell belasteten Familien oder aus Familien, in denen Deutsch nicht die primär gesprochene Sprache ist, ist die Frühförderung entscheidend. Wir als Stadt tragen die Verantwortung, dass diese Kinder faire Chancen haben, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern. Umso beunruhigender ist es, dass jetzt diese Budgetkürzungen drohen. Die Fakten sind eindeutig und klar, das haben wir jetzt heute Abend schon gehört.

Nur schon um den Status Quo, also das, was wir jetzt haben, zu erhalten, müsste das Budget erhöht werden, und zwar auf Fr. 1 Million, das haben wir jetzt heute auch schon gehört. Alles darunter ist eine Verschlechterung der aktuellen Situation. Mit dem vorgeschlagenen Budget von Fr. 800'000.00 wären wieder einmal die Familien im unteren Einkommensbereich besonders betroffen. Eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von Fr. 30'000.00 müsste künftig fast doppelt so hohe Kita-Beiträge zahlen, wie heute und sie würde, damit sogar noch ein bisschen mehr zahlen als eine Familie in Wetzikon mit Fr. 60'000.00 steuerbarem Einkommen. Das ist nicht nur unsozial, das ist einfach absurd. Wir sind die viertgrösste Stadt im Kanton. Unser Budget muss und soll höher sein als das von kleineren Gemeinden und Städten im Kanton Zürich. Budgetkürzungen in der Kinderbetreuung würden unsere Stadt offensichtlich massiv schwächen.

Eltern sind gezwungen, ihr Pensum zu reduzieren, sie müssten die Kinder aus der Kita nehmen, Fachkräfte wandern ab und Kinder verlieren die wichtige frühkindliche Förderung. Eine Stadt, die Familien bestraft, verliert ihre Attraktivität und zahlt später einen mega hohen Preis. Darum ist die SP-Dübendorf entschieden gegen die als Budgeterhöhung getarnte tatsächliche klare Budgetkürzung und unterstützt den Minderheitsantrag der GRPK für eine Budgetanpassung auf Fr. 1 Million unter Beibehaltung des aktuellen Tarifreglements. Die Fr. 200'000.00 pro Jahr müssen wir uns leisten können, wenn wir gleichzeitig darüber diskutieren, den Steuerfuss um ganze 3% zu senken. Wir hoffen, dass wir heute über Parteigrenzen hinweg dafür sorgen können, dass Dübendorf eine kind- und familienfreundliche Stadt bleibt mit einer Kinderbetreuung, die für alle bezahlbar bleibt.»



## Thomas Maier (glp/GEU)

«Ich bin gerade ein bisschen verleitet zu fragen, eine kleine Abstimmung zu machen: wer kommt noch daraus in der Berechnung und was jetzt eine Kürzung und eine Erhöhung ist und wie das Reglement jetzt funktioniert? Ist glaube ich ein bisschen schwierig geworden. Und wenn ich die Rhetorik von heute Abend höre, dann stelle ich fest, im Jahr 2026 müssen, glaube ich, Wahlen sein, Gesamterneuerungswahlen von uns, oder? Weil sonst kann ich mir nicht erklären, wieso wir stundenlang über 1 Promille von unserem Budget diskutieren, wenn man alle Änderungsanträge zusammenzählt von heute Abend, sind wir etwa bei diesem Betrag. Ja, wir haben es gehört, die Fr. 500'000.00, die wir bewilligt haben, die reichen nicht mehr und wenn man das Reglement anschaut, das für das 2025 gültig ist, dann wird das Kostendach auch 2025 bereits überschritten werden.

Gemäss dem damaligen Beschluss muss der Stadtrat im Folgejahr nachher eine Anpassung vornehmen und Folgejahr bedeutet halt jetzt in diesem Zusammenhang dann nicht 2026, sondern 2027, zumindest so haben wir es in der GRPK verstanden. Im Rahmen der Behandlung von diesem Geschäft in der GRPK war für unsere Fraktion wichtig, dass wir im Budget 2026 den Betrag so einstellen können, dass die Subventionen aus dem 2025 nahtlos weitergeführt werden können. Entsprechend haben wir den Stadtrat gefragt, welches Budget wir jetzt da einstellen müssen. Leider hatte der Stadtrat lediglich die Fr. 500'000.00 eingestellt, weil er das Kostendach nicht überschreiten wollte. Allerdings weiss der Stadtrat haargenau, wir haben es ja heute schon länger gehört, dass mit dem neuen Reglement der Betrag bei weitem nicht mehr reicht.

Wir begrüssen, dass die Stadt mit dem neuen Reglement die Beiträge verbreitet und erhöht hat und so auch konkurrenzfähig wird mit anderen Städten im Kanton Zürich. Kinderbetreuung ist mittlerweile ein zentrales Element für die Standortqualität einer Gemeinde und hilft, dass beide Elternteile zu möglichst hohen Pensen im Berufsleben bleiben können. Wieso der Stadtrat dann nicht gerade den korrekten Betrag im Budget eingestellt hat, können wir bis heute nicht wirklich nachvollziehen. Wir können nur vermuten und die Debatte von heute Abend zeigt das, dass man irgendwie versucht, den Schwarzen Peter von den massiv höheren Kosten an den Gemeinderat rüberzuschieben und da eine heisse Debatte zu führen. Sei es wie es wolle, entsprechend den Angaben vom Stadtrat im Austausch mit der GRPK, mindestens so wie wir es verstanden haben, haben wir dem Antrag auf die Erhöhung auf Fr. 800'000.00 zugestimmt, in der Meinung, dass es damit im 2026 gleich weitergeht wie im 2025 und als Signal für das Budget 2027. Ein Teil von unserer Fraktion bleibt weiterhin bei dieser Ansicht. Seit ein paar Tagen gibt es allerdings das Reglement, das angepasst ist auf den 1. Januar 2026 und publiziert ist und damit klar wird, dass zwar die städtischen Ausgaben gleichbleiben, aber individuell betrachtet nicht mehr die gleichen Beträge ausbezahlt werden können, sondern sie werden reduziert. Damit das nicht passiert, müssten wir Fr. 1,05 Millionen im Budget einstellen. Ein Teil unserer Fraktion möchte sicherstellen, dass auch aus einer individuellen Perspektive die Beiträge konstant bleiben und wird daher im Rat den Antrag auf die Fr. 1,05 Millionen unterstützen. Für uns alle ist klar, dass in Zukunft das ständige Anpassen dieses Reglements ein Ende finden muss.

Die Stadt muss eine verlässliche Partnerin werden und als solche gegenüber den Familien und den Berufstätigen auftreten und nicht ein Reglement alle paar Monate wieder anpassen und wahrscheinlich, müssen wir das Reglement in Zukunft so gestalten, dass auch die Berechnung, die Grundlagen wieder nachvollziehbar sind und dass man drauskommt. Ich weiss nicht, wer wirklich noch drauskommt, wie das jetzt berechnet wird. In diesem Sinn werden wir gespalten abstimmen bei dieser Abstimmung.»

## Lukas Schanz (SVP)

«Das erste Mal muss ich auf die linke Seite sagen, ich finde es erschreckend, wie ihr immer wieder sagt, die Eltern, die sollen arbeiten gehen, sie sollen Steuereinnahmen generieren, aber sie sollen ja nicht auf die Kinder aufpassen, sondern das soll der Staat machen. Das kann ich nicht nachvollziehen. Wenn man Kinder hat, dann soll man die auch so gut wie es geht selbst betreuen und die nicht einfach abgeben. Das ist etwas, das ich nicht nachvollziehen kann und ein Familienmodell, das ich nicht unterstütze, auch wenn ich meine Kinder selbst fremdbetreuen lasse.



Aber so wie ihr redet, ist ein Kind einfach da, um am Abend und am Wochenende ein bisschen schön zu haben, wenn überhaupt. Dann möchte ich noch sagen, ein steuerbares Einkommen von Fr. 90'000.00 bei zwei Kindern, da reden wir von Fr. 230'000.00 Bruttolohn, brauchen solche Leute wirklich Subventionen?

Wir haben es gehört, die linke Seite sagt 'Ja', ich sage ganz klar 'Nein' und die SVP-Fraktion auch. Vor gut einem Jahr haben wir über die Kinderbetreuungsverordnung im Gemeinderat abgestimmt und das unter Berücksichtigung eines Kostendachs von Fr. 550'000.00, was uns auch vom Stadtrat versichert wurde. Die SVP-Fraktion hat dort schon hingewiesen, dass die Kinderbetreuungsverordnung und das Reglement unverständlich sind und hat einen Antrag gestellt, dass die Einkommenslimiten klar festgehalten werden sollen, dass wir eben nicht Familien mit Fr. 230'000.00 Bruttolohn subventionieren. So wie wir es heute haben, verteilen wir einfach Geld mit der Giesskanne. Das soll nicht sein, sondern das Geld sollen diejenigen bekommen, die es wirklich brauchen. Bekanntlich sind waren die einzige Fraktion, die einerseits eine Einkommensbegrenzung wollte und andererseits das Reglement abgelehnt hat, wie erwähnt, weil es einfach viel zu kompliziert ist.

Jetzt, etwa ein Jahr später, kommt der Antrag, man brauche mehr Geld beziehungsweise die Kosten laufen völlig aus dem Ruder. Ich frage mich, wie kann so etwas passieren? Der Stadtrat hat auch da, wir haben es gehört, einen teuren Berater beauftragt, der bereits in anderen Gemeinden Erfahrungen gesammelt hat. Hat der Berater wirklich die notwendige Qualifikation oder war es ein politisches Kalkül vom Stadtrat, weil er gedacht hat, wenn die KiBeVo mal durchgekommen ist beim Gemeinderat, dann können wir auch die höheren Kosten einfach so durchbringen. Ich denke, es war nicht ein politisches Kalkül, dann bleibt eigentlich nur noch die Variante 1, die Sache mit dem Berater. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat bezüglich Haftung des Beraters Abklärungen treffen wird, Budget hat er ja jetzt und ich gehe auch davon aus, dass kein Rappen Steuergeld weiter an diesen Berater fliesst.

Die SVP lehnt eine Erhöhung des Budgetpostens konsequent ab. Der Gemeinderat hat einer Verordnung zugestimmt und das unter dem Versprechen, das bestehende Kostendach könne eingehalten werden. Es wurde uns versprochen, wenn die Kosten überschritten werden, wird das Reglement durch den Stadtrat so angepasst, dass das Kostendach eingehalten werden kann. Wie wir gehört haben, wird das nicht gemacht. Es ist natürlich für einen Sozialvorstand äusserst unangenehm, wenn er im Wahljahr hart durchgreifen müsste und das Reglement dermassen anpassen müsste, dass die Eltern massiv weniger Geld bekommen würden, wie im Jahr 2025, weil er mutmasslich einen Berater ohne die nötigen Fähigkeiten engagiert hat. Wenn jetzt von linker Seite argumentiert wird, es gehe überhaupt nicht, dass die Eltern weniger Geld bekommen, dass man ihnen das Geld wegnimmt, dann muss man klar sagen, im Jahr 2024 haben wir noch rund Fr. 300'000.00 ausgegeben für Kinderbetreuung.

Also das heisst, wir hätten den Eltern massiv mehr Geld gegeben und würden jetzt immer noch auf ein höheres Niveau runter, als wir es 2024 hatten. Wie bereits erwähnt, verteilen wir heute Geld einfach nach dem beliebten Giesskannenprinzip. Dass die SVP damals schon darauf hingewiesen hat und die einzige bürgerliche Partei war, die die Verordnung abgelehnt hat, das spricht Bände. Wir hatten in den Jahren zuvor ein Reglement, das für alle verständlich war und das funktioniert hat. Sicherlich hätte es in diesem Reglement auch gewissen Anpassungsbedarf gegeben. Aber jetzt haben wir ein Reglement, das niemand mehr versteht. Nicht einmal der Stadtrat und sein teurer Berater wissen, was uns das am Schluss wirklich kosten wird. Das mussten wir jetzt spüren. Wir hatten ein Reglement, das von Politikern gemacht wurde, den man in Form eines Kompromisses ausgearbeitet hat, ohne irgendwelche externe Berater, die viel Geld kosten.

Es ist mir bewusst, dass es viel Mut braucht, um wieder zurückzugehen und das Reglement, das wir heute haben, in den Kübel zu rühren und wieder ein brauchbares Reglement hervorzunehmen, das auch die Eltern verstehen. Denn ich habe viel Kontakt mit den Eltern, die zu mir kommen und sagen, jetzt bekomme ich schon wieder neue Subventionen, ich verstehe nicht, was da vor sich geht und da muss ich sagen, ich auch nicht, ich verstehe es nämlich selbst auch nicht. In diesem Sinn, meine



Damen und Herren, die SVP wird die Erhöhung auf Fr. 800'000.00 ablehnen. Wir werden auch die Erhöhung auf Fr. 1,05 Millionen ablehnen. Wir werden bei der Ausmerzung selbstverständlich dem Antrag der GRPK-Mehrheit zustimmen, den aber im Anschluss ablehnen.»

## Roger Gallati (FDP)

«Wir haben heute Abend von Seiten der Fraktion Die Mitte/EVP wie auch von Seiten der Fraktion der SP gehört, dass wir doch bitte das Budget den Fakten anpassen sollen. Wir leben aber im Rechtsstaat. Und in einem Rechtsstaat hat ein Budget sich an das Recht zu halten und Artikel 15 unserer Gemeindeordnung sieht ganz klar vor, dass die Grundsätze der Bemessungsgrundlagen in der Kompetenz des Gemeinderates liegen. Der Gemeinderat hat, wir wissen das alle, 'Ja' gesagt zur Kinderbetreuungsverordnung und zwar explizit zusammen mit einem Kostendach von Fr. 550'000.00 Franken. Das Kostendach ist als Ausdruck der Finanzkompetenz und der Budgethoheit des Gemeinderates zu respektieren. Es ist nicht so, dass beide Rechtsgutachten zum gleichen Schluss gekommen sind. Es stimmt, dass das Gutachten Bratschi der Meinung ist, dass man höchstwahrscheinlich das irgendwie alles so quasi als gebunden anschauen kann.

Allerdings ist es eindeutig so, dass das Gemeindeamt, und zwar nicht irgendjemand vom Gemeindeamt, sondern dort ein Rechtsdienst ziemlich klar zum Schluss kommt, dass das Kostendach von Fr. 550'000.00 ab dem 1. Januar 2026 zwingend einzuhalten ist. Der Weg, den der Stadtrat jetzt gehen will mit einer Revision der Kinderbetreuungsverordnung und gleichzeitig einer heute auch zum Ausdruck gebrachten Zustimmung zu einer Budgeterhöhung auf Fr. 800'000.00 ist am Schluss irgendwo durch ein realpolitischer Kompromiss, der auch die beiden unterschiedlichen Rechtsgutachten berücksichtigt. Wir von der FDP-Fraktion tragen diesen Kompromiss, sprich eine Erhöhung um Fr. 300'000.00 auf Fr. 800'000.00, mit. Wenn aber der Gemeinderat der GRPK-Minderheit folgt, dann müssen wir uns bewusst sein, dass wir dann riskieren, dass es eine rechtliche Anfechtung gibt und dass dann über die nächsten Jahre bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung das Kostendach von Fr. 550'000.00 fixiert und sakrosankt bleibt, bis allenfalls anders entschieden wurde. In dem Sinn bitte ich den Gemeinderat, uns alle da wirklich Vernunft walten zu lassen und dem Antrag der GRPK-Mehrheit zu folgen.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## **Abstimmungen**

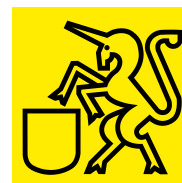
### Gegenüberstellung der beiden Änderungsanträge

Es werden die beiden Änderungsanträge der GRPK-Mehrheit, Erhöhung auf Fr. 800'000.00, und der GRPK-Minderheit, Erhöhung auf Fr. 1'050'000.00, einander gegenübergestellt.

Der Gemeinderat unterstützt dabei den Änderungsantrag der GRPK-Minderheit mit 16 zu 15 Stimmen.

### Gegenüberstellung Änderungsantrag GRPK-Minderheit und Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat hat den Änderungsantrag der GRPK-Minderheit, Erhöhung des budgetierten Betrages um Fr. 550'000.00 auf Fr. 1'050'000.00, mit 20 zu 15 Stimmen angenommen. Der Budgetposten wird somit auf 1'050'000.00 erhöht.



## Siebter Änderungsantrag: Schulliegenschaften und -Anlagen – Einlagen in Vorfinanzierungen des Eigenkapitals

### *Konto 7100.389300 (Schulliegenschaften und -Anlagen) Einlagen in Vorfinanzierungen des Eigenkapitals*

Antrag Stadtrat	Fr.	3'500'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	3'320'000.00	(Abweichung: - Fr. 180'000.00	
Neuer Antrag	Fr.	3'070'000.00	(Abweichung: - Fr. 430'000.00	S)

Aktuell ist auf dem Konto Einlagen in die Vorfinanzierung des Eigenkapitals, ein Betrag von Fr. 3'500'000.00 vorgesehen. Damit kein Aufwandüberschuss resultiert, muss der Betrag reduziert werden. Tanja Bösch hat angekündigt, den entsprechenden Änderungsantrag zu stellen, weil der Betrag vom GRPK-Änderungsantrag somit nicht mehr die korrekte Reduktion aufweist. Kommissionspräsidentin Tanja Boesch (die Mitte/EVP) wird den Änderungsantrag der GRPK sowie den neuen Änderungsantrag vorstellen.

### Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

«Wir kommen jetzt zum Konto Vorfinanzierung des Eigenkapitals und das wäre vorgesehen für das Schulhaus Birchlen. Eine Vorfinanzierung darf nur dann stattfinden, wenn das Budget im Plus ist. Das heisst, wir müssen jetzt die Vorfinanzierung um Fr. 430'000.00 kürzen. Das wäre der Antrag der GRPK. Und neu wäre es dann die Vorfinanzierung Fr. 3'070'000.00.»

Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU) merkt an, dass es umgekehrt ist, der ursprüngliche GRPK-Antrag ist eine Reduktion um Fr. 180'000.00 und der neue Antrag von Tanja Boesch (die Mitte/EVP) ist eine Reduktion um Fr. 430'000.00. GRPK-Präsidentin Tanja Boesch (die Mitte/EVP) stimmt ihm zu.

### **Diskussion**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

### **Abstimmungen**

#### Gegenüberstellung der beiden Änderungsanträge

Es werden die beiden Änderungsanträge der GRPK, Reduktion um Fr. 180'000.00, und von Tanja Boesch (die Mitte/EVP), Reduktion um Fr. 430'000.00, einander gegenübergestellt.

Der Gemeinderat unterstützt dabei den Änderungsantrag von Tanja Boesch (die Mitte/EVP) mit 35 zu 0 Stimmen.

#### Gegenüberstellung Änderungsantrag Tanja Boesch (die Mitte/EVP) und Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat hat den Änderungsantrag von Tanja Boesch (die Mitte/EVP), Reduktion des budgetierten Betrages um Fr. 430'000.00 auf Fr. 3'070'000.00, mit 35 zu 0 Stimmen angenommen. Der Budgetposten wird somit auf 3'070'000.00 reduziert.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt Kapitel 7 Bildung als genehmigt.



## **Zwischenabstimmung betreffend Erfolgsrechnung**

**Der Gemeinderat stimmt der Budgetierung betreffend Erfolgsrechnung mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig mit 36 zu 0 Stimmen zu.**

### **Detailberatung Investitionsrechnung**

#### **Kapitel 1 Präsidium**

Zu diesem Kapitel gibt es von der GRPK keinen Änderungsantrag. Da keine anderen Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 1 Präsidium der Investitionsrechnung als genehmigt.

#### **Kapitel 2 Finanzen**

Zu diesem Kapitel gibt es von der GRPK keinen Änderungsantrag. Da keine anderen Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 2 Finanzen der Investitionsrechnung als genehmigt.

#### **Kapitel 3 Hochbau**

Zu diesem Kapitel gibt es von der GRPK keinen Änderungsantrag. Da keine anderen Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 3 Hochbau als genehmigt.

#### **Kapitel 4 Tiefbau**

##### **Erster Änderungsantrag der GRPK: Unterhalt – Städtlikreuzung, Sanierung**

*Konto 4600.501000 IR00128 (Unterhalt – Strassen und Verkehrswege) Städtlikreuzung, Sanierung*

Antrag Stadtrat	Fr.	50'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	50'000.00 S)

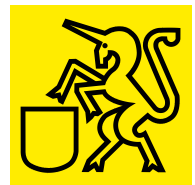
Tanja Boesch (die Mitte/EVP), Kommissionspräsidentin der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

##### **Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin**

«Eine GRPK-Mehrheit beantragt die Streichung von diesen Fr. 50'000.00, und zwar mit folgender Begründung. Ich muss so sagen, die war damals während dieser Sitzung aktuell. Die Situation für Velofahrende auf der Städtlikreuzung ist aktuell sehr unbefriedigend und sogar gefährlich. Eine reine Eins-zu-Eins-Sanierung bringt keine Verbesserung. Der Stadtrat argumentiert in seiner Antwort auf eine entsprechende Frage von uns, dass der Strassenraum im Projektperimeter innerhalb von den nächsten zehn bis 15 Jahren voraussichtlich neu gestaltet werde und auf diesen Zeitpunkt hin genügend Zeit für eine Verbesserung für Velofahrende und einem grösseren Eingriff in den Strassenraum bleibe. Aus unserer Sicht ist das eine unbefriedigende Situation, schon seit Jahrzehnten klar und ein Zeithorizont von weiteren 10 bis 15 Jahren für eine Verbesserung nicht akzeptabel. Wir schlagen in den nächsten Jahren eine Komplettsanierung vor und können uns daher für die kurzfristige Massnahme an der Lichtsignalanlage und am Belag sparen. Also die GRPK beantragt, die Fr. 50'000.00 zu streichen.»

##### **Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)**

«Der Stadtrat bittet Sie, die Fr. 50'000.00 drin zu lassen. Also mal einfach grundsätzlich, das Lichtsignal ist relativ alt, Jahr 2002. Ersatzteile gibt es nicht mehr. Es besteht irgendwann das Risiko eines Ausfalls und der Stadtrat müsste dann handeln. Zusätzlich wird das Projekt koordiniert mit anderen Werken, insbesondere auch mit der Glattwerk und zum Teil auch Wasserversorgung. In dem Sinn, wahrscheinlich wird das relativ bald gemacht werden müssen. Jetzt Fr. 50'000.00 streichen



heisst nicht, dass man für Fr. 50'000.00 das Lichtsignal saniert, sondern für Fr. 50'000.00 wird projektiert. Also wenn man jetzt die Projektierung rausstreicht, ist das eigentlich ein bisschen ein Schildbürgerstreich, weil der Auftrag wäre dann, gar nichts zu machen. Ich habe jetzt den Gemeinderat, das verstehe ich so in seiner GRPK-Mehrheit oder, glaube ich, einstimmig, dass man nicht will, dass nur eine Eins-zu-Eins-Sanierung umgesetzt und geprüft wird, sondern dass man auch eine Sanierung anschaut, die für Velofahrer eine Verbesserung bringt.

Der Stadtrat würde also eine Kürzung des Postens nicht quittieren mit nichts machen in den nächsten zwei Jahren und einfach nicht projektieren, bis vielleicht das Signal auseinanderfällt, sondern er würde verstehen, dass wir die Projektierung wahrscheinlich auf die eigene Kappe trotzdem machen müssten und das aber auch unter Einbezug von diesen Anliegen, die jetzt vom Gemeinderat kommen. Aber eigentlich wäre es besser, wenn heute der Gemeinderat jetzt flexibel wäre, die Fr. 50'000.00 nicht zu streichen, die wir sonst auf unsere Kappe nehmen müssten und mit dem Hinweis, der von der GRPK gekommen ist, der Stadtrat zusichert, dass er diese Frage noch einmal ernsthaft prüft, eben nicht nur einfach einen Eins-zu-Eins-Ersatz, sondern die Geschichte mit den Velos anschaut. Aber wirklich, die Streichung von diesen Fr. 50'000.00 für die Projektierung ist eigentlich kontraproduktiv. Aber noch einmal, auch wenn ihr es streicht, wir haben verstanden, was grundsätzlich die GRPK wahrscheinlich sich wünscht und würden dann entsprechend auch da, wie bei allen Streichungsanträgen, versuchen, das umzusetzen, was das Parlament von uns erwartet. Aber der Stadtrat bittet Sie, die Fr. 50'000.00 Franken stehen zu lassen.»

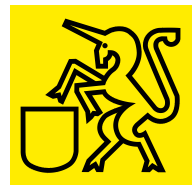
## Diskussion

Thomas Maier (glp/GEU)

«Kommen wir jetzt noch draus? Also ich habe verstanden in der GRPK, dass ihr eine Sanierung der Lichtsignalanlage plant und das hat eine Diskussion ausgelöst bei uns und der Antrag ist entstanden und so habe ich auch die Diskussion in der GRPK wahrgenommen respektive den einstimmigen Entscheid, den wir in der GRPK gefällt haben zu dem Betrag, dass wir eben nicht eine Eins-zu-Eins-Sanierung möchten, sondern dass wir die Gesamtsituation noch einmal überdenkt haben möchten. Tanja hat vorher unsere Begründung vorgelegt, ich muss sie nicht wiederholen, und ja, ihr habt uns im Vorfeld gebeten, das noch einmal anzuschauen und zu überdenken mit dem Versprechen, dass ihr das noch einmal gesamthaft anschaut, dass es mit den Velomassnahmen vorwärtsgeht. Denn wenn die Lichtsignalanlage ausfällt, das könnte teuer werden.

Und ja, man müsste die Kreuzung endlich gesamtheitlich denken, zum Beispiel mit der Entwicklung des Leepünt zusammen, wo wir übrigens versucht haben, das einzuspeisen und dort hiess es, nein, wir schauen das Lee Pünt lieber separat an und jetzt heisst es ja, wir müssen es doch wieder zusammen anschauen und das wird nicht einfach. Ich möchte einfach daran erinnern, die Argumentation, die kennen wir einfach schon lange. Sie ist die gleiche wie schon vor 15 Jahren und vor 30 Jahren, als ich mich als 20-Jähriger schon geärgert habe über die Kreuzung, die für Velofahrende so gefährlich ist und nicht nur für Velofahrende, sondern auch für Fussgängerinnen und Fussgänger. Und ja, ich gehöre zu denen, die schon relativ lange hier drin politisieren, Kolleginnen, die auf die Welt gekommen sind und ich bin, glaube ich, schon hier im Gemeinderat unterwegs gewesen, habe ich heute gelernt.

Ich habe es schon damals versucht mit dieser Kreuzung und mittlerweile führen die Velostreifen bis fast an die Kreuzung hin. Nur dort, wo es eben darauf ankommt, ist es fertig mit Sicherheit. Mittlerweile bin ich 50 geworden dieses Jahr und was hat sich in einem halben Menschenleben verbessert? Nichts. Und wir wollen übrigens die Autos nicht mehr verbannen von dieser Kreuzung. Die Idee haben wir auch einmal gehabt vor irgendwie 30 Jahren oder 25. Wir finden heute, es sollen alle Platz haben, so dass es eben sicher ist für alle und ja, wir sind überzeugt, das geht. Und einfach eine Eins-zu-Eins-Sanierung wollen wir nicht mehr, das macht keinen Sinn mehr und uns verträsten lassen noch einmal auf 15 Jahre ist, glaube ich, einer Stadt Dübendorf auch nicht mehr würdig. Darum habe ich den Streichungsantrag gestellt und darum war die GRPK einstimmig für den Streichungsantrag. Ich stimme jetzt aus Konsequenz weiterhin für den Streichungsantrag, im Sinne,



wie es du vorhin formuliert hast, Martin, dass wir es gesamthaft richtig machen wollen. wenn er stehen bleibt, wie auch immer jetzt die Mehrheiten heute Abend rauskommen in dieser Budgetposition, wollen wir immer noch gesamtheitlich eine Sanierung haben und nicht erst in 15 Jahren, sondern vielleicht in zwei bis drei. In dem Sinne: stimmen Sie richtig.»

## Christian Gross (SP)

«Ich möchte mich einfach ganz schnell zur Stimmabgabe der SP äussern, weil was richtig und was falsch ist, wissen wir jetzt eigentlich nicht mehr, oder? Also ich kann eigentlich allen Vorredner-innen nur zustimmen, wir wollen, dass da grundsätzlich etwas gemacht wird. Wir haben in der Fraktion dann kurz darüber geredet und fanden, ja, wenn der Stadtrat davon ausgeht, dass es sicherheitsrelevant ist, hier einen Ersatz zu machen von der Lichtsignalanlage noch im 2026, dann macht es aus unserer Sicht auch Sinn, dass wir diesen Betrag im Budget stehen lassen. Wir werden darum gegen den GRPK-Antrag stimmen. Wir geben die Stimme gegen den GRPK-Antrag, stimmen aber explizit nicht als Votum gegen die Begründung des GRPK-Antrags, den wir zu 100 Prozent mittragen. Also auch wir finden, dass da eine umfassende Sanierung gemacht werden muss und nicht einfach ein Eins-zu-Eins.»

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat nimmt den ersten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 4 "Tiefbau" der Investitionsrechnung mit 23 zu 13 Stimmen an.**

## Erster Änderungsantrag der SVP-Fraktion: Unterhalt – Unterhaltsdienste Fahrzeuge, Ersatz, Ausführung 2026

*Konto 4600.506000.IR01419 (Unterhalt – Mobilien) Unterhaltsdienste Fahrzeuge, Ersatz, Ausführung 2026*

Antrag Stadtrat	Fr.	190'000.00		
Antrag SVP	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	190'000.00 S)

Lukas Schanz (SVP), wird den Antrag vorstellen.

## Lukas Schanz (SVP), Sprecher der SVP-Fraktion

«Beim letzten Antrag der SVP-Fraktion geht es um eine Streichung von Fr. 190'000.00. Es geht um ein Fahrzeug des Unterhaltsdienstes, und zwar um einen Kipper. Der Stadtrat hat für das Fahrzeug Fr. 190'000.00 budgetiert, was unserer Meinung nach sehr viel Geld für ein solches Fahrzeug ist. Weiter möchte ich erwähnen, dass der Stadtrat in seiner Antwort gesagt hat, dass es bis jetzt noch kein Konzept für Elektromobilität gibt und da möchte man aber bereits wieder ein Elektrofahrzeug anschaffen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man zuerst das Konzept machen sollte und dann, wenn man zum Schluss kommt, dass es Sinn macht, dass man nur noch Elektrofahrzeuge hat, solche anschaffen sollte. Denn es wäre blöd, wenn man am Schluss zum Schluss kommt, dass es nicht Sinn macht, dass alle Fahrzeuge Elektro sind, gerade beispielsweise bei einer Strommangellage stehen dann die ziemlich sicher still. In dem Sinn beantragen wir Fr. 190'000.00 zu streichen.»

## Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Ich bitte Sie, beim Antrag vom Stadtrat zu bleiben. Grundsätzlich gibt es ein Konzept. Der Stadtrat hat eigentlich entschieden, dass sämtliche Fahrzeuge, bei denen es möglich ist, bis 2030 möglichst auf elektrisch umgerüstet werden bzw. eben elektrische Fahrzeuge gekauft werden. Wo das nicht möglich ist, bleiben weiterhin andere Fahrzeuge im Einsatz. Dort ist dann die Frage von erneuerbarem Diesel oder Benzin als Beschaffung, um ebenfalls CO<sub>2</sub>-neutral unterwegs sein zu können, aber da in dem Fall ist das Fahrzeug offenbar tauglich, das elektrisch zu betreiben und an dieser Stelle wäre ich wirklich dankbar, die GRPK würde jetzt nicht noch Fahrzeuge herausstreichen.



Selbstverständlich könnte es wider Erwarten herausgestrichen werden, wird der Stadtrat dann wieder prüfen, ob er es noch ein bisschen länger laufen lässt, was aber dann irgendwann, wie gesagt, den mit dem Feta habe ich da oben schon ein paar Mal gebracht, ich glaube, es macht einfach keinen Sinn. Der Tiefbau muss mit diesen Fahrzeugen auch funktionieren können und die müssen nach einem gewissen Zyklus abgelöst werden, damit sie eben einsatzfähig sind. Wir bitten Sie also, diese Streichung abzulehnen.»

## **Diskussion**

David Siems (Grüne)

«Einfach eine ganz kleine Anmerkung von wegen Konzept. In dem Rat wurde ja auch schon die Sinnhaftigkeit und die Verlässlichkeit von Elektrofahrzeugen in Zweifel gezogen. Die Firma Hugelshofer hat erst gerade ihre gesamte Fernlasten-Flotte elektrifiziert und das sind keine rot-grün versifftete Fantasten, das war eine knallharte Businessentscheidung und es ist ja auch recht einfach nachzuvollziehen, man braucht keinen Treibstoff beziehungsweise der Treibstoff fällt vom Himmel, man muss noch Solarzellen aufstellen, um ihn einzusammeln und das kommt natürlich billiger, das ist ja logisch.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat lehnt den ersten Änderungsantrag der SVP-Fraktion zu Kapitel 4 "Tiefbau" der Investitionsrechnung mit 24 zu 11 Stimmen ab.**

## **Kapitel 5 Sicherheit**

Zu diesem Kapitel gibt es von der GRPK keinen Änderungsantrag. Da keine anderen Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 5 Sicherheit als genehmigt.

## **Kapitel 6 Soziales**

Zu diesem Kapitel gibt es von der GRPK keinen Änderungsantrag. Da keine anderen Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 6 Soziales als genehmigt.

## **Kapitel 7 Bildung**

Zu diesem Kapitel liegen zwei Änderungsanträge der GRPK vor.

Erster Änderungsantrag der GRPK: Schulliegenschaften und -Anlagen – Zusätzliche Arbeitsplätze Primarschule

*Konto 7100.504000.IR01336 (Schulliegenschaften und -Anlagen - Hochbauten) zusätzliche Arbeitsplätze Primarschule*

Antrag Stadtrat	Fr.	70'000.00	
Antrag GRPK	Fr.	45'000.00	(Abweichung: - Fr. 25'000.00 S)

Tanja Boesch (die Mitte/EVP), Kommissionspräsidentin der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

«Zum einen geht es um das Konto 7100.504000.IR01336. Die GRPK beantragt hier eine Kürzung des Budgetpostens um Fr. 25'000.00 mit der Zustimmung des Stadtrats. Es handelt sich hier um die Einrichtung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Es werden jedoch weniger sein als geplant. Der Antrag der GRPK wäre damit bei Fr. 45'000.00.»



## Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen

## Abstimmung

**Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 7 "Bildung" der Investitionsrechnung mit 35 zu 0 Stimmen an.**

### Zweiter Änderungsantrag der GRPK: Schulliegenschaften und -Anlagen – Videoüberwachung auf Schulliegenschaften

Konto	7100.506000.IR01337	(Schulliegenschaften	und	-Anlagen	-	Mobilien)
		Videoüberwachungsanlagen auf Schulliegenschaften				
	Antrag Stadtrat	Fr.	50'000.00			
	Antrag GRPK	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	50'000.00	S)

Tanja Boesch (die Mitte/EVP), Kommissionspräsidentin der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

#### Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

«Der zweite Änderungsantrag betrifft die Videoüberwachung auf Schulliegenschaften. Eine Videoüberwachung muss sorgfältig geprüft werden. Insbesondere ist darzulegen, dass die Überwachung zweckmässig und verhältnismässig ist. Der Stadtrat weiss allerdings noch nicht einmal so ganz genau, auf welcher Schulanlage er überhaupt die Kameras installieren will. Da folglich noch keine abschliessenden Abklärungen betreffend Zweckmässigkeit und Verhältnismässigkeit getroffen wurden, ist die Investition abzulehnen. Die GRPK-Mehrheit beantragt darum, die Fr. 50'000.00 aus dem Budget zu streichen.»

#### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Es ist wahrscheinlich richtig, was die GRPK-Präsidentin gesagt hat, dass der Betrag zur Streichung vorgeschlagen wird, weil noch keine konkrete Planung vorliegt und man nicht sagen kann, welches Schulhaus als nächstes angedacht ist. Ich möchte aber festhalten, dass bereits solche Anlagen im Stägebuck und Högler installiert wurden. Und nach der positiven Erfahrung, die man mit diesen beiden Anlagen hat, was zentral ist, hat man jetzt im Budget etwas eingestellt, um eine weitere Anlage machen zu können. Da wäre zum Beispiel die Schulanlage Flugfeld, Wil und Sonnenberg die geprüft werden, welches dann umgesetzt wird oder welche zwei, je nachdem, das ist dann nachher Sache des Teams. Aber in dem Sinn würde ich Sie wirklich dringend bitten, diese Kürzung nicht zu machen. Denn das ist ein erfolgreiches Projekt, das wir gestartet haben, und es wäre schade, wenn jetzt der Gemeinderat das herausstreichen würde.

Ich sage auch da selbstverständlich, wir werden auch prüfen, ob wir das um ein Jahr schieben oder verschieben könnten. Aber wenn der Stadtrat beziehungsweise die Primarschulpflege zum Schluss kommt, dass das zielführend ist, wird man das halt wieder auf die eigene Kompetenz nehmen müssen. Wenn man bis dann geprüft hat, welches Schulhaus als nächstes richtig dran wäre. Aber eigentlich wäre es richtig, wenn der Gemeinderat die Kürzung nicht vornehmen würde und damit signalisieren, dass eigentlich die Umsetzung, die der Stadtrat und die Primarschule angegangen sind, der richtige Weg ist. Besten Dank, wenn Sie es nicht streichen.»

## Diskussion

#### Julian Croci (Grüne)

«Ich kann mich noch gut erinnern, wir haben einmal in diesem Rat abgestimmt über das erste Videoüberwachungsprojekt und dort haben wir in diesem Rat auch gesagt, gut, wir stimmen dort jetzt zu, weil man ein Hotspot hat. Dass das der Stadtrat aber als Freifahrtschein machen möchte, um überall Videoüberwachung auf jeder Schulanlage zu installieren, das sehe ich ehrlich gesagt nicht ein.



Der Stadtrat soll doch bitte, wenn nachher die Kürzung stattfindet und ihr das wirklich für so dringend haltet, dass jedes Schulhaus über eine Videoüberwachungsanlage verfügt, einen Investitionskredit vorlegen, über welchen nachher der Gemeinderat wieder beschliessen kann und das nicht in Salamtaktik selber durchbringen, weil dann fühle ich mich doch ein bisschen verarscht, wenn man das so sagen darf.»

Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU) bittet darum, den Anstand zu wahren.

#### Leandra Columberg (SP)

«Die SP, das haben wir in diesem Rat auch schon gesagt, steht der Videoüberwachung im öffentlichen Raum grundsätzlich kritisch gegenüber und es ist wichtig, auch hier noch einmal zu sagen, bei solchen Überwachungsmassnahmen handelt es sich um einen erheblichen Grundrechtseingriff in die Bevölkerung und es sollte darum nur nach sorgfältiger Abwägung und mit grosser Zurückhaltung eingesetzt werden. Und es irritiert mich ehrlich gesagt schon auch, dass jetzt da der Stadtrat findet, A, man möchte das einfach mal auf Vorrat budgetieren und B, dass man das auch machen möchte, wenn da jetzt nicht das Budget dafür gesprochen wird, was ja auch ein Zeichen dafür ist, dass man eben möchte, dass so ein Projekt dann auch gut begründet wird und entsprechend abgewogen wird. Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist halt meistens nur ein Symptom und eben keine Ursachenbekämpfung.

Wenn man jetzt also nicht möchte, die ganze Stadt Big-Brother-mässig zupflastern mit Videoüberwachungskameras, dann wird sich das Problem mit dem Vandalismus zum Beispiel oder Gewalthotspots einfach verschieben. Gerade wenn es einem hier um Schulen geht, wenn es um Jugendgewalt geht, dann ist es wichtig, dass man präventive, sozial- und jugendpolitische Massnahmen ergreifen kann. Diese leisten nachweislich einen Beitrag für die Ursachenbekämpfung. Ja, eben, eine Videoüberwachung muss geeignet und verhältnismässig sein. Man muss sie im Einzelfall prüfen. Und aus Sicht der SP fehlt da jetzt wirklich jede Grundlage nur schon für eine seriöse Beurteilung davon. Wir folgen darum dem GRPK-Antrag und werden die zusätzlichen Mittel für die Videoüberwachung hier im Budget ablehnen.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen

#### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat nimmt den zweiten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 7 "Bildung" der Investitionsrechnung mit 35 zu 0 Stimmen an.**

Es gibt keine weiteren Änderungsanträge zum Kapitel 7 Bildung der Investitionsrechnung. Damit gilt dieses Kapitel als genehmigt.

#### **Zwischenabstimmung betreffend Investitionsrechnung**

**Der Gemeinderat stimmt der Budgetierung betreffend Investitionsrechnung mit den soeben beschlossenen Änderungen mit 36 zu 0 Stimmen zu.**

#### **Steuerfuss**

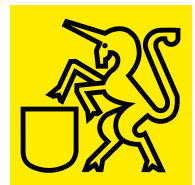
Tanja Boesch (die Mitte/EVP), GRPK-Präsidentin

«Die GRPK-Mehrheit beantragt eine Steuerfussenkung von 3 Prozent auf 75 Prozent.»

#### **Diskussion**

Christian Gross (SP)

«Trotz der fortgeschrittenen Stunde ist mir völlig bewusst, es kann durchaus sein, dass ich jetzt das letzte Votum vom Abend halte und damit uns alle vom wohlverdienten Apéro fernhalte, trotzdem will ich da nochmal ein bisschen aufmachen, weil ich glaube, die Frage ist wichtig genug, dass wir zumindest ein paar Minuten darüber reden. Steuern haben mehrere wichtige Funktionen,



insbesondere dienen sie der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben und auch der Umverteilung. Wenn wir heute die Steuern senken, dann profitieren von dem vor allem einige wenige. Es ist eine Massnahme, die denen am meisten nützt, die es am wenigsten brauchen und denen überhaupt nichts nützt, die es am meisten brauchen. Das ist ein bisschen seltsam. Steuern würden eigentlich helfen, die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft, die wachsende Schere zwischen Arm und Reich zu überbrücken. Wenn wir die Steuern senken, schwächen wir genau diese Funktion.

Und in dieser Hinsicht finde ich es sehr schön und sehr transparent, dass Martin Bäumle die Steuersenkung auch Dividenden genannt hat, weil genau das ist es. Es ist eine super Metapher, wenn wir schauen, wer bekommt dann eigentlich Dividenden. Dann sind das meistens auch die, die schon eher viel haben und eine alleinerziehende Mutter, die sich irgendwie mit dem Mindestlohn knapp durchschlägt, deren Dividendeneinkommen ist relativ nahe bei null und ja, der Multimillionär, der sich gerade einen dritten Ferrari gekauft hat, der hat wahrscheinlich ein bisschen mehr Dividendeneinkommen und genauso ist es eben auch bei dieser beantragten Steuersenkung. Es profitieren die davon, die es eher nicht so brauchen. Gut, jetzt aber, Steuern sind ja nicht einfach Selbstzweck. Sondern der Hauptzweck von Steuern ist ja, dass sie dafür sorgen, dass unsere Stadt wachsende Aufgaben bewältigen kann. Warum sind unsere Aufgaben wachsend?

Das hat Martin Bäumle auch schon eigentlich in seinem Eintrittsvotum sehr, sehr schön aufgezeigt. Ich habe da gar nicht mehr viel zu ergänzen. Ich will einfach noch ein bisschen auf die Investitionen eingehen. Dübendorf wächst rasch und das erfordert halt Investitionen in die Infrastruktur. Ich habe zum Beispiel einmal von einem kommenden Schulraumprojekt mit einem doch relativ hohen Preisschild gehört und wenn man kurz in das aktuelle Budget schaut, dann sieht man die Zahl von 65 Millionen Franken. Das ist auch eine relativ hohe Zahl. Bitte nicht falsch verstehen, die SP begrüsst die Investitionen explizit, aber jeder Franken, den wir in der Investitionsrechnung ausgeben, landet mittel- bis langfristig in der laufenden Rechnung via Abschreibungen. Heute haben wir 12 Millionen Franken Abschreibungen in dem Budget, das wir jetzt gerade verabschiedet haben. Das ist vergleichsweise wenig. Wenn wir weiterhin in diesem Ausmass investieren müssen, wie wir das jetzt müssen, dann werden die Abschreibungen schnell auf 20-30 Millionen Franken anwachsen in der langen Frist. Und darum ist die Steuersenkung, die heute beantragt ist, schlicht nicht nachhaltig. In dem Sinn beantragen wir, die Steuersenkung nicht zu machen und den Steuerfuss zu lassen, wie er ist bei diesen 78 Prozent.»

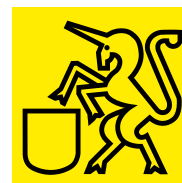
Es gibt keine weiteren Wortmeldungen oder Änderungsanträge.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat legt den Steuerfuss für die politische Gemeinde Dübendorf für das Jahr 2026 mit 27 zu 9 Stimmen auf 75 Prozent fest.**

## **Schlussabstimmung über das bereinigte Budget 2026**

**Der Gemeinderat stimmt dem bereinigten Budget 2026 inklusive der Änderungen in der Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung sowie einem Steuerfuss von 75 % für die politische Gemeinde Dübendorf einstimmig mit 36 zu 0 Stimmen zu.**



## Beschluss

Der Gemeinderat **beschliesst**:

### 1. Das Budget des Politischen Gemeindegutes für das Jahr 2026 wird mit folgenden Änderungen genehmigt;

Konto 1110.301003 (Personaldienste) Quoten für Besoldungserhöhungen – Teuerung (ohne ASZ und PS)  
Reduktion von Fr. 602'200.00 auf Fr. 48'200.00 (Abweichung: - Fr. 554'000.00 S)

---

Konto 1110.301004 (Personaldienste) Quoten für Besoldungserhöhungen – individuelle Lohnerhöhung (ohne ASZ und PS)  
Erhöhung von Fr. 0.00 auf Fr. 554'000.00 (Abweichung: + Fr. 554'000.00 S)

---

Konto 5010.315100 (Parkplätze) Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge  
Reduktion von Fr. 26'000.00 auf Fr. 15'000.00 (Abweichung: - Fr. 11'000.00 S)

---

Konto 7000.301003 (Primarschulverwaltung) Quoten für Besoldungserhöhungen – Teuerung  
Reduktion von Fr. 268'100.00 auf Fr. 21'500.00 (Abweichung: - Fr. 246'600.00 S)

---

Konto 7000.301004 (Primarschulverwaltung) Quoten für Besoldungserhöhungen – individuelle Lohnerhöhungen  
Erhöhung von Fr. 0.00 auf Fr. 246'600.00 (Abweichung: + Fr. 246'600.00 S)

---

Konto 7000.313200 (Primarschulverwaltung) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten, usw.  
Reduktion von Fr. 66'300.00 auf Fr. 40'000.00 (Abweichung: - Fr. 26'300.00 S)

---

Konto 7100.311200 (Schulliegenschaften und -Anlagen) Anschaffung Dienstkleidung  
Reduktion von Fr. 13'500.00 auf Fr. 1'500.00 (Abweichung: - Fr. 12'000.00 S)

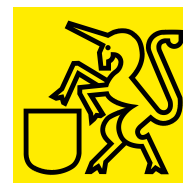
---

Konto 7100.313200 (Schulliegenschaften und -Anlagen) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten, usw.  
Reduktion von Fr. 143'000.00 auf Fr. 71'500.00 (Abweichung: - Fr. 71'500.00 S)

---

Konto 7100.389300 (Schulliegenschaften und -Anlagen) Einlagen in Vorfinanzierungen des Eigenkapitals  
Reduktion von Fr. 3'500'000.00 auf Fr. 3'070'000.00 (Abweichung: - Fr. 430'000.00 S)

---



*Konto 7293.363500 (Subventionen FeB private Kitas) Beiträge an private Unternehmungen*  
Erhöhung von Fr. 500'000.00 auf Fr. 1'050'000.00 (Abweichung: + Fr. 550'000.00 S)

---

**2. Den budgetierten Investitionen im Verwaltungs- und Finanzvermögen mit folgenden Änderungen zuzustimmen;**

Konto 4600.501000 IR00128 (Unterhalt – Strassen und Verkehrswege) Städtlikreuzung, Sanierung  
Reduktion von Fr. 50'000.00 auf Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 50'000.00 S)

---

Konto 7100.504000.IR01336 (Schulliegenschaften und -Anlagen - Hochbauten) zusätzliche Arbeitsplätze Primarschule  
Reduktion von Fr. 70'000.00 auf Fr. 45'000.00 (Abweichung: - Fr. 25'000.00 S)

---

Konto 7100.506000.IR01337 (Schulliegenschaften und -Anlagen - Mobilien) Videoüberwachungsanlagen auf Schulliegenschaften  
Reduktion von Fr. 50'000.00 auf Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 50'000.00 S)

---

**3. Eine Steuer für die Politische Gemeinde von 75.0% zu erheben, berechnet auf der Grundlage eines mutmasslichen Nettosteuerertrages zu 100.0% von 96.5 Mio. Franken;**

**4. Den Stadtrat zu ermächtigen, zur Realisierung von Projekten, für die entsprechende Beschlüsse vorliegen, die notwendigen Darlehen aufzunehmen.**

**Einwände gegen die Verhandlungsführung**

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechts-sachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

**Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU)**

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 19. Januar 2026 die Traktandenliste für die nächste Gemeinderatssitzung vom 2. Februar 2026 festlegen.



Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU) wünscht allen eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit. Damit ist die 32. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2022-2026 geschlossen.

---

Schluss der Sitzung: 23:31 Uhr

## **Für die Richtigkeit des Protokolls**

Friederike Häfeli  
Gemeinderatssekretärin

## **Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Christian Meyer  
Gemeinderatspräsident